

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 beilage, die Neue Welt 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse unter Nr. 1000 für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 gelbe oder deren Raum 20 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Steil-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. April 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Gegen das Reichstagswahlrecht!

Es zeigt sich immer deutlicher, daß wir in Preußen-Deutschland einer Ära der schwersten politischen Kämpfe entgegengehen. Der Wahlrechtskampf, den das preussische Proletariat bereits vor Jahren begonnen hat und der mit der Einbringung der Wahlrechtsvorlage in ein akutes Stadium getreten ist, kann und wird nur das Vorpiel weiterer leidenschaftlicher Kämpfe sein! Nicht allein deshalb, weil die arbeitende Klasse selbstverständlich durch die Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage und das Zustandekommen einer miserablen Fristreform den Wahlrechtskampf nicht für beendet ansieht, sondern mit Anspannung all ihrer Kräfte fortführen wird. Was so oft in sozialdemokratischen Versammlungen verkündet und von der sozialdemokratischen Presse ausgesprochen worden ist: daß es in Preußen keine Ruhe geben wird, bevor nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht errungen ist, das zur Tat zu machen ist die Pflicht nicht nur aller klassenbewußten Arbeiter, sondern aller Volkselemente, die die Vorkämpfung des gleichen Wahlrechts als Unrecht und Schmach empfinden. Auch die Reaktionen merken jetzt, daß der Kampf um ihre Herrschaft begonnen hat, daß das zur Mündigkeit erwachte Volk nicht eher ruhen und rasten wird, als bis es selbst seine politischen Geschicke zum Wohle der Volksgesamtheit zu gestalten vermag. Die Konservativen, Freikonserverativen und alle antidemokratischen Elemente sind aber keineswegs gewillt, sich die politische Macht, deren sie sich so lange zu ihrer Bereicherung bedient, aus den Händen nehmen zu lassen, vielmehr entschlossen, den Kampf gegen die vorwärts drängenden Bevölkerungsschichten mit aller Rücksichtslosigkeit aufzunehmen!

Die „Kreuzzeitung“, das führende Organ der Konservativen, verrät in ihrer Wochenschau mit brutaler Offenheit, daß die Konservativen gar nicht daran denken, dem Volke Zugeständnisse zu machen, sondern daß der blau-schwarze Bloch vielmehr dem Zwecke dienen solle, „den bitteren Rest der Blockära aus der Welt zu schaffen“. Nicht „zufällig auf halbem Wege begegnet“ seien die Konservativen dem Zentrum, sondern gemeinsame reaktionäre Absichten hätten die beiden Parteien zusammengeführt. Es gelte jetzt, „eine Bahn machen zu helfen für eine weniger dem Parlamentarismus huldigende Regierungsweise“. Deutlicher noch wird die „Deutsche Tageszeitung“. Sie erklärt es als Pflicht staatlicher Selbstverwaltung, die Parteien der Linken nach Möglichkeit niederzuhalten. Nicht etwa nur die Sozialdemokratie, sondern alle diejenigen Parteien, „die mit der Sozialdemokratie tatsächlich Bündnisse eingehen oder doch grundsätzlich solche Bündnisse für möglich und gegebenenfalls für notwendig erachten“.

Aber diese Daniederhaltung der Parteien der Linken soll nicht allein durch ein niederträchtiges Wahlsystem im Abgeordnetenhaus erfolgen, sondern auch durch eine Aenderung des Reichstagswahlrechts. Das Bündlerorgan nennt das Reichstagswahlrecht „so ungerecht und so unvernünftig wie nur möglich“ und versteigt sich zu folgender Drohung:

„Bisher ist es möglich gewesen, mit dem Reichstagswahlrecht schlecht und recht auszukommen. Es hat vorläufig keine erhebliche Gefährdung des ersten Staatszweckes herbeigeführt. Wie lange das noch der Fall sein wird, steht dahin. Wir fürchten, die Zeit wird bald genug kommen, in der die Gefährdung der Staatserhaltung durch das Reichstagswahlrecht so stark wird, daß man im Interesse der staatlichen Selbstverwaltung eine Aenderung vornehmen muß, die dann das kleinere Übel unter allen Umständen sein würde.“

Daß die Junker die wütendsten Gaffer des Reichstagswahlrechts sind, ist allerdings nicht erst seit diesem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ oder auch seit der frechen Parlamentserhöhung des Januschauers bekannt. Unzählige Male haben sich ja die Junker gegen das Reichstagswahlrecht gewendet. Es sind jetzt 15 Jahre her, daß der Graf Wirbach im preussischen Herrenhause ganz offen nach dem Staatsstreich von oben schrie: „Es werde mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten Fürsten sich entschließen, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten zu lassen und zwar unverzüglich.“ In demselben Jahre 1895, erging sich sogar die offiziöse „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ in unverblümten Drohungen gegen das bestehende Reichstagswahlrecht. Und ein paar Jahre später sagte der Finanzminister Riquel zu Hohenzollern: Das allgemeine Wahlrecht sei unmöglich, aber davon dürfe man noch nicht sprechen! Auch im Dezember 1906, kurz nach der Auflösung des Reichstages, als unsere Reaktionen auf ein Niederreiten der Sozialdemokratie noch nicht zu hoffen wagten, schrien die Schatzmacher wiederum nach dem Staatsstreich. Damals forderten sogar die rechtsnational-liberalen „Hamburger Nachrichten“ eine Aukerkräftigung des alten Wahlgesetzes und die Ostroyierung eines neuen reaktionären Wahlgesetzes.

Aus dem Umstande, daß trotz alledem unsere Wahlrechtsfeinde noch immer vor dem letzten, äußersten Schritt eines Staatsstreiches zurückgeschreckt sind, darf keineswegs geschlossen werden, daß sie dessen überhaupt nicht fähig seien! Vielmehr

könnte schon der Ausfall der nächsten Reichstagswahlen der reaktionären Ingrimms derartig werden, daß man tatsächlich die Regierung zu einem Attentat gegen die Volksrechte verleitet!

Auf die Abwehraktion der bürgerlichen Parteien dürfte sich das Volk in einer solchen Lage nicht verlassen. Daß die Nationalliberalen im Grunde ihres Herzens gegen eine Preisgabe des gleichen Wahlrechts nichts einzuwenden hätten, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Mehr als ein nationalliberaler Politiker und Abgeordneter hat sich gegen das Reichstagswahlrecht ausgesprochen, so daß auf platonische Liebeserklärungen, wie sie in der letzten Zeit von den Vertretern der Nationalliberalen im Reichstag und Landtag abgegeben worden sind, nicht allzuviel Gewicht zu legen ist. Und was von der Freundschaft des Zentrums für das gleiche Wahlrecht zu halten ist, das hat ja erst in den letzten Wochen wieder die unfähige Haltung des Zentrums in der Frage der preussischen Wahlreform bewiesen. Sie hat bewiesen, daß dem Zentrum die Demokratie vollständig gleichgültig ist, daß es nicht die Volksrechte vertritt, sondern außer den eigenen Fraktionsinteressen einzig und allein die Interessen der Reaktion, die Interessen agrarischer Volksausplünderung, brutaler Volksnebelung und pfäffischer Volksverdummung!

So wenig die Volksmassen sich durch die Drohungen der Konservativen einschüchtern lassen werden, so wenig werden sie diese Sturmwarnungen in den Wind schlagen! Die nach demokratischer Selbstregierung strebenden Volksschreie werden sich natürlich auch nicht eine Sekunde lang in der um so energischeren Fortführung des preussischen Wahlrechtskampfes beirren lassen, eingedenk des alten strategischen Grundsatzes, daß die beste Deckung der Fie ist! Aber das Volk wird sich zugleich immer mehr mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es eines Tages gelten kann, den Gegenstoß der Reaktion zu parieren mit einer Tatkraft und Entschlossenheit, woran aller Inzulerübermut zuschanden werden dürfte!

Schon Fürst Bismarck trug sich ja, wie vor einigen Jahren erst wieder Professor Delbrück in den „Grenzboten“ enthüllte, mit der Absicht, das allgemeine Stimmrecht wieder zu beseitigen. Die Delbrück erzählt, rechnete Bismarck darauf, daß die Massen dem Gewaltstreich von oben die Gewalt von unten entgegensehen würden. Aber er hoffte zugleich, daß die Armees der Luftstand, der durch den Staatsstreich provoziert werden würde, binnen wenigen Tagen niederschlagen, und daß dann das durch die Straßenkämpfe erschrockene Bürgertum sich der Regierung ohne jede weitere Opposition in die Arme werfen würde. Fürst Bismarck rechnete offenbar nicht mit den gewaltigen wirtschaftlichen Nachmitteln des Proletariats, nicht damit, daß selbst die Macht der Kleinkalibrigen und der Maschinengewehre zum Beispiel gegen einen politischen Massenstreich nichts auszurichten vermag! Das moderne Proletariat dagegen weiß, daß es nicht wehrlos ist, und es wird in der gegebenen Situation von den ihm zu Gebote stehenden Kampfmitteln den wirksamsten Gebrauch zu machen wissen!

Die Unternehmer-Internationale.

In allen kapitalistischen Ländern geriert sich das Unternehmertum als der wahre Hüter der nationalen Güter. In Deutschland hat die Bourgeoisie und mit ihr die bürgerliche Presse seit Jahrzehnten die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wegen ihrer Internationalität angegeißelt, und das „Kaiserwort“ von den „vaterlandlosen Gefellen“ entsprach durchaus der Agitationschablone unserer Gegner. Noch im vorigen Jahre wütete die Unternehmerpresse über die deutschen Arbeiter, deren internationale Solidarität sich im Kampfe der schwedischen Arbeiterschaft aufs neue bewährte.

Jetzt ist plötzlich eine neue Internationale entstanden: die Internationale der organisierten Ausbeuter. Daselbe Unternehmertum, das über die Vaterlandlosigkeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu zeteren pflegt, koalitiert sich auf internationaler Grundlage! Das geht in aller Heimlichkeit ohne Geräusch vor sich, aber heute bereits steht fest, daß diese Organisationsbestrebungen durchaus feste Formen anzunehmen beginnen. Schon auf der Straßburger Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe wurde im Februar d. J. beschlossen, Kartellverträge mit den Arbeitgeberverbänden der Nachbarstaaten zu schließen und eine zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission sogar mit der Initiative zu betrauen, falls aus dem Auslande nicht entsprechende Vorschläge eingingen.

Inzwischen hat die außerordentliche Generalversammlung der baugewerblichen Unternehmer in Dresden stattgefunden. Die bürgerliche Presse berichtete kurz über Besprechungen, die mit den dort anwesenden Vertretern des Auslandes gepflogen wurden, aber allgemein wurde der Anschein gewahrt, als handele es sich lediglich um Angelegenheiten des Baugewerbes. Auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die anscheinend gut unterrichtet war, ließ nichts über eine weitergehende Verständigung verlauten.

In Wirklichkeit sind in Dresden recht weittragende Beschlüsse gefaßt worden. Ganz abgesehen vomdem Übereinkommen, die im deutschen Baugewerbe nach dem 15. April ausgeperrten auch außerhalb der deutschen Landesgrenzen zu verfolgen, sind Vereinbarungen zustande gekommen, die von großem Interesse sind.

Schon der Umstand, daß zur Dresdener Generalversammlung der deutschen Bauunternehmer der Herr v. Sadow, „Direktor“ des schwedischen Arbeitgebervereins, delegiert war,

ließ vermuten, daß es sich nicht nur um eine internationale Bauunternehmerkonferenz handeln könne. Denn Herr v. Sadow hat mit der schwedischen Bauunternehmerorganisation nichts zu tun; diese ist eine durchaus selbständige Unternehmerorganisation, die nicht zum Schwedischen Arbeitgeberverein gehört. Gründe, die sie veranlassen könnte, zu einer Bauunternehmerkonferenz den Juristen und ehemaligen Stockholmer Polizeipräsidenten zu entsenden, sind nicht vorhanden.

Tatsächlich ist Herr v. Sadow denn auch als Vertreter der schwedischen Großindustriellen in Dresden gewesen. Ueber die Ergebnisse seiner Reise hat er in „Stockholms Dagblad“ vom 27. März folgendes ausgeplaudert:

„Nach der großen Generalversammlung (der Bauunternehmer) fand am folgenden Tage eine kleinere Zusammenkunft der Vorstände der verschiedenen Arbeitgebervereine und der fremden Vertreter statt. Dabei wurden die Folgen eines eventuellen Streiks in Deutschland für die anderen Länder diskutiert. Die in dieser Hinsicht gefaßten Beschlüsse sollen jedoch nicht veröffentlicht werden. Schließlich vereinbarte man eine neue Konferenz, die Ende Mai in Gothenburg stattfinden soll. Diese hat ihren Grund in einem ganz natürlichen Wunsche der Arbeitgeber, bei kollektiven Vereinbarungen gleiche Bestimmungen in allen Ländern zu schaffen, in denen Arbeitgeberorganisationen vorhanden sind und die Verhältnisse einigermaßen gleichartig sind. Diese Fragen sollen in Gothenburg zur Verhandlung gelangen.“

Herr von Sadow hat das Bedürfnis, als der „große General“ der schwedischen Unternehmer von sich reden zu machen. Was er hier ausgeplaudert hat, mag den Zweck haben, ihm in seiner Heimat als internationalen Unternehmersführer erscheinen zu lassen. Für die Arbeiterschaft ist es indes wichtig genug, zu erfahren, daß die Vorstände der internationalen Unternehmerverbände in Dresden sich dahin verständigt haben, einheitliche Prinzipien für die Tarifverträge aufzustellen, die nachher den Aktionen der Unternehmer der verschiedenen Länder zugrunde liegen werden. Die Richtlinien sollen Ende Mai in Gothenburg festgelegt werden. Man wird dann wohl erfahren, ob die schwedische Sympathieausperrungsklausel dort internationale Legalisation erfahren hat!

Den Anfang damit, schwedische Streikfragen auf deutsches Gebiet zu übertragen, hat der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona ja bereits gemacht. In einem mit dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, Ortsverwaltung Hamburg, im vorigen Monat abgeschlossenen Tarifvertrag ist der § 23 des schwedischen Arbeitgebervereins übernommen worden. Dieser Paragraph besagt, daß die Betriebsleitung dem Arbeitgeber zusteht. Die Frage hat in Deutschland noch nie eine Rolle gespielt, weil es ganz selbstverständlich ist, daß die Leitung eines kapitalistischen Betriebes dem Unternehmer resp. seinen Beauftragten zukommt. Und erst gar bei den Gärtnern erscheint es gänzlich überflüssig, das tarifvertraglich besonders zu bescheinigen. Bedeutung hat diese Übernahme nur als Symptom für die internationale Verständigungsaktion der koalitierten Unternehmer. Es sollen eben, wie Herr v. Sadow berichtet, überall dort gleiche Anordnungen in den Kollektivverträgen getroffen werden, wo Unternehmerorganisationen vorhanden sind und von gleichem Geiste beseelt sind. Das stellt für Deutschland neue Gewerkschaftskämpfe in Aussicht. Wollen die deutschen Schwärzmaier die Sympathieausperrungsklausel und die berückichtigte Verhandlungsordnung des schwedischen Arbeitgebervereins durchführen, so werden sie die deutschen Gewerkschaften einmütig auf dem Kofen finden! Soweit sind wir noch nicht, daß die Arbeiter Schindluder mit sich treiben lassen!

Der Vorfall zeigt, wie leichtfertig wirtschaftliche Kämpfe herausgeschwürt und sich dabei nicht scheut, ausländische Streitfragen zum Ausgangspunkt erbitterten Ringens in Deutschland zu machen!

Die internationale Koalition der Unternehmer ist für die Sozialdemokratie freilich durchaus nichts Ueberraschendes. Wir haben die Internationalität des Kapitalismus sehr richtig eingeschätzt. Erreulich ist nur, daß die Vertreter des Unternehmertums endlich die Maske fallen lassen und sich als das zeigen, was sie sind: Verfechter und Handlanger der internationalen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter. Öffentlich hören nun aber auch die Lobeshymnen auf den nationalen Charakter der Herren auf. Für den Kapitalismus und seine Verfechter gibt es keine Landesgrenzen, wenn der Profit und die uneingeschränkte Ausbeutung in Frage kommt. Die sozialdemokratische Auffassung wird hence wieder befähigt durch die erfolgte internationale Unternehmerkoalition!

Vom Wahlrechtskämpfer.

Die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ berichtet in ihrer Sonntagsnummer von neuen Unterhandlungen, die in den nächsten Tagen zwischen Konservativen, Freikonserverativen und Nationalliberalen gepflogen werden sollen. Das Organ der Schlotbarone befürwortet selbstverständlich eine Verständigung zwischen den drei Parteien auf Kosten der Volksrechte. Es bestärkt die Konservativen, der nationalliberalen Forderung auf Drittelung nach Gemeinden oder Wahlbezirken doch entgegenzukommen. Geschähe das nicht, so werde dadurch ein schwerer Schlag gegen die Interessen der Großindustrie geführt. Es sei keine Frage, daß im Westen überhaupt in den großen Städten nach und nach ein Wahlkreis nach dem anderen in die Hände des Zentrums oder der Sozialdemokraten fallen werde. Und zwar in die Hände der „demagogischen Abart des Zentrums“, die für die Industrie nicht weniger gefährlich sei als die Sozialdemokratie selbst. Das wildnationalliberale Schlotjunkerorgan gibt zwar zu, daß es den Konservativen weitaus angenehmer sein müsse, mit dem Zentrum zusammen zu arbeiten, dessen 104 Mann

ein Herz und eine Seele seien, als mit Nationalliberalen „deren Schaulpolitik ein Vorwärtstommen nicht gestatte“. Aber heute biete sich den Konservern die Möglichkeit, auf ganz derselben Grundlage, die sie mit dem Zentrum vereinbarten, mit den Mittelparteien eine Einigung zu treffen, durch die aus der Vorlage „einige demokratisierende und antinationale Tendenzen herauszubringen“ seien.

Ob die Konservern diesem Liebestwerben Erhöhung schenken werden, oder ob es schließlich zu einem Kompromiß der Parteien einschließlich des Zentrums kommen wird? Ganz ausgeschlossen erscheint auch das nicht, weiß doch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ über die früheren Kompromißverhandlungen zu melden:

Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Frage der anderweitigen Regelung der Drittelung der Wählermassen. Es soll hier von den Kompromiß-Parteien den Nationalliberalen und Freikonservern vorgeschlagen werden, in größeren Städten mehrere Urwahlbezirke zu einem Wahlbezirk zusammenzulegen, in dem dann gebildet wird. Die Zustimmung der Freikonservern zu diesem Vorschlag scheint bereits vorhanden zu sein. Sie haben selbst einen ähnlichen Vermittlungsantrag in früheren Verhandlungen unterbreitet, der aber, als zu weitgehend, vom Zentrum abgelehnt wurde. Das Zentrum wollte die Zusammenlegung von je zwei Urwahlbezirken bei einer Gemeindevoneinwohnerzahl von 10 000, je vier bei 25 000 bis 50 000, je sechs über 50 000 bewilligen. Dagegen fordern die Freikonservern, daß bei 10 000 Einwohnern je sechs Urwahlbezirke und über 100 000 je zehn Urwahlbezirke zu einem Drittelungsbezirk zusammengelegt werden. Ob und inwieweit die Nationalliberalen geneigt sein werden, von ihrer Forderung der Wiederherstellung der Drittelung in der Gemeinde abzugehen, werden wohl die nächsten Tage lehren.

Danach wäre also das Zentrum bereits geneigt gewesen, sogar in der Frage der Steuerdrittteilung, die doch sämtliche Zentrumskredner während der Verhandlungen als das wirksamste Mittel gegen die plutokratischen Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts bezeichnet hatten, in eine weitere Verschlechterung des Wahlrechts zu willigen!

Eine Parteitagsdiskussion — im Parlament.

Paris, 1. April. (Eig. Ber.)

Die Erwartung, daß die gründliche Diskussion und die Abstimmung des Parteitages in Rimes über das Altersversicherungsgesetz die Fraktion der geeinigten Partei zu einem einheitlichen Verhalten in der entscheidenden Parlamentarischen Verhandlung bestimmen würde, hat sich nicht erfüllt. Der Parteitag hat bekanntlich die Deputierten aufgefordert, für die Vorlage zu stimmen und unmittelbar danach die Verbesserung des Gesetzes zu betreiben. In der Sitzung vom 30. März aber hat Jules Guesde, der allerdings auf dem Parteitag nicht anwesend war und eben erst nach glücklich beendeter Kur in das Parlament zurückgekehrt ist, einen heftigen Vorstoß gegen das Gesetz unternommen, wobei ihm seine Freunde folgten.

Die Generaldebatte über das Gesetz war abgeschlossen. In ihr hatte Jaurès dargelegt, warum er trotz der vom Senat verübten Verschlechterungen das Gesetz ohne Änderung annehme: Der Senat habe das Prinzip der Kapitalisationsverfahren seiner wichtigsten Vorteile beraubt, er habe mit seinen unformen Bestimmungen tatsächlich die Arbeiter der ungesunden Verufe benachteiligt, er habe endlich die Bestimmung spezieller Einnahmen für die Ausgaben der Versicherung abgelehnt. Die Vorsicht, die Ausführung eines Gesetzes von der Bewilligung der durch dasselbe erforderlichen Summen abhängig zu machen werde der Redner von nun an bei allen förmlichen Gesetzen, vor allem bei der zweimilliarden Vorlage für die Flotte fordern. Mit dem Hinweis auf England forderte Jaurès eine Verfassungsänderung, die das Bestehen des Senats, die von der Deputiertenkammer angenommenen sozialen Gesetze zu verschlechtern, unentwickelt mache. Die Hauptsache aber bleibe doch, daß das Gesetz auch in seiner Entstellung das Recht des Arbeiters auf Existenz vermittelt der Sozialversicherung anerkennt. Darum sei es besser als das englische Gesetz, das doch nur eine Armenversorgung darstelle. Die sozialistische Partei werde am Beginn der kommenden Gesetzgebungsperiode die notwendigen Verbesserungen beantragen.

Nach einer Rede Vivianis, der natürlich das Gesetz in heftigstem Licht zeigt, beginnt die Spezialdebatte. Artikel I, der das Prinzip der Zwangsversicherung auspricht, wird mit Handaufheben angenommen. Nun kommt Artikel II daran, der die dreifache Beitragsleistung — des Unternehmers, des Arbeiters und des Staates — vorsieht. Hier niedet sich nun Jules Guesde zum Wort und fordert in einem Amendement die Streichung des Arbeiterbeitrags. Seine, mit der ihm eigentümlichen Schärfe und Präzision vorgebrachten Ausführungen werden von der Kammer mit großer Spannung angehört. Für Guesde ist nicht, wie für die Kritiker der E. G. L. die Kapitalisation der Grundfehler des Gesetzes, sondern der Arbeiterbeitrag. Der Lohnabzug werde das Elend des Arbeiters vergrößern, er sei eine Fortsetzung der Unterdrückung durch den Unternehmer. Er werde proletarische Eltern hindern, in der Apotheke Medikamente für ihr krankes Kind zu kaufen. Zum Diebstahl des Unternehmers füge man jetzt den Diebstahl des Gesetzgebers. Guesde ruft: „Seitdem ich zum Sozialismus gekommen bin, habe ich den Arbeitern gesagt: Der Sozialismus besteht in der Aufhebung des Abzugs von eurem täglichen Arbeiterbeitrag. Was zu seiner Verwirklichung wollen wir aber euren Anteil vermehren, den des Unternehmers verringern. Und nun soll ich, zum erstenmal in meinem Leben, den Arbeitern sagen: Ich will euren Anteil verkürzen? Nein, das kann ich nicht!“ Der Redner setzt dann auseinander, daß er immer eine Altersversicherung ohne Arbeiterbeiträge gefordert habe, so in seinem Entwurf von 1894. Die Kammer möge diese streichen, die dann fehlenden 80 Millionen mittels des Versicherungsmonopols oder durch Steuern auf das industrielle und immobile Kapital hereinbringen. Der Abzug vom Lohn ist verwerflich, und er macht es mir in jedem Fall zur Pflicht, gegen das Gesetz zu stimmen. Guesde meint, die Annahme seines Amendements bedeute keine Verschleppung der Versicherung. Die weiteren Artikel des Gesetzes möge man durchberaten und die Regierung auffordern, bis zum Zusammentritt der neuen Kammer einen Entwurf über die Beschaffung der 80 Millionen auszuarbeiten: „Hier bietet sich eine Erleichterung für das menschliche Gewissen. Sie werden die Benutzung haben, sich zu sagen: Wir haben uns nicht über die Armen gebeugt, unter dem Vorwand, ihnen zu Hilfe zu kommen, in Wahrheit aber, um sie auszuplündern.“ Gegen Viviani, der davon gesprochen hätte, daß die englischen Arbeiter, weil sie keinen Beitrag leisten, sich zum Almosenempfänger hüten, bemerkt der Redner: „Alles, was Sie für das Proletariat bewilligen, ist nur eine Rückertattung, eine Abschlagszahlung auf das, was ihm geschuldet

ist. Was Sie auch geben, Sie geben ihm nicht genug, bis zu dem Tage, wo es, organisiert, alles, was ihm gehört, wiederzugreifen wird.“

Die Rede Guesdes, der sich u. a. auch auf die Abstimmung der deutschen Sozialdemokraten gegen die Bismarcksche Sozialgesetzgebung berufen hat, ruft bei den guesdistischen Deputierten Beifall hervor. Im Namen des Ministeriums erklärt Viviani, es sei zu spät, noch irgend etwas zu ändern. Die Annahme des Amendements Guesde bedeute das Ergebnis des Entwurfs. Guesde ruft: „Ich will Ihr Projekt einschärfen? Es ist ja doch nur eine Fehlgabel!“

Nun aber beginnt eine Polemik gegen Guesde von sozialistischer Seite. Sembat eröffnet sie: „Wir haben alle Hochachtung vor der Gesinnungshöhe Jules Guesdes. Aber ich glaube, er befindet sich in einer Illusion, wenn er glaubt, die Diskussion könne nach dem Verschwinden des Artikels II fortbauern. Andere als er hätten das Amendement vielleicht erdacht, um sich gegenüber denjenigen, die es ablehnen, in günstiges Licht zu setzen. Alle, die Guesde kennen, wissen aber, daß er eines solchen Manövers nicht fähig ist. Aber wenn man einen Vorstoß macht, muß man damit rechnen, daß er angenommen wird. Nehmen wir, was man uns gibt, verbessern wir nachher! Ich werde für das Gesetz stimmen, weil ich glaube, daß sechs Groschen ja nicht viel sind, aber immer noch mehr als sechs Phrasen.“

Nun bestiegt Jaurès die Tribüne: „Die Guesde, ruft auch mich die Pflicht noch einmal auf diesen Platz. Denn es ist schmerzhaft für mich, in Widerspruch mit dem Mann zu sein, der für viele von uns der Lehrer war. Aber ich halte es für meine Pflicht, vor der Arbeiterklasse die Verantwortung auf mich zu nehmen und zu sagen, warum ich ein Werk nicht verwerfen will, dessen Unvollkommenheiten, aber auch dessen Vorzüge ich dargelegt habe, und an dem mitgearbeitet zu haben, ich stolz bin. Wenn Guesde in der Beitragsleistung der Arbeiter eine Fortsetzung der vom Unternehmer erhobenen Abgabe sieht, so überfiert er einen Unterschied: die Dividende des Unternehmers kommt nicht der Arbeiterklasse zugute, was aber vom Beitrag der Arbeiter, wie der Unternehmer und vom Zuschuß des Staates gilt.“ Jaurès beruft sich darauf, daß die Bergarbeiter und die Eisenbahner 1885 und 1898 die Versicherung mit Arbeiterbeiträgen gefordert haben. Bedeutet dieses ein Verbrechen, so hat es also die Arbeiterklasse selbst gefordert. Der Beitrag wird aber die Löhne so wenig verringern, wie die Wahrung des Arbeitstags. Die erhöhte Sicherheit des Arbeiters wird die Kraft seiner Forderungen erhöhen. Die Bergarbeiter, die 70 Frank jährlich gahlen, haben dank ihrem erhöhten Selbstbewußtsein und Sicherheitsgefühl ihre Löhne um den fünffachen Betrag gesteigert. Ich werde darum in voller Gewissensruhe für das Gesetz stimmen, weil ich wohl weiß, daß in der großen Schlacht, deren Ende Guesde bezeichnet hat, jedes Gesetzgebungsmerkmal ein Moment bedeutet, eine weitere Staffel im Aufstieg der Arbeiterklasse zur sozialen Gerechtigkeit.“

Zum Schluß erklärt Baillant: Gemäß dem Beschluß des Parteitages von Rimes stimme ich für das Gesetz.

Das Amendement Guesde wird hierauf mit 488 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Von den 30 gehören 8 der Rechten. Einige Sozialisten enthalten sich.

Der Zwischenfall rief begreiflicherweise außerordentliches Aufsehen hervor. Die großen kapitalistischen Blätter, wie „Le Temps“ und „Journal des Débats“, die die Zwangsversicherung heftig bekämpft haben, bestätigen Guesde, daß er die wahren marxistischen Prinzipien vertreten habe. Das Kompliment aus diesem Munde ist etwas verdächtig. — In der „Humanité“ erklärte Jaurès, in einem an die Spitze des Blattes gestellten kurzen Artikel, die Zukunft werde entscheiden, ob die recht gehabt hätten, die das Gesetz wieder an den Senat weisen wollten, oder jene, die auf seine Verbesserung vertrauen. Er fügte hinzu: „Die Partei liebt es nicht sehr, daß sich die Fraktion spaltet. Diefmal hatten wir unsere Vorlesungen dagegen getroffen, sie waren aber vergebens. Vor einigen Tagen, vor der Rückkehr Guesdes, hatte die Fraktion lange über ihr Verhalten beraten. Sie hatte — Delory mit ihr — anerkannt, daß der Parteitag von Rimes uns verpflichtete, für das Gesetz zu stimmen und dann ohne Verzug an seiner Verbesserung zu arbeiten. Sie hatte einstimmig beschlossen, das Gesetz ohne jedes Amendement anzunehmen, mit einer vorgängigen Erklärung, die die Vorbehalte formulieren sollte und mit nachfolgenden Ergänzungsvorschlägen. Ich für mein Teil bin der gemeinsamen Entscheidung treu geblieben. Ich bedauere es nicht.“

In der Sitzung vom 1. April wurde das Gesetz angenommen. Nur drei Deputierte stimmten dagegen: der „Selbe“ Viétry, der Schatzmacher Gast und Gen. Jules Guesde. Alle sozialistischen Deputierten außer ihm stimmten für das Gesetz, also auch diejenigen, die das Amendement Guesde unterstützt hatten.

Wie das Gesetz, das, wie Viviani fest zugelegt hat, 1911 in Kraft treten soll, in der Praxis wirken wird, ist natürlich schwer voranzusagen. Sicher dagegen ist, daß die parlamentarische Schlussberatung in der sozialistischen Partei eine höchst unerquickliche und nicht unbedenkliche Situation geschaffen hat. In der heutigen „Humanité“ setzt Jaurès seine Polemik gegen die Unterzeichner des Amendements Guesde mit größerer Schärfe fort. Er schreibt: „Guesde ist mit sich selbst und seinen Erklärungen vom Vortrag im Einklang geblieben. Mit einem bedauerlichen Sophismus und mit bedauerlicher Ungerechtigkeit hatte er den Artikel II mit seinem vom Lohn zu erhebenden Beitrag als „Verbrechen und Diebstahl“ bezeichnet. Nein, das ist kein Diebstahl, da alle Beiträge der Arbeiter, vermehrt um die der Unternehmer und um den starken Staatszuschuß, zur Arbeiterklasse zurückkehren. Aber schließlich war er bei seiner Abstimmung logisch. Aber eben dadurch hat er seinen Freunden, sei es absichtlich oder von dem Gewicht seiner eigenen Worte mitgerissen, eine strenge Aktion gegeben. Er hat ihnen gezeigt, daß ein Sozialist nicht das Recht hatte, den verdreherischen Charakter eines Gesetzes zu verkünden und diesem dann seine Stimme zu geben. Diejenigen, die für das Gesetz gestimmt haben, haben das Recht verloren, das Gesetz als einen Betrug, als ein Attentat auf die Arbeiter zu bezeichnen. Sie haben alle, alle gestimmt. Guesde ist ganz allein geblieben und sie müssen sagen, daß er im Irrtum ist, denn wie könnten sie sonst ihre Abstimmung erklären? Die schwäbenden Worte, womit er uns vergebens überhäuft hat, würden auf sie zurückfallen. — Aber wahrlich, war es der Mühe wert, um zu diesem Ergebnis zu kommen, war es nötig, um die vollständige Zersetzung Guesde in dieser Frage festzustellen, drei Tage lang Desorganisationsarbeit zu leisten? Lohnt es die Mühe, in den Couloirs Unterschriften für ein Amendement zu sammeln, dessen Unterzeichner jetzt, nachdem sie für die Vorlage gestimmt haben, die beigefügte Begründung nicht anerkennen können, ohne mit dem Gesetz sich selbst zu entehren? Lohnt es die Mühe, so beständig den solennen und überlegten Beschluß des Parteitages in Rimes, so absichtlich den einstimmigen Beschluß der sozialistischen Fraktion zu verfechten, die entschieden hatte, für das Gesetz ohne Vorlegung eines Amendements zu stimmen, um sofort nachher die notwendige Aktion zu seiner Verbesserung und Ergänzung zu beginnen? Lohnt es die Mühe, der freien und loyalen Disziplin der Partei den schwersten, gehässigsten, auf vor-

fideste Art berechneten Schlag zu versetzen, den sie seit der Einigung erhalten hat? Constans hat sein Votum mit der vom Parteitag geschaffenen Verpflichtung begründet. Aber wenn uns der Parteitag geboten hat, für das Gesetz zu stimmen, so offenbar darum, weil es weder ein Verbrechen, noch ein Diebstahl ist, und derjenige, der einen seiner Artikel so bezeichnet hat, hat vor der Kammer, vor den Gegnern die ganze Partei beleidigt.

„Diese Dinge müssen gesagt — und laut gesagt werden, da man den Streit auf die Tribüne gebracht hat. Es ist nötig, daß er sage, daß das Amendement weder mir noch Baillant bekannt gegeben worden ist. Man soll wissen, daß wir uns nicht bescheiden wollen, alles schweigend zu ertragen und das die redliche Arbeit, die wir für die Partei weiterleiten werden, uns nicht so weit aufzuheben wird, um uns wehrlos Manövern wie denen der letzten Tage preiszugeben. Wir protestieren im Interesse der Partei selbst.“

Zur Abstimmung über das Amendement Guesde sei noch nachgetragen, daß sich unter den 27 Genossen, die dafür stimmten, außer den alten Guesdisten wie Delory und Constans u. a. auch die Genossen Allard, Blanc, Bedouca und Willen befanden. 22 Genossen stimmten dagegen, darunter Allemane, Souverbi, Dejeante und der ganze reformistische Flügel. Baillant enthielt sich der Abstimmung.

Nach der Annahme des Gesetzes in der gestrigen Schlussabstimmung brachte Gen. Rouanet im Namen der gesamten Fraktion den Entwurf einer Sozialversicherung ein. Die Kammer lehnte aber die Dringlichkeit ab.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. April 1910.

Wahlrechtskampf in Bremen und Anhalt.

Der preussische Wahlrechtskampf greift jetzt auch auf andere norddeutsche Bundesstaaten über. In Bremen und Anhalt fanden am Sonntag große, imposante Demonstrationen statt. Es wird uns darüber berichtet.

Bremen, 3. April.

In fünf sehr gut besuchten Versammlungen demonstrierte heute das bremische Proletariat für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgerschaft. Referenten waren die Bürgerschaftsmitglieder Genossen Donath, Henke, Pied, Rauch und Rhein. Sie gipfelten in scharfen Worten den Prinzipienverrat des Liberalismus in Bremen, der hier durch das Schichtenwahlrecht zur regierenden, allmächtigen Partei gemacht wird. Außerhalb der Bürgerschaft treten die liberalen Parteigrößen, so der Chefredakteur der „Befreiung“, der auch Bürgerschaftsmitglied ist, für die Einführung des Reichstagswahlrechts in — „Preußen“ — ein, aber für Bremen soll das Schichtenwahlrecht ein „Wunder“, „Mährchen“ sein. Die liberalen Vereine haben seinerzeit, als eine zum Zweck der Reform des bestehenden Wahlrechts eingesetzte Kommission die Einführung eines Zensusystems verlangte, erklärt: „Das bestehende Schichtenwahlrecht entspricht nicht den Grundprinzipien des Liberalismus.“ Und in der Bürgerschaft, wo sie die Macht haben? — Ja, Bauer, das ist etwas anderes und Theorie und Praxis haben sich hier wie überall im Liberalismus als feindliche Pole erwiesen. In Bremen kann sich das Bürgertum so wenig wie in Preußen die Junker entschlüssen, dem durch einen Staatsstreich am 8. März 1848 dem Volke aufoktrozierten Wahlrecht den Garaus zu machen und ihre Prinzipien holt diese republikanische liberale Gesellschaft nur hervor, wenn es gilt, zur Zeit der Wahlen Wähler zu fangen. Das Gelöbnis der Versammlungsbefucher, wenns not tut, auch durch einen wirtschaftlichen Kampf das politische Grundrecht zu erkämpfen, wird den Herren bis in die Ohren tönen.

Den Versammlungen schloß sich ein für Bremen in diesem Umfange und in dieser Einheitslichkeit noch nicht dagewesener Demonstrationstag an. Etwa 15—20 000 Menschen beiderlei Geschlechts beteiligten sich. Helles Begeistertum leuchtete aus aller Augen. Im Zuge, der sich vom Markt aus durch die Hauptstraßen nach dem Parkviertel, dem sogenannten „Großen Hausen“, und dann nach dem im herrlichen Frühlingssonnenschein glänzenden Bürgerpark betogte, wurden Plakate mit entsprechenden Inschriften getragen, wie u. a. „Verantwortlichkeit des Senats“, „Fort mit den Privilegien“, „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht“, „Fort mit der Senatswahl auf Lebenszeit“, „Souveränität der Bürgerschaft“ usw.

Jugend welche Zusammenstöße mit der Polizei sind nicht vorgekommen. Die Schutzmannschaft war freilich da, ja sie begleitete den Zug und stellenweise reichte sie sich sogar ein und marschierte mit. Freilich nicht, um mitzubemonstrieren, sondern um ein wenig Obstruktion zu treiben. Inbes das absichtliche Langsamgehen dieser Polizeigruppen, das die hinter ihnen gehenden Zugteilnehmer von den vorderen Massen trennen sollte, erreichte seinen Zweck nicht, die Abgeschnittenen erreichten den Anschluß doch wieder. Auf dem Spielplatz im Bürgerpark sammelten sich die Zugteilnehmer. Fast hätte hier ein über-eifriger Wachtmeister eine rote Fahne, die bis auf 20 Schritt an ihn herantam, konfiszieren, aber sie verschwand wie vom Erdboden weggefegt und alles Umhauen half nichts; als sie dann später mitten auf dem Platz, umringt von den Tausenden, die ihr begeistert jubelten, wieder lustig im Winde flatterte, war nichts mehr zu machen. Mit einem „Hoch auf das Wahlrecht“ löste sich der Zug auf.

Die Ordnung während des ganzen, circa 3 Stunden dauernden Anzuges war musterhaft. Der Straßenbahnverkehr erlitt kaum nennenswerte Unterbrechungen, die Menge beachtete jeden Zuruf der Ordner.

Bernburg, 3. April.

Die Wahlrechtsbewegung in Anhalt hat am Sonntag mit einem wichtigen Auftakt begonnen. Zwei Rieserversammlungen tagten in den beiden Endorten der zwei anhaltischen Wahlkreise — Dessau und Bernburg — unter freiem Himmel. Von den Magistraten waren schöne städtische Plätze, die zu solchen Zwecken wie geschaffen sind, zur Verfügung gestellt worden. An der Dessauer Versammlung nahmen etwa 8000, an der Bernburger 7000 Personen teil. Redner waren die Genossen Eisner, Wörnberg und Albrecht-Halle; von der Demokratischen Vereinigung, die sich der Kundgebung angeschlossen hatte, sprach in beiden Orten Dr. Breitfeld-Berlin. Vegetarischen Widerhall fand die Kritik, welche die Redner dem geltenden reaktionären Wahlsystem angedeihen liehen. Ein ganz klein wenig besser als das preussische, so bemerkte treffend der eine Redner, sei das anhaltische Wahlrecht ja immer noch, weil in Anhalt geheim gewählt wird. Bezüglich der Reaktion sei Preußen nun einmal nicht zu überreifen. Dagegen besteht aber in Anhalt neben der indirekten Wahl das infame Zensuswahlrecht, es sind in den Städten nur die Staatsbürger wahlberechtigt, die ein Mindesteinkommen von

1000 M. pro Jahr versteuern, während die ländlichen Einwohner schon bei 600 M. für intelligent genug befunden werden, um das Landtagswahlrecht ausüben zu können. Unter ständischer Zustimmung der Wahlrechtskämpfer, konnten die Redner feststellen, daß von heute ab nur noch in Anbait der Wahlrechtskämpfe da sei und dauere werde, bis dem Junkertum und den mit ihm verknüpften regierenden Gewalten das freie Wahlrecht abgerungen ist. — Nach einstimmiger Annahme einer in diesem Sinne gehaltenen Resolution gingen die Versammelten unter begeisterten Hochrufen auf das freie Wahlrecht auseinander, ohne daß es zu irgendwelchen Abstimmungen gekommen wäre, alldieweil man höheren Orts so vernünftig gewesen war, die Aufrechterhaltung der Ordnung den Wahlrechtskämpfern selbst zu überlassen.

Reichstagswahl im Kreise Uckermünde-Ugedom-Wollin.

Durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Dr. Werner Delbrück, über den wir an anderer Stelle berichten, wird im Reichstagswahlkreise Ugedom-Wollin eine Ersatzwahl nötig. Die Aussichten, das Mandat zu erobern, sind für unsere Partei nicht ungünstig. Der Kreis war von 1884 bis 1893 konfessionell und von 1893 bis 1903 freisinnig im Reichstage vertreten. Im Jahre 1903 erhielten in der Hauptwahl Stimmen: von Böhlendorf (L.) 6777, Gauke (fr.) 3989 und Runge (Soz.) 5543. In der Stichwahl siegte der konservative Kandidat mit 9960 Stimmen über Runge, der nur 6823 Stimmen erhielt. — Bei der letzten Wahl erhielt in der Hauptwahl der konservative Kandidat 8156 Stimmen, Dr. Delbrück (freis. Vg.) 6858, Runge (Soz.) 6113 Stimmen. In der Stichwahl stimmte die Sozialdemokratie für Delbrück. Er siegte mit 11 011 Stimmen über den konservativen, der 9415 Stimmen erhielt.

Wie diese Zahlen zeigen, blieb der sozialdemokratische Kandidat nur um 240 Stimmen gegen den Freisinnigen zurück. In Anbait der heutigen Erregung des Volkes über die letzte Reichsfinanzreform und die Verharmlosung der Wahlrechtsvorlage ist anzunehmen, daß unser Kandidat den Freisinnigen weit überflügeln und mit dem konservativen Bewerber um das Mandat in die Stichwahl kommen wird.

Das Zentrum in Köln.

Vor mehr als zwei Wochen hat die Kölner Zentrumsleitung angekündigt, daß sie am 5. April eine große politische Versammlung abhalten wolle, um zu den wichtigsten politischen Fragen Stellung zu nehmen. Durch diese Ankündigung sollte die ungeduldige Anhängerenschaft vorerst beruhigt werden. Die lange Hinausschiebung der Versammlung erfolgte nur, damit möglichst viel Gras über die Wahlrechtsveränderungen wachse. Die Zwischenzeit benutzte das Zentrum, um die Vertrauensmänner der katholischen Arbeitervereine, des Volksvereins für das katholische Deutschland, der Pfarrkomitees und anderer kirchlicher Organisationen zu geheimen Zusammenkünften zusammen zu holen, um sie, wie es in einem unserem Kölner Parteiblatt auf den Redaktionstisch geflogenen Zirkular heißt, „zunächst schon über die wichtigsten politischen Fragen und Bestrebungen zu unterrichten“.

Die „Vertrauensmänner“ sollen also instruiert werden, um den erregten Anhang zu beruhigen zu können. Nachher, wenn die Geister etwas beruhigt sind, kann dann die öffentliche Versammlung stattfinden. Solche Instruktionsversammlungen sind beim Zentrum nichts Neues. Als Mitte vorigen Jahres das Zentrum gemeinsam mit den ostelbischen Junkern dem Volke unter Schonung der Bestehenden neue schwere Lasten auferlegt hatte, und die Empörung über die Taten des Schnapsblocks immer größer wurde, da herief man von M. Glabach aus die katholischen Arbeitersekretäre West-Deutschlands zu einer Geheimkonferenz nach Köln. In dem damals verfaßten geheimen Zirkular hieß es:

„Es sollen auf dieser Konferenz den Arbeitersekretären Anweisungen und Winke gegeben werden, wie sie die Agitation der Sozialdemokratie, die jetzt nach Erledigung der Reichsfinanzreform in dritter Lesung gegen das Zentrum voraussichtlich einsehen wird, erfolgreich abwehren.“

Freikonservative Wahlrechtsintrigen.

Die konservative Vereinigung hielt am Sonntag in Wiesbaden eine Generalversammlung ab, die sich mit der preussischen Wahlrechtsvorlage beschäftigte. Die Debatte über diesen Punkt war von echt konservativem Geiste befeuert. Landrat v. Heimbürg bezeichnete die indirekte Wahl als ein Bollwerk gegen das Reichstagswahlrecht. Einem anderem Redner war der geänderte Entwurf noch viel zu demokratisch. Schließlich äußerte sich auch der Reichstagsabgeordnete v. Dicksen über die Reform. Er erklärte die Beseitigung der indirekten Wahl für ein nationales Unglück. Die Wahlrechtsvorlage sei der äbelste Nachlaß Wilhelms.

Am 12. April, so führte v. Dicksen weiter aus, „wird die 3. Lesung vorgenommen, die an der zweiten Abstimmung nichts ändert, so daß die Vorlage ans Herrenhaus gelangt. Hier ist die Annahmefür die Entscheidung liegt jedoch bei der Krone. Bei dem Kaiser ist, wie ich bestimmt erfahren habe, der lebhafteste Wunsch vorhanden, daß die mittleren Parteien ihre Zustimmung zu dem Gesetze geben. Wenn das Gesetz nur von den Konservativen und Zentrum angenommen wird, dann ist die Lage der Konservativen nicht gebessert. Das Zentrum hat dagegen eine große Stärkung erfahren, eine Stärkung, die es anstrebt. Die Freikonservativen sind zu Konzessionen bereit, wenn Änderungen eintreten, die verhindern, daß die westlichen Industriegebiete dem Zentrum und der Sozialdemokratie ausgeliefert werden.“

Die Mischung des Kronjunkerturns mit Schlotjunkerturn, wie sie sich im sogenannten Freikonservatismus findet, ist fast noch widerlicher als der echte ostpreussische Junkergeist.

Von der Posener Ersatzwahl.

Trotz des vielen Geschrieies der demokratischen Richtung haben die konservativen Polen es verstanden, ihren Kandidaten Sosinski auf die Liste zu schmuggeln. Die Sache ist äußerst charakteristisch dafür, wie die polnischen Führer mit ihren Wählern umspringen. In Neben, in der Stadt Posien abgehaltenen Wählerversammlungen wurde der Vertreter der demokratischen Richtung Kowidi einstimmig zum Kandidaten vorgeschlagen. Hierauf entfaltete seine konservativ-polnischen Gegner eine äußerst gehässige Agitation in den beiden Landkreisen Posien-Ost und West. Doch auch dort wurde Kowidi in drei Versammlungen vorgeschlagen, während sich zwei für Sosinski entschieden. Demnach hätte die Vertrauensmännerversammlung den „Demokraten“ nominieren müssen. Doch weit gefehlt; bei der Abstimmung erhielt vielmehr jeder Kandidat sechs Stimmen. Das Los mußte entscheiden. Es entschied zugunsten Sosinskis, des Kandidaten, der in verächtlicher Minderheit gebliebenen Hofsparterie.

Kowidi hat den Wunsch seiner Anhänger, die fast durchweg aus polnischen Arbeitern bestehen, sich als Gegenkandidaten aufstellen zu lassen, abgelehnt. Das Polenblatt „Polska“ wehrt in langen Artikeln gegen diese Vergewaltigung der polnischen Wähler und spricht die Befürchtung aus, daß ein Teil der Wähler sich infolge dessen der Wahl enthalten, oder in das sozialistische Lager abschieben werden. In den Posener Versammlungen, in denen unsere Genossen das Wort ergriffen, wurden sie von dem polnisch-konservativen Pöbel regelmäßig niedergeschrien.

Republikanische Rüstendigkeit.

Die „Bürgerkraft“ (Lübeckes Parlament), welche aus 12 Sozialdemokraten und 108 liberalen Vertretern zusammengesetzt ist, beendete Freitag morgen nach fünf Sitzungen die Beratung des Staatsbudgets. Von unseren Genossen wurde eine ganze Reihe sozialpolitischer Anträge gestellt, die jedoch von den Reaktionsären wie von den Liberalen niedergestimmt wurden. So war die Einführung einer staatlichen Arbeiterversicherung durch unsere Vertreter beantragt, von den Erörterungen des Geldsahs jedoch abgelehnt; ebenso der Antrag, zweimal jährlich eine Arbeitslosenzählung vornehmen zu lassen. Um den Lehrern einen angemessenen Einfluß auf die Schulfragen, die in Lübeck von Leuten ohne praktische Erfahrung auf dem Gebiete des Volksschulwesens gelöst werden, einen entsprechenden Einfluß zu sichern, hatte Genosse Dr. Schlomer die Einsetzung eines von den Lehrern frei gewählten Schulrats beantragt. Was man nicht für möglich halten konnte, trat ein: liberale Lehrer ersuchten um Ablehnung des Antrages aus den rückständigsten Gründen und besiegelten damit dessen Schicksal. Unser Redner hatte auch die Gelegenheit wahrgenommen, um den in manchen Schulen gepflegten Hurra-Patriotismus und Hyzantinismus zu geißeln. So hatte ein Oberlehrer seine Schüler veranlaßt, einen Aufruf zu schreiben über das Thema „Welches können die eventuellen Ursachen eines Krieges zwischen England und Deutschland sein?“ Auf diese Weise treibt man in den Schulen allddeutsche Hege.

Der Ablehnung verfielen weiter die sozialdemokratischen Anträge auf Errichtung eines städtischen Obdachlosenheims sowie Anstellung eines Gewerbeinspektors.

Im Wahlkreise Jauer-Bollenhain-Landeshut

wurde für die bevorstehende Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Dr. Herms der Landtagsabgeordnete und frühere Oberbürgermeister von Görlitz, Geh. Regierungsrat Büchtemann als Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt.

Gegen die Eisenbahnermaßnahmen in Sachsen.

Kürzlich kam es im sächsischen Landtage zu stürmischen Verhandlungen, weil die Regierung anlässlich einer Petition mehrerer wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassener Eisenbahnerwerkstättenarbeiter durch den Finanzminister erklärte, daß sie jeden organisatorischen Eisenbahner entlassen würde. Die sozialdemokratischen Redner kritisierten die Maßregelungsmittel der Staatsbahnverwaltung äußerst scharf und forderten Anerkennung des Koalitionsrechts.

Wenige Wochen später warf die Betriebsdirektion in Chemnitz dreizehn Eisenbahngestellten brutal auf's Pflaster, weil sie eine Eisenbahnerversammlung besucht hatten. Dieser Terrorismus wirkte wie eine Provokation, es sah aus wie eine Verhöhnung der linken Seite des Landtags. Die sozialdemokratische Fraktion wird die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Sofort bei dem Wiederauftreten des Landtags hat sie folgende Interpellation eingebracht:

1. Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß am Sonnabend, den 19. März 1910, von der Staatsbahnverwaltung in Chemnitz dreizehn Eisenbahngestellten plötzlich die Entlassung ertheilt, weil sie an einer öffentlichen Versammlung der Eisenbahner teilgenommen haben?
2. Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu tun, um ihre Eisenbahngestelltenarbeiter in ihren staatsbürgerlichen Rechten zu schützen?

Die Erschwerung der Vieheinfuhr aus Dänemark.
Am Sonnabend nachmittag tagte im Flensburger Rathaus eine Konferenz der Bürgermeister der Städte Kiel, Flensburg, Altona und Apenrade, um Stellung zu der durchgeführten schärferen Kontrolle der Vieheinfuhr aus Dänemark zu nehmen. Es wurde, nachdem die Quarantänepächter und Schlachthofdirektoren eine Darstellung der Sachlage gegeben hatten, in der Konferenz beschlossen, sich beschwerdeführend an den Bundesrat zu wenden, unter Klarlegung der Verhältnisse.

Ungarn.

Die Wahlreform.

Budapest, 4. April. (W. L. B.) Handelsminister Hieronymi führte in seiner Rede über die Wahlreform vor seinen Wählern aus, daß größte Verbrehen des gegenwärtigen Wahlrechts liege darin, daß die industriellen Arbeiter im Gegensatz zu großen Schichten der Landbevölkerung das Wahlrecht nicht bekämen, da schon eine geringe Grundsteuerleistung die Wahlberechtigung verleihe. Die Regierung könne zwar nicht die radikalste Lösung des Wahlrechtsproblems in Aussicht stellen, werde aber auch keinen reaktionären Versuch anstellen. Er bitte die Wählerschaft zu vertrauen, daß die Regierung die Absicht habe, jede durchführbare freisinnige Forderung auch durchzuführen. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

England.

Das Wahlergebnis in Mid-Glamorgan.

b. London, 2. April. (Eig. Ver.) Die Nachwahl in Mid-Glamorgan ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, überraschend günstig für den sozialistischen Kandidaten der Arbeiterpartei ausgefallen. Auch diejenigen unter uns, die von der Stärke der Arbeiterpartei überzeugt sind, wagten nicht die Vorausage, daß Hartshorn über 6000 Stimmen erhalten wird. Hätten die Konservativen einen Gegenkandidaten aufgestellt, so würde der Sozialist die relative Mehrheit erhalten haben.

Nach Verkündigung des Wahlergebnisses hielt Hartshorne eine Rede, in der er u. a. sagte: „Dies ist der stolzeste Moment meines Lebens. Ich freue mich, daß es mir vergönnt war, an einem Kampfe teilzunehmen, der die vollständige Trennung zwischen Liberalismus und Arbeiterpartei hervordringen wird. Die 6000 Männer, die für mich stimmten, traten für kompromisslosen Sozialismus ein.“

Die Liberalen triumphieren vorläufig, aber ihre Triumphstimmung wird nur anhalten, bis sie Zeit gewinnen, über den Sieg in Mid-Glamorgan ernstlich nachzudenken. Denn dieser Sieg enthält mit unvorhersagbarer Deutlichkeit die Klassenlinie, die die Gesellschaft in zwei Lager teilt, eine Entzweiung, die die Liberalen solange als möglich hinausschieben möchten.

Es wäre indes meines Erachtens verfehlt, aus diesen Vorgängen zu schließen, daß Liberalismus und Arbeiterpartei schon in nächster Zukunft in einen Klassenkampf gegen einander in bewußter Weise eintreten werden. Das Resultat in Mid-Glamorgan wird vorläufig nur zur Folge haben, daß die liberale Partei den Arbeitern größere Wahlkonzessionen gewähren wird. Die liberale Zeitung, in der Winston Churchill, Lloyd George und der Master von Elibank ein gewichtiges Wort mitzureden haben, fürchtet nichts so sehr als die Offenbarung der Klassenlinie. Sie wird deshalb Anstrengungen machen, die Rebellion in Wales zu besänftigen.

Die soeben berichtet wird, hat der Master von Elibank (Lehrer ist Chief Whip, also etwa Oberorganisationschef der Partei)

die liberalen Parlamentsabgeordneten von Wales eingeladen, mit ihm die durch die Nachwahl von Mid-Glamorgan geschaffene Lage zu besprechen.

Türkei.

Das Attentat in Ipeh.

Saloniki, 8. April. Ueber Ipeh ist der Belagerungszustand verhängt worden. Eschahid Pascha droht, die Stadt zu bombardieren, falls sich die Anrainer nicht ruhig verhalten und die Waffen ausliefern. Der Urheber des Attentats auf den Ministerpräsidenten, Galla Bey, und seinen Begleiter, einen gewissen Attill Abbas, ist mit seinen Genossen geflüchtet.

Aus der Partei.

Genosse Paul Singer hat sich, wie wir schon am Sonnabend meldeten, einer Augenoperation unterzogen. Die Operation ist, wie wir erfahren, erfreulicherweise glänzend gelungen, das Befinden des Patienten ist gut. Wir dürfen also hoffen, daß in nicht allzu langer Frist Genosse Singer wieder in aller Rüstigkeit in den Kampfreihen voran marschieren wird.

Gemeindevahlen.

Die Wahlen in Bremerhaven haben nach dreitägiger Wahlschlacht nicht nur, wie schon berichtet, in der dritten Klasse einen überraschenden Erfolg gebracht. Auch in der zweiten und ersten Klasse haben sich die sozialdemokratischen Stimmen erheblich vermehrt. Ziel der Sozialdemokratie in der dritten Klasse der gelamte Stimmenzuwachs an Wählern zu, rund 600 Stimmen, so nahm sie in der zweiten Klasse den Gegnern außer diesem Zuwachs noch Stimmen ab. Selbst in der ersten Klasse nahm sie an Stimmen zu, und das trotz eines Wahlkampfes, der von unseren Gegnern nach Reichsverbandsmuster durchgeführt wurde.

Nach ein Zwanzigjähriger.

Gleichzeitig mit dem „Hallenener Volksblatt“ hat in diesen Tagen die „Märkische Volksstimme“ in Cottbus die Feier des zwanzigjährigen Bestehens begehen können. Am 1. April 1890 erschien in Frankfurt a. O. die erste Nummer des vorerst dreimal wöchentlich erscheinenden Blattes. Im Jahre 1895 erfolgte die Verlegung nach Forst, im Jahre 1901 wurde die „Volksstimme“ ein Tagesblatt und 1908 siedelte sie nach Cottbus über. Unser Parteiorgan feiert sein Jubiläum in einer zwelfarbigen, mit Illustrationen, die die Räume des „Volksstimme“-Betriebes zeigen, geschmückten Sondernummer, die u. a. Beiträge der früheren Redakteure des Blattes und mancherlei launige und erhebende Erinnerungen aus den 20 Kampfsahren enthält.

Adressenveränderung. Die Adresse des Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Görlitz ist von jetzt ab: Hermann Stolpe, Görlitz, Luisenstr. 8, S. r. II.

Aus Industrie und Handel.

Kali-Ruban.

In der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung der Kaliwerksgesellschaft Aschersleben kam es zu tumultuarischen Szenen. Die Gegner der Gruppe Schindtmann, die genau wie diese das nachste Tascheninteresse vertreten, leisteten sich dabei die Geschmätzlichkeit, mit nationalen Phrasen um sich zu werfen. Für die volkseindliche Politik des Kalisyndikats nationale Motive zu unterstellen, dazu gehört schon ein bißchen viel — Mut. Der Haupttruster im Streite, Herr Sauer, gab seinem Kampfe ums Vaterland das richtige Relief, indem er darauf hinwies, daß er nicht nur bei Aschersleben stark beteiligt sei, sondern sich gebührender Vorkämpfer mehrerer Kaliwerke nennen dürfe. Und diese gehören zur Syndikatsgruppe.

Na — also! Einer der Syndikatsfreunde verhaspelte sich denn auch gründlich; er bemerkte, die Frage, ob mit oder gegen das Syndikat die Aktionäre am besten weg kämen, das sei das allerhöchste Gebot! Nun ist es klar, daß ein Mann wie Sauer, der beim Syndikat stark engagiert ist, ganz andere Interessen hat, als der Aktionär, der hauptsächlich nur für Aschersleben Geld gegeben hat. Für uns ist die Frage übrigens ganz nebensächlich. Die Syndikatspolitik ist die volkseindlichste, das ist das Entscheidende. Der Erfolg der Syndikatsgruppe war lediglich der, daß eine Revisionskommission gewählt wurde, die den Auftrag hat, die mit den Amerikanern abgeschlossenen Verträge zu prüfen.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe steht gegenwärtig ganz unter dem Eindruck der Tarifverhandlungen. Es belief sich das Angebot Arbeitsuchender im Baugewerbe in den beiden ersten Monaten der Jahre auf:

	1908	1907	1906	1909	1910
Januar	222	251	874	441	600
Februar	288	251	880	644	912
Differenz	+ 16	+ 0	- 14	+ 203	- 158

Der Anbruch ist demnach nicht allein wieder niedriger als im Vorjahre, sondern er bleibt auch hinter dem vom Februar 1908 noch zurück. Gebessert hat sich der Anbruch im Februar vor allem bei den Zimmerern, Malern und Gläsern, wo im vergangenen Jahre ein empfindliches Ueberangebot bestanden hatte. Bei den Gläsern ist der Anbruch von 619 im Februar v. J. auf 297 im Berichtsmontat zurückgegangen. Der Anbruch von Maurern sank von 509 auf 314. Den relativ niedrigsten Anbruch haben Bautageselöhner, Erdarbeiter usw. aufzuweisen; bei ihnen stellt er sich auf 261 gegen 382 im Vorjahre.

Lohnende Geschäfte. Die Terraingeseellschaft Klosterland in Hamburg brachte für 1909 eine Dividende von 93 Pro. in Vorschlag, während die Aktionäre sich im Vorjahre mit nur 84 Pro. begnügen mußten. Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder erhielten außerdem noch rund 29 000 M. Lantienmen. Das beste Geschäft hat diese Gesellschaft durch Verkauf an den Staat gemacht.

Rohstoffdividenden. Die Drenbergische Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb verteilt für das letzte Jahr nur 13 1/2 Pro. Die Aktionäre der Bergwerks-gesellschaft Consolidation müssen sich mit 20 Pro. begnügen. 24 Pro. schüttet die Bergbau-Aktiengesellschaft Ilse aus.

Ein Schnapsartikel.

Die Schnapsproduzenten wollen die Getrunke selbsten durch Festlegung höherer Preise. Die Branntweinindustriellen von Nordhausen, Wernigerode und Umgebung haben damit den Anfang gemacht. Zum Zweck der Festlegung von Mindestpreisen haben sie jetzt eine Preisvereinigung gegründet. Offenlich hat die Preis-erhöhung die gute Wirkung, den Schnapskonsum einzuschränken.

Warnung vor deutschen Arbeitsverhältnissen. Der Attaché des italienischen Auswanderungsamtes hat aus Köln das folgende Communiqué gesandt, das in der italienischen Presse Veröffentlichung findet:

„Die Firma Thyssen u. Co. aus Wülfrath sucht 200 Arbeiter, um sie in ihren Steinbrüchen anzustellen und beschäftigt, sie brecht in Norditalien anzuwerben, vorwiegend in den Provinzen von Udine, Treviso, Vicenza und Verona, durch zu diesem Zweck gesandte Agenten. Da die Arbeitsbedingungen bei dieser Firma durchaus nicht gut sind und die Arbeiter nicht gut behandelt werden, weshalb schon früher Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern entstanden, die das Eingreifen des Attaches nötig machten, wird gebeten, das möglichste zu tun, um das Anwerben zu verhindern.“

Gewerkschaftlichen.

Antoniederlegung der Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben Berlins.

In den Kreisen der städtischen Arbeiter Berlins hat sich eine gewaltige Empörung über die Ablehnung ihrer Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geltend gemacht. Das konnte man gestern Abend in einer Protestversammlung der Angestellten, Handwerker, Arbeiter der städtischen Betriebe, die den großen Saal von Freyer samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz füllten, bemerken.

Unsere Forderungen im Rathaus abgelehnt! Welche Stellung nehmen die Arbeiter dazu? lautet die Tagesordnung. Der Referent W u l f gab zunächst eine Uebersicht über das Schicksal der im September vorigen Jahres eingereichten Anträge, die ja schon durch die außerordentliche Steigerung der Lebensmittelpreise hinreichend begründet waren, um so mehr als leicht nachzuweisen ist, daß die Löhne, wie sie jetzt bestehen, durchaus nicht ausreichen. Berlin ist in den Löhnen seiner Arbeiter allmählich an die letzte Stelle gerückt. Aber trotz aller Begründung und obwohl man die Wirkung der Teuerung auf den Haushalt der Beamten, Lehrer und sogar Magistratsmitglieder anerkannte und ihnen Lohnerhöhung um mehrere Millionen zusammen ließ, wurde den Arbeitern kein Fennig bewilligt. Der Redner zerpflückte im weiteren Verlauf seines Vortrages die sonderbaren Berechnungen und Neuierungen des Stadtkämmerers Dr. Steiniger, mit denen dieser Mann, der sein Gehalt auf 17 000 M. gebracht hat, das Sparen an den Arbeiterlöhnen zu begründen suchte, wie er zum Beispiel herausrechnete, daß die Löhne der Gasarbeiter um 150 Proz. gestiegen seien, und schließlich seiner Stimmungsmache dadurch d'ronne aufsehe, daß er sagte, man müsse dafür sorgen, daß die Löhne nicht ins Unermeßliche steigen, und daß die städtischen Betriebe doch nicht dazu da seien, die Arbeiter zu versorgen. — Als der Redner diesen Ausdruck erwähnte, kamen bestimmte Pfuirufe aus der Mitte der Versammlung, und lauter Beifall erschallte, als der Redner erklärte, wenn Arbeiterfragen derartig behandelt werden, sei es an der Zeit, daß den Herren einmal auf andere Weise bessere Ansichten beigebracht würden. — Sodann schilderte der Redner an zahlreichen Beispielen, wie die Arbeiterausschüsse in den verschiedenen Betrieben behandelt werden, wie man sie, wenn sie Anträge einbringen, ein halbes Jahr lang, ja dauernd vergeblich auf Antwort warten läßt, bis schließlich nach vieler Nachfrage ein ablehnender Bescheid eintrifft. Es ist eine Anzahl von Fällen, die bei diesen Anträgen in Frage kommen, wie z. B. die, daß man in Gaswerken eine neue Arbeitsordnung einführt, die eine Einschränkung des Koalitionsrechts bedeutet, der gegenüber aber alle Einwendungen der Arbeiterausschüsse vergeblich waren, daß man eine schon höchst sonderbare Verfügung des Magistrats zur Ueberstundenbezahlung so lächerlich auslegt, daß in einem Gaswerke überhaupt keine Arbeit mehr als Ueberstundenarbeit gelten kann, und dergleichen mehr aus den verschiedensten Betrieben und Werken der Stadt, aus den Wasserwerken, der Straßenreinigung, dem Schlacht- und Viehhof, der Parkverwaltung usw. werden allerlei Mißstände gemeldet, von denen, wie der Stadtrat Kammlau sagt, sieben Achtel überflüssig sind. — Zum Schluß teilte der Redner mit, daß die Vertrauensmänner und Ausschußmitglieder aller Betriebe erklärt haben, daß sie ihre Kommittees sämtlich dem Magistrat vor die Füße werfen wollen, was von der Versammlung mit allgemeinem, stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

In der kurzen Diskussion, die dem Vortrage folgte, sprachen zunächst einige Ausschußmitglieder und erklärten im Sinne des Referenten, daß die Arbeiterausschüsse, wie sie jetzt behandelt werden, keinen Zweck haben. Nun möge man die Organisation hören, und wenn die Herren das nicht wollten, müßten die Arbeiterausschüsse so gestaltet und behandelt werden, daß sie ihren Zweck erfüllen können. Voreerst müsse es heißen: Fort mit solchen Dekorationsstücken, wie die Arbeiterausschüsse jetzt sind!

Nachdem dann noch der Stadtorbener W a l d e - M a n a s s e einige Worte an die Versammlung gerichtet und auf die Aufgaben der Arbeiterorganisationen, das Streben nach wirtschaftlicher, politischer und geistiger Befreiung hingewiesen hatte, wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Kellerischen Saale in der Koppenstraße am 4. April 1910 versammelten Arbeiter, Handwerker und Angestellten der kommunalen Betriebe Berlins nehmen mit Empörung Kenntnis von der Ablehnung ihrer begründeten Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.“

Die Versammelten brandmarken die jeder Berechtigtheit hohnsprechende Tatsache, daß für Beamte und Lehrer viele Millionen an Gehaltsaufbesserungen mit Rücksicht auf die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufenen Schädlichkeiten bewilligt wurden, während die Arbeiter, welche am schwersten unter den Teuerungsvhältnissen leiden, nichts erhalten. Die von den Arbeiterausschüssen eingereichten Forderungen sind keines Wortes gewürdigt worden; die allgemeine Tätigkeit derselben ist im Gegenteil noch in der Stadtorbenerversammlung durch den Magistratsvertreter in einer Art und Weise herabgesetzt worden, die jede objektive Würdigung und jede Sachkenntnis vermischen läßt.

Nach alledem sowohl als auch im Hinblick auf die Hindernisse und die Nichtachtung, welche immer mehr und mehr gegenüber den Arbeiterausschüssen von Seiten der städtischen Behörden an den Tag treten, fordern die Versammelten die Mitglieder der Arbeiterausschüsse auf, unverzüglich ihre Kommittees niederzuliegen.

In den gerechten Forderungen wird selbstverständlich festgehalten und allen Kollegen und Kolleginnen zur unabwendbaren Pflicht gemacht, sofort energisch für den Zusammenschluß im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu agitieren, um im gegebenen Augenblick geschlossen den Kampf für bessere Lebensbedingungen aufzunehmen.“

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Rohrleger und Helfer.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte am Sonntag eine allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins nach dem großen Saale der „Neuen Philharmonie“ in der Apendienstraße einberufen. Der Saal war vollständig gefüllt und zwar, wie festgestellt wurde, nur von Rohrlegern und Helfern, unter den kein Mitglied des Wiesenthal'schen Verbandes war.

Wie der Referent H a n d l e ausführte, hat der Wiesenthal'sche Verband jetzt einen neuen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen. Der Tarif wird von dem Organen Wiesenthal als eine große Erzwungenschaft gepriesen und es wird gesagt, mit diesem Tarifabschluß sei die Tariffrage für das gesamte Rohrlegergewerbe erledigt. Davon kann, wie der Referent betonte, keine Rede sein, denn dieser Vertrag bringt keine Verbesserung, sondern in mancher Hinsicht sogar eine Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse. Mit der Bestimmung, daß Jahrgeld und Fahrzeit denen nicht vergütet wird, die am Ort der Arbeitsstelle oder in deren Nähe wohnen, ist gegenüber dem bisherigen Tarif eine Verschlechterung eingeführt. Noch im Januar wurde von den Organen Wiesenthal behauptet, eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde stünde ihnen bereits in Aussicht, aber damit konnten sie nicht zufrieden sein, sie wollten mehr haben. Im Gegensatz zu dieser Angabe bringt der neue Tarif keine allgemeine Lohnaufbesserung.

sondern nur eine Erhöhung der Mindestlöhne um 2 1/2 Pf. Zudem wird noch bestimmt, daß die ständig mit Reparaturen beschäftigten Rohrleger 2 1/2 Pf. pro Stunde weniger erhalten als die anderen. Wer als Monteur zu gelten und den Monteurlohn zu beanspruchen hat, das bestimmt nach dem neuen Tarif eine, lediglich aus Arbeitgeberbestehende Prüfungskommission. Diese Bestimmung ist noch rücksichtloser wie das Innungsverbot, denn dieses sichert doch auch den Arbeitnehmern die Mitwirkung bei der Gesellenprüfung zu. Wiesenthal aber legt die Prüfungsbesugnis vertrauensvoll in die Hände der Unternehmer. Das ist bezeichnend für ihn. — Die Beschäftigung billiger Hilfskräfte wird durch den Tarif sanktioniert, indem den Unternehmern zugestimmt wird, daß sie auf je fünf Monteur einen Hilfsmonteur einstellen können. Ferner bestimmt der Tarif, daß die tariffreien Firmen nur tariffreie Arbeiter beschäftigen sollen und daß als tariffrei diejenigen Arbeiter gelten, welche entweder Mitglieder des Wiesenthal'schen Verbandes sind oder sich in die Listen des Arbeitsnachweises haben eintragen lassen. Des Arbeitsnachweises, der ausschließlich von den Unternehmern eingerichtet und unterhalten wird! Während die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise eine Forderung aller Gewerkschaften ist, erkennt der Wiesenthal'sche Verband ausdrücklich den einseitigen Arbeitsnachweis der Unternehmer an. — Und dieser Tarif soll eine Erzwungenschaft sein. Der Abschluß eines solchen Tarifs beweist nur, daß Wiesenthal und seine Leute weder die Kraft noch den Willen haben, einen Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen und daß es ihnen nur darauf ankommt, einen Tarif abzuschließen, mag er auch aussehen, wie ihn die Unternehmer wünschen.

Für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist der Tarif natürlich nicht maßgebend. Sie erkennen ihn nicht an. — Vielleicht werden die Wiesenthaler versuchen, die Unternehmer, welche den Tarif nicht anerkennen, durch Streik zur Anerkennung zu zwingen. Wenn in derartigen Fällen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes mitbetroffen werden sollten, so könnten sie sich an einer Antoniederlegung nur dann beteiligen, wenn gleichzeitig eine allgemeine Lohnerhöhung gefordert wird. Für die Anerkennung des Wiesenthal'schen Tarifs zu streiken, habe der Deutsche Metallarbeiterverband keine Veranlassung.

Der Referent empfahl folgende Resolution: „Die Versammlung erklärt, daß der zwischen dem Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe und dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbande abgeschlossene Tarifvertrag nicht als bindend für die gesamten Arbeitnehmer im Rohrlegergewerbe betrachtet werden kann, da dieser Tarif nur mit einem Teil der Rohrleger und Helfer Berlins abgeschlossen ist. — Außerdem bedeutet dieser Tarif in keiner Weise eine Verbesserung der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Deshalb wird die Agitationskommission beauftragt, Maßnahmen zu treffen, um mit den Arbeitgebern einen Vertrag zwecks günstigerer Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu vereinbaren.“

Nach einer kurzen, dem Referenten zustimmenden Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen. — Eine andere, aus der Versammlung beantragte Resolution fand gleichfalls Annahme. Sie lautet:

„Sollten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufgefordert werden, für die Durchführung des für uns nicht maßgebenden Tarifs die Arbeit niederzuliegen, so darf das nur dann geschehen, wenn zugleich die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung gestellt wird.“

Der Stand der Lohnbewegung in den Brauereien.

Die in den Lagerbierbrauereien, Malzfabriken und Bierniederlagen Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter strömten am Sonntagmittag in Massen nach dem „Feenpalast“, um den Bericht der eingesehten Kommission über den Stand der Lohnbewegung zu hören. Der Jubel war so außerordentlich stark, daß die Fassungskraft des großen Saales nebst Galerien bald erschöpft war und die Versammlung abgesperrt werden mußte. Die Polizei war, wie gewöhnlich bei großen Versammlungen im „Feenpalast“, vor dem Eingang und in der Umgegend stark vertreten. Zwei Stunden vor dem Beginn der Versammlung fand in einem Nebenraum eine Vertrauensmännerziehung statt, an der etwa 300 Personen teilnahmen. Dort einigte man sich auf eine Resolution, die man der Massenversammlung zur Annahme empfehlen wollte. Tröger vom Brauereiarbeiterverband erstattete der Massenversammlung einen ausführlichen Bericht über den Stand der Bewegung und über alle stattgefundenen Verhandlungen. Die Lohnkommission ließ es an eifriger Tätigkeit nicht mangeln, seitdem die Versammlung vom 23. Februar den vorgelegten Tarifentwurf angenommen hatte. Schon am 25. Januar wurde der Entwurf dem Verein der Brauereien zugesandt, und doch gelang es bis heute noch nicht, die Verhandlungen über die materiellen Fragen des Entwurfs zu beginnen. Die Unternehmer lehnten es ab, den Entwurf überhaupt als eine Grundlage für die Verhandlungen zu betrachten. Sie behaupteten, die aufgestellten Forderungen seien so hoch geschraubt, daß durch eine Bewilligung ihr Reinertrag aufgezehrt würde; sie wollten nur auf der Basis der gegenwärtigen Verträge unterhandeln. Dies lehnte die Kommission ab und erklärte in einem Schreiben, daß die erhobenen Forderungen als Grundlage für die Unterhandlungen dienen müßten. Bei den weiteren Verhandlungen entspannen sich Differenzen darüber, welche Parteien die Verhandlungen führen sollten. Der Bund der Gesellen, die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen verlangten eine Vertretung bei den Verhandlungen. Die beiden letzteren Organisationen hatten keine Vertragsentwürfe eingereicht, wohl aber der Gesellenbund. Von den Christlichen kamen nur 10 Mann in Frage, obgleich sie behaupteten 240 Mann stark zu sein. Die Hirsch-Dunderschen zählten etwa zwei Tausend Mann. Die Unternehmer sahen schließlich davon ab, daß diese Organisationen bei den Verhandlungen irgend eine Rolle spielen, dagegen verlangten sie mit allem Nachdruck die Mitwirkung des Gesellenbundes und machten den Vorschlag, daß diese Streikfrage einem Unparteiischen, und zwar dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn v. Schulz, zur Entscheidung vorgelegt werde. Das abgegebene Gutachten lautete dann im wesentlichen dahin, daß der Kommission empfohlen wurde, die Bundesgesellen bei den Verhandlungen nicht zurückzuweisen. Da am 31. März die Verträge abgelaufen waren, wurde mit dem Verein der Brauereien wie auch mit den ringfreien Brauereien das Uebereinkommen getroffen, daß die alten Verträge vorläufig fortbestehen sollten, bis man zu einer bestimmten Entscheidung gelangt sei. — In bezug auf das Gutachten, die Bundesgesellen betreffend, neigte die Kommission der Ansicht zu, dasselbe dahin anzuwenden, daß sie nun mit den Bundesgesellen gemeinsam auf Grund des Stärkeverhältnisses der Organisationen verhandeln wollten. Es handelt sich da nur um 324 Personen als Mitglieder des Bundes, darunter 73 Vorderburschen, also 251 Mann, denen etwa 4000 freiorbanierte Arbeiter gegenüberstehen. Man hielt es für sehr unklug, an dieser Frage etwa den Beginn der Verhandlungen scheitern zu lassen. Die Kommission hatte daher, nach Verständigung mit den Vertrauensmännern, der Versammlung die folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„Die heute, am 3. April er., im „Feenpalast“ stattfindende, außerordentlich stark besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter Berlins und Umgegend erklärt sich mit der Haltung der Lohnkommission einverstanden. In der Angelegenheit der Form, in der die Verhandlungen zu führen sind, steht die Versammlung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Bierbrauergesellenverein eine gelbe Organisation und damit nicht verhandlungsfähig ist. Um aber die gesamte Tarifbewegung nicht an dieser Frage scheitern zu lassen, erklärt die Versammlung, daß sie gegen eine Vertretung des Bierbrauergesellenvereins gemäß seiner Stärke zu den bevorstehenden Verhandlungen nichts einzuwenden hat. Die Versammelten verlangen weiter, daß die Verhandlungen auf Grund der eingereichten Tarifvorlage stattfinden und erwarten, daß die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter zustimmen werden.“

In der Diskussion wurde zwar mancher Widerspruch laut, daß den Bundesgesellen, irgend welche Konzessionen gemacht werden, aber die Gründe der Kommission wurden doch schließlich als durch-

schlagend anerkannt. Die Resolution wurde gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende S i e r i n g forderte in seinem Schlußwort die Versammelten zu festem Zusammenhalten und zu eifriger Organisationsarbeit auf; er gab der Erwartung Ausdruck, daß auch die weiteren Versammlungen der Brauereiarbeiter den gleichen imposanten Eindruck machen werden wie die gegenwärtige, damit sie Zeugnis ablegen von dem festen Willen der Arbeiterschaft, zu besseren Verhältnissen in den Brauereibetrieben zu gelangen. (Beifall.)

Achtung, Friseurgehilfen! Mit dem 1. April d. J. ist eine neue Kontrollkarte in Kraft getreten. Ausgehändig wird dieselbe nur an diejenigen Kollegen, welche bei Firmen arbeiten, die den Tarif bewilligt haben und durch den Arbeitsnachweis vermittelt sind. Die Karte ist weiß und mit blauen Querstrichen versehen und nur gültig, wenn sie laufend gestempelt ist. Beigelagt sind die Differenzen bei Scholz, Kirchbach, 24.

Verband der Friseurgehilfen. Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Streik in den Kürschnerien in Röttha bei Leipzig.

In etwa 20 Kürschnerien Röttha s haben am Montag über 200 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die zehnstündige Arbeitszeit, statt der bisher elfstündigen und eine Lohnerhöhung von 3 Mark pro Woche für Hilfsarbeiter und 1,50 Mark für die Hilfsarbeiterinnen. Zwei Firmen haben bereits bewilligt; Zugang ist streng zu meiden.

Der Streik der Brauereiarbeiter in der Wilhelmshavener Aktienbrauerei zu Heidemühle nachdem der Entlassene wieder eingestellt war, beigelegt.

Die Tarifbewegung der Kartonnagen-Arbeiter in Limbadi-Sachsen ist beendet. Es wurde ein Tarif vereinbart, der eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde pro Woche und eine Erhöhung der Löhne um 1—2 M. vorsieht. In Hartmannsdorf wollen die Arbeiter den gleichen Tarif zur Einführung bringen.

Die Schneider in Rosenheim i. Bayern streiken. In Rölln a. Rh. haben bei zwei Firmen die Uniformschneider die Arbeit eingestellt.

Die Stukkateure in München haben die Arbeit niedergelegt, weil der Arbeitgeberverband, der den bisherigen Tarifvertrag vor drei Monaten gekündigt hatte, den Abschluß eines neuen Vertrages zu verschleppen sucht.

Gerichts-Zeitung.

Vergehen gegen Kinder.

Eine Anklage wegen tätlicher Beleidigung, bei welcher wieder der Vert belastender Rinderausfagen eine Rolle spielte, führte gestern den „Gomdopathen“ Robert Ulrich vor das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Prof. Dr. Angellagte betreibt in der Dr. Franzfurter Straße die Praxis eines Naturarztes und hat großen Zuspruch. Er wurde beschuldigt, am 11. Dezember 1909 ein eben erst 14 Jahre alt gewordenes Mädchen Grete R., die Tochter eines Klempnermeisters, die ihn in seiner Sprechstunde wegen eines Ohrenleidens aufgesucht hatte, in sehr unanständiger Weise berührt zu haben. Das Mädchen hatte dem Angeklagten schon vorher in Begleitung ihrer Mutter zwei Besuche abgestattet, das drittmal war sie allein erschienen und dabei soll der Angeklagte eine eingehende körperliche Untersuchung für notwendig erklärt, bei dieser Gelegenheit plötzlich seinen Mund auf den Mund des Mädchens gepreßt und es in schamloser Weise berührt haben. Das Mädchen soll durch das zufällige Erscheinen der Frau des Angeklagten vor weiteren Insulten geschützt worden, aber durch das Attentat so außer Fassung geraten sein, daß sie kein Wort über die Lippen brachte. Auch zu Hause hat sie zunächst von ihrem Erlebnis nichts erzählt und ihren Eltern den Vorgang erst nach 4 Tagen mitgeteilt, als es sich darum handelte, daß auch ihre Schwester den Angeklagten konsultieren sollte. Der Vater wurde darüber so aufgeregt, daß er in die Wohnung des Angeklagten stürzte und ihm dort in aller Form einige kräftige Ohrfeigen versetzte. Es kam zu einer wilden Szene, wobei der Angeklagte, der wiederholt nach seinem Redoubter schrie, sich seines Angreifers mit einer gefüllten Wasserlauge zu erwehren suchte. Herr R. ging aber auch mit seinem Töchterchen zu dem praktischen Arzt Dr. Glaser, der eine körperliche Untersuchung des Mädchens vornahm; deren Ergebnis betraufte die Erzählung des Mädchens. Hierauf erfolgte Strafanzeige. — Der Angeklagte bestritt lebhaft, sich in der geschilderten Weise vergangen zu haben; die Beschuldigungen des Mädchens seien das Produkt einer unzugeweihten Phantasie, wie sie bei Mädchen in den Entwicklungsjahren, die ärztlich untersucht werden müssen, nicht selten seien. Die ganze Strafanzeige sei auf die Machinationen eines Mannes zurückzuführen, mit dem er in einer erbitterten Feindschaft lebe. — In der Beweisaufnahme wurde auch Sanitätsrat Dr. Alb. Wall als Sachverständiger vernommen. Derselbe behauptete, daß die Glaubwürdigkeit von Mädchen in den Entwicklungsjahren über gewisse Dinge eine zweifelhafte sei. Werden solche Mädchen über Dinge, die das Geschlechtsleben betreffen, vernommen, so seien sie ein sehr unzuverlässiges Zeugenmaterial, namentlich wenn sie selbst den Mittelpunkt der Vorgänge bilden. Tatsache sei, daß da irgend welche harmlose Verärgerung in der Phantasie eines solchen Mädchens zu einem unstilligen Attentat aufgebauscht werden kann. Man dürfe auch nicht vergessen, daß meistens solche Mädchen auch durch suggestive Fragen ihrer Familienangehörigen beeinflusst zu werden pflegen. Da aber hier in diesem Falle der Befund des Dr. Glaser mit der Bekundung des Mädchens übereinstimmte, so sei gegen die Glaubwürdigkeit der Jüngerin nichts einzuwenden. — Der Staatsanwalt hielt eine tätliche Beleidigung für erwiesen und beantragte 1 Monat Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Spring als Vertreter des Nebenklägers — des Vaters — beantragte dagegen 3 Monate Gefängnis, wobei er darauf hinwies, daß es ein Glückszufall für den Angeklagten wäre, daß das Mädchen zur Zeit der Tat das 14. Lebensjahr schon um wenige Tage überschritten hatte. Rechtsanwalt Dr. Löwenstein forderte die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugin an und beantragte eventuell eine viel geringere Strafe. — Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof hatte nach der Beweisaufnahme gar keinen Zweifel an der Schuld des Angeklagten und erachtete es für besonders strafwürdig, wenn ein Mann, der eine ärztliche Praxis ausübt, sich in solch schamloser Weise an Patienten, die ihm gewissermaßen willenlos überlassen sind, vergißt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Schiffskatastrophe.

London, 4. April. (B. T. W.) Nach einem Telegramm aus F a l m o u t h ist der Viermaster „Älste Thomas“ auf der Ausreise von Antwerpen, während er sich im Schlepptau eines belgischen Schleppdampfers befand, von einem unbekannt gebliebenen Dampfer gerammt worden und nach zehn Minuten gesunken. Ahtzehn oder neunzehn Personen sind bei dem Zusammenstoß umgekommen, nur ein Mann ist gerettet worden.

Ein Blutbad in der Kirche.

Stallupönen, 4. April. (B. T. W.) Am gestrigen Sonntag kam es in der Kirche von W h i t t e n zu einer blutigen Schlägerei zwischen Pölkern und Polen, bei der die herbeigerufenen russischen Grenzsoldaten schließlich von der Waffe Gebrauch gemacht haben. Man spricht von einer großen Zahl Verwundeter, auch sollen mehrere Personen getötet sein.

Der Aufmarsch der deutschen Bauarbeiter.

Die Bauarbeiter aller Kategorien haben den vom Unternehmertum hingeworfenen Handschuh aufgenommen. Die herrschte größere Einigkeit unter den verschiedenen Organisationen des Bauberufes, als in diesem Augenblicke, wo es gilt, einen von der Unternehmerschaft vorgekommenen Versuch der Arbeiterknebelung in Form eines einseitig diktierten Tarifvertrages abzulehnen. Man weiß, daß es leider auch unter den Organisationen der Bauarbeiterschaft nicht immer ohne Reibungen abgegangen ist, selbst nicht unter denen, deren gemeinsame Kampffront gegen das Unternehmertum dergleichen nicht vermuten ließe. Der Zusammenschluß der Maurer und Bauhilfsarbeiter ging nicht vor sich, ohne daß ihm früher da und dort, bei dieser und bei jener Gelegenheit Differenzen vorausgegangen wären, deren radikale Beseitigung durch die letzten Verbandstage erst die eiserne Notwendigkeit, das immer drohendere Auftreten des gemeinsamen Feindes, des Scharfmachertums im Baugewerbe erzwingt. Und noch halten ja die Zimmerer schwere Bedenken, deren Berechtigung allerdings von der anderen Seite bestritten werden, von dem Anschluß an eine gemeinsame Organisation aller im Bauberuf Tätigen zurück. Aber darin sind sich heute die Bauarbeiter aller Berufs einig, daß der Knebelungsplan der Unternehmer im Baugewerbe mit allen Mitteln zurückgewiesen werden mußte. Selbst die „christlichen“ Bauarbeiter, die eine Weltanschauung von ihren freiorganisierten Kameraden trennt, stehen hier mit diesen auf demselben Standpunkt. Wenn je die Schleifstein-dreher des Unternehmertums erfahren konnten, wie wahr das Sprichwort ist, daß allzu scharf schartig sei, die Scharfmacher des Bauberufes, und nicht diese allein, hätten Gelegenheit dazu, auf den vier Kongressen der Bauarbeiter, die jetzt in Berlin tagen, nach dieser Richtung hin Studien zu machen.

Wir lassen die Berichte über die Kongresse folgen:

Der Verbandstag der Maurer.

Vormittags 10 Uhr wurde der Verbandstag der Maurer eröffnet, der eine Fortsetzung des Leipziger Verbandstages bildet und im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagt. Haase-Verlin begrüßt die Delegierten im Namen des hiesigen Zweigvereins und spricht den Wunsch aus, daß die Beratungen zum Wohle des Verbandes wie der gesamten Bauarbeiterschaft dienen mögen. Der Verbandsvorsitzende Bömelburg führt in kurzen Worten aus, daß die bevorstehende Tagung eine der wichtigsten sein werde, die die Maurerorganisation je zu verzeichnen hatte. Es komme aber weniger auf die Worte an, die gesprochen werden, als auf das Uebrige. Wenn alle von dem Gedanken beseelt seien, daß Einigkeit nun mehr denn je notwendig ist, dann werde man auch das Richtige treffen. Mit dem Ausdruck der Erwartung, daß alle sich des Ernstes der Situation bewußt sind, erklärt der Redner den Verbandstag für eröffnet.

Zur Leitung des Verbandstages wird dasselbe Bureau bestellt, das dem Leipziger Verbandstag vorstand. Ebenso ist die Geschäftsordnung dieselbe wie in Leipzig, und auch dieselbe Mandatsprüfungskommission waltet wieder ihres Amtes. Die Tagesordnung wird, wie vorgeschlagen, gutgeheißen. Von den ausländischen Bauarbeiterverbänden sind vertreten: der Oesterreichische durch Reichner-Wien, der Ungarische durch Gardey-Budapest, der Kroatische durch Verthold-Agram und der Schweizer Bauarbeiterverband durch Bartels-Zürich.

Die der Vorsitzende Bömelburg beknüpft, ist bereits in der Vorbesprechung beschlossen, daß über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Anträgen des Arbeitgeberverbandes, in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt werden soll. — Hierbei wird im Saale überhaupt nicht. Vier und andere alkoholische Getränke werden nicht ausgeschenkt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht über die allgemeinen Verhandlungen vom 8. und 10. März, erhebt Páplow-Hamburg das Wort. Auf dem Leipziger Verbandstage wurden die Delegierten von dem Gang der Verhandlungen im Monat November unterrichtet und erfahren, daß das Ergebnis gleich Null war. Auch die Verhandlungen im März sind so gut wie resultatlos verlaufen. — Der Bericht über diese Verhandlungen liegt dem Verbandstage übrigens in einer 120 Seiten starken Broschüre gedruckt vor, ebenso wie eine Gegenüberstellung des Wortlautes des bisherigen Tarifs und des Tarifmusters der Unternehmer nach ihren Dresdener Beschlüssen, sowie eine Denkschrift über die Tarifbewegung im Deutschen Baugewerbe 1910 den Delegierten übergeben ist.

Der Redner ging auf die wichtigsten Differenzpunkte ein — die ja schon am Sonntag im Leitartikel des „Vorwärts“ hervorgehoben sind. — Zunächst handelt es sich bekanntlich darum, daß nicht wie 1908 nur ein Vertragsmuster aufgestellt werden soll, sondern daß nach dem Antrage der Unternehmer die Tarifverträge überhaupt zwischen den Zentralorganisationen abgeschlossen werden sollen. Der Sinn dieses Antrages ist, daß, wenn in einem Orte Differenzen ausbrechen, der ganze Vertrag in Frage gestellt sein soll. Wir haben das abgelehnt und konnten den Unternehmern nachweisen, daß sie, wie sie auch selbst zugefanden haben, bei dem bisherigen Vertragsmuster ganz gut gefahren sind. In Dresden aber haben die Unternehmer beschlossen, unter allen Umständen an diesem Antrag festzuhalten. Ebenso unannehmbar war es für uns, die Worte „tätig“ und „gelernt“ und die Leistungsstufe bei den Lohnbestimmungen aufzunehmen, sowie den Unternehmern durch die Einfügung der Worte „Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellöhne“, die Bahn freizumachen, an Orten, wo schon Einheitslöhne bestehen, Staffellöhne einzuführen. Der Vorschlag der Unternehmer, die Worte „tätig“ und „gelernt“ fallen zu lassen, wenn wir ihren Antrag über die Affordarbeit annehmen wollten, wurde hinfällig, weil wir den Unternehmern nicht, wie es ihr § 3 besagt, gänzlich freie Hand lassen können, die Affordarbeit überall einzuführen und uns noch dazu jedes Einflusses auf die Affordpreise zu geben. Daß wir als Arbeitsnachweise-Maßregelungsbureau der Unternehmer anerkennen sollten, daran hat wohl niemand von uns gedacht. Ihre Generalversammlung in Dresden ist ja in diesem Punkt einen kleinen Schritt zurückgegangen und will sich damit begnügen, diesen Antrag protokolllarisch festzulegen. Wenn wir das anerkennen, ist der Bund geneigt, an anderen Stellen wieder etwas nachzugeben. Aber davon kann nicht die Rede sein. Der § 10 über die Agitation auf den Baustellen war schon bisher etwas Schimpfliches für uns. 1908 aber hatten wir es noch durchgesehen, daß die Aussprache in den Baubuden nicht beschränkt wurde. Wir wollten keine Belämpfung der nun mal bestehenden verschiedenen Bauarbeiterorganisationen auf den Baustellen. Wo unsere Mitglieder arbeiten, versuchen sie die nicht zu uns gehörenden mit friedlichen Mitteln für uns zu gewinnen. Anders ist es, wo man es mit notorischen Lumpen zu tun hat. Die Unternehmer wollen aber, daß, wenn man einen Unorganisierten auffordert, sich zu organisieren, und er sich befähigt fühlt, dies als Tarifbruch gelten soll. Ferner wollen die Unternehmer, daß Entlassung und Einstellung Sache des Arbeitgebers sein soll, wogegen es im alten Tarif heißt „der“ Arbeitgeber. Die so unbedeutend erscheinende Aenderung bedeutet, daß dabei der Beschluß

irgend eines Unternehmerverbandes in Frage kommen kann. Das wäre, das erklärte Maßregelungsrecht der Unternehmer vertraglich festgelegt.

Der Redner verwies für die übrigen strittigen Punkte auf die gedruckt vorliegende Gegenüberstellung des alten Tarifs und der Tarifmuster der Unternehmer. Eine Diskussion folge den sachlichen Ausführungen des Referenten nicht und Anträge lagen nicht vor. Um 11 Uhr wurde in nicht öffentlicher Sitzung mit der Beratung über den zweiten Punkt der Tagesordnung begonnen.

Die Beschlüsse darüber werden Dienstag in öffentlicher Sitzung gefaßt.

Verbandstag der Zimmerer.

Die außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands tagt unter dem Vorsitz von Schrader-Hamburg und Knüpfer-Berlin in den „Arminenhallen“. Sie ist von 118 Delegierten und 25 Bezirksleitern, Vorsitzandsmitgliedern usw. besucht.

Der Verbandsvorsitzende Schrader-Hamburg sagte in seiner Eröffnungswort: Es sei das erste Mal, daß der Verband eine außerordentliche Generalversammlung einberufen habe. Außerordentliche Verhältnisse hätten die Veranlassung dazu gegeben. Durch den Vertrag der Unternehmer sollen die Arbeiter im Baugewerbe geknebelt werden. Selbst die persönliche Freiheit der Arbeiter soll auf ein Minimum beschränkt werden. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft wehren. Wir werden der Kriegspartei im Lager der Unternehmer zeigen, daß wir uns nicht an Händen und Füßen knebeln lassen.

Nachdem die Eröffnungsformalitäten erledigt waren erstattete Schrader Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. In ausführlicher Weise legte er die Gründe dar, welche die Arbeiterorganisationen veranlassen, das Tarifmuster der Unternehmer abzulehnen. Was der Redner in dieser Hinsicht sagte, deckt sich im allgemeinen mit den Darlegungen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“, wo auch die zwischen beiden Parteien bestehenden Differenzpunkte erörtert worden sind. Ferner führte der Redner aus: Wir haben jetzt zu entscheiden, welche Stellung der Verband zu den Beschlüssen der Unternehmer einnimmt und was demgegenüber gefordert soll. Ich habe gehört, daß manche Kameraden der Meinung sind, der Verbandsvorstand werde schließlich doch noch umtippen und im letzten Augenblicke den Tarif annehmen. Ich kann im Namen des Zentralverbandes erklären, daß er nicht umtippen wird. (Beifall.) Es ist auch noch eine andere Meinung in unseren Reihen laut geworden. Sie geht dahin, daß die Aussperrung keinen großen Umschwung annehmen wird. Ich warne vor einer solchen Auffassung. In Hamburg ist es zwar zu einer Verständigung gekommen. Dort haben die Unternehmer aus der Reihe getanzt. Vielleicht werden auch die Berliner Unternehmer dasselbe tun. Das würde für unseren Kampf eine wesentliche Erleichterung sein, aber es kann uns nicht veranlassen, getroffenen Mutes in die Zukunft zu blicken. Die Aussperrung in Deutschland wird kommen. Damit müssen wir rechnen. Die Dresdener Beschlüsse der Unternehmer beweisen, daß die Wehrheit für die Aussperrung ist. Die Unternehmer haben ja auch schon in verschiedenen Orten das Arbeitsverhältnis gekündigt, damit die Aussperrung am 15. April ins Werk gesetzt werden kann. Es wird jetzt an Euch liegen, Kameraden, ob Ihr dem Vertrage der Unternehmer zustimmen und dadurch den Kampf vermeiden wollt. (Rufe: Niemals, niemals!) Ich weiß, daß Ihr und die Kameraden, welche hinter Euch stehen, diesem Kampf nicht aus dem Wege gehen werdet, und daß Ihr in diesem Sinne Eure Beschlüsse fassen werdet. (Zustimmung.) Von der „Sozialen Praxis“ und von bürgerlichen Blättern ist einer Einigung das Wort geredet worden. Es ist dabei auch die Anregung gegeben, die Regierung solle ihre Pflicht tun und eine Vermittlung versuchen. Ich kann hierzu sagen: Es kann uns durchaus nicht angenehm sein, wenn sich die Regierung in unsere Angelegenheiten mischt. (Sehr richtig!) Dieselbe Regierung, die den Gewerkschaften die größten Schwierigkeiten in den Weg legt, können wir nicht als Vermittlerin anerkennen. (Sehr richtig!) Die Differenzen, welche zwischen uns und den Unternehmern bestehen, können übrigens nicht durch einen Schiedsspruch beseitigt werden. Auch unparteiische Privatpersonen können diese Differenzen nicht schlichten. Hier gibt es keine andere Erledigung als: Zurüdziehung der Unternehmerforderungen. Wir stehen vor einem Entweder — oder. Der bevorstehende Kampf wird nicht in einigen Wochen erledigt werden. Er kann Monate dauern. Die Zimmerer Deutschlands, die hinter uns stehen, werden einmütig erklären: Nie und nimmer lassen wir uns den Vertrag von den Unternehmern auszuweichen. Wir kämpfen dagegen bis aufs Äußerste und sind zu jedem Opfer bereit. (Lebhafte Beifall.)

Was der Referent Schrader zum Ausdruck gebracht hatte: Die Zimmerer Deutschlands sind einmütig in der Abweisung des Tarifmusters, das wurde durch die Diskussion in vollem Umfange bestätigt. In der großen Zahl der Redner aus allen Gegenden des Reiches fand sich nicht ein einziger, der auch nur andeutungsweise einer Verständigung über die Tarifanträge der Unternehmer das Wort geredet hätte. Alle stimmten sie darin überein, daß es in der gegenwärtigen Situation keine andere Parole geben könne als die: Entweder die Unternehmer ziehen ihre Forderungen zurück, oder wir nehmen den uns aufgedungenen Kampf an und führen ihn mit ganzer Kraft durch. Einzelne Redner erklärten ihre Angewissenheit mit der Verlängerung des alten Vertrages bis zum 15. April. Sie meinten, der Kampf hätte schon am 1. April aufgenommen werden sollen. Die Mitglieder seien ungehalten darüber, daß sie der Verbandsvorstand aufgefordert habe, bis zur Generalversammlung „Gewehe bei Fuß“ zu stehen. — Einige Redner äußerten ihre Befriedigung darüber, daß sich Schrader gegen Vermittlungen erklärte. Man habe — sagte ein Redner — schon genug an dem Schiedsspruch zum alten Vertrage. Noch ein solcher Schiedsspruch würde eine schwere Schädigung für die Arbeiter bedeuten. Das Tarifmuster der Unternehmer würde, wenn es angenommen werden sollte, ein Nagel zum Sarge der Arbeiterorganisation sein. Für die Unternehmer ist der Tarifvertrag kein Friedensinstrument, sondern eine Handhabe zur Knebelung der aufstrebenden Arbeiterorganisation. Man hätte — wie ein Redner sagte — über das Tarifmuster ohne Debatte zur Tagesordnung übergehen können. Doch die Ausführungen aller Redner haben gezeigt, daß sie dem Tarifmuster ein entschiedenes „unannehmbar“ entgegensehen. — Dieser Gedanke lebte in der Diskussion immer wieder. Mit besonderem Nachdruck trat ihn gerade die Redner aus den Bezirken, wo die größten Scharfmacher aus dem Unternehmertum ihren Sitz haben. Ein Zeichen dafür, daß das Auftreten jener Herren den schärfsten Widerstand in den Reihen der Arbeiter hervorgerufen hat.

Schrader verwies in seinem Schlusswort auf eine in der Diskussion gefallene Bemerkung, wonach ein Unternehmer in Dresden von seiner Friedensliebe gesprochen habe. Auch wir — sagte Schrader — wollen den Frieden und die Ruhe im Baugewerbe. Aber nicht auf die Weise, wie es die Unternehmer von uns verlangen. Wir wünschen nicht den Kampf, denn wir wissen, daß er dem gesamten Wirtschaftsleben Deutschlands schwere Wunden schlagen wird. Aber wir fürchten den Kampf auch nicht und werden ihn, wenn er uns aufgezungen wird, mit aller Energie durchführen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wurden in einer nicht öffentlichen Sitzung die für den Kampf zu treffenden Maßnahmen beraten.

Der Verbandstag der bergewerblichen Hilfsarbeiter,

der zuerst getrennt von dem der Maurer am Montagmorgen im Gewerkschaftshause zusammentrat, wurde von dem Vorsitzenden Behrendt-Hamburg als 7. Sitzung des 11. Verbandstages — in Leipzig verlagert — mit einer kurzen Ansprache, in der er auf den wichtigen Zweck der Sitzung hinwies, wieder eröffnet. Auf Vorschlag von Behrendt nahm die Versammlung eine Aenderung der vorgesehenen Tagesordnung dahingehend vor, daß zuerst in öffentlicher Sitzung ein Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund erstattet werden sollte. In einer geschlossenen Sitzung wollte der Verbandstag dann über die Maßnahmen des Verbandes zu der Haltung der Unternehmer beraten. Für die weiteren Verhandlungen sollte maßgebend sein, daß die Antwort an den Unternehmerverband gemeinsam mit den Maurern zu erteilen sei. — Töpfer, der Redakteur des „Bauhilfsarbeiter“, erhielt dann das Wort zu dem Bericht über die zentralen Verhandlungen zur Feststellung eines Tarifmusters am 9. und 10. März 1910 in Berlin. Er nannte diese Verhandlungen eine Komödie, wenn man sie in bezug auf das Tarifwesen überhaupt ansähe und er gab in großen Umrissen ein Bild von den Verhandlungen selbst, die bekanntlich keinen positiven Erfolg zeitigten. Die Unternehmer hätten nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Anzunehmen oder abzulehnen, was sie vorschlugen, das sei jetzt die Frage, denn weitere Unterhandlungen seien unmöglich geworden, wenn die Arbeiterorganisationen ihre Haltung vor der Öffentlichkeit wahreren wollen. Die Ablehnung bedeutet den Kampf, aber er darf nicht geheizt werden, da es sich um die Freiheit der Organisation handelt. (Beifall.)

Auf Antrag von Heidemann-Frankfurt a. M. wurde von einer Diskussion über den Bericht Abstand genommen, da die Vorschläge der Unternehmer überhaupt nicht mehr diskutabel seien.

In einer geschlossenen Sitzung nahmen die Delegierten dann eine Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen der Bauhilfsarbeiter auf.

Die weiteren Verhandlungen wurden mit dem Verbandstag der Maurer gemeinsam geführt.

Verbandstag der christlichen Bauarbeiter.

In den „Konordia-Sälen“ begann am Montag der Kongress der christlichen Bauarbeiter, der ebenfalls Stellung nehmen will zu den Beschlüssen der Bauunternehmer. Die Zusammenkunft wurde mit einer Ansprache eröffnet, in der der Redner erklärte: Wir wußten, daß die Lohnbewegung nicht so glatt vor sich gehen würde, denn die Arbeitgeber haben darauf hingearbeitet, den Ablauf aller Tarifverträge im Baugewerbe auf eine Zeit festzusetzen. Herr im Hause wollen sie bleiben. Wir haben einen Gegner vor uns, der alles dransetzen wird, eine Degimierung der Arbeiterorganisation herbeizuführen. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft und auch die öffentliche Meinung wird auf der Seite der kämpfenden Arbeiter stehen. Wir werden uns nächst Gott auf uns selbst verlassen.

Hierauf nahm Wiedeberg-Verlin das Wort zur Tagesordnung. Redner gibt eine eingehende Darstellung der letzten Ereignisse und Verhandlungen im Baugewerbe Deutschlands. Eine Gegenüberstellung des bisherigen Tarifvertrages und des Tarifmusters der Arbeitgeber nach dem Beschlüsse der Generalversammlung des Bundes in Dresden. Das Tarifmuster der Arbeitgeber kritisiert der Redner und kommt zu denselben Schlüssen wie der freie Verband. Für die Arbeiter verliert, nach der Meinung des Redners, der Tarif zwei Drittel seines Wertes, wenn die Arbeitgeber allein über die Lohnverhältnisse zu bestimmen haben. Auf das Wort „tätig“ kann sich der christliche Verband nicht einlassen. Die Affordarbeit ist zurzeit in Deutschland wenig verbreitet, eine Ausbreitung derselben muß aufs schärfste bekämpft werden. (Sehr richtig!) Bei der Besprechung der einzelnen Paragraphen erfolgen aus der Versammlung ironische Gelächter und Zurufe der Entrüstung. Wiedeberg schließt mit den Worten: Wir überlassen es den Kollegen, ob sie sich der Diktatur der Herren unterwerfen wollen! (Stürmische Zurufe: Niemals! niemals!)

In der nachfolgenden Diskussion löste sich die ganze Erbitterung der Delegierten über die maßlos provokatorischen Beschlüsse der Unternehmer aus.

Ein Redner aus Königsberg wandte sich in temperamentvoller Weise besonders gegen die geplante Affordarbeit, die er entschieden ablehnte, welcher Standpunkt auch von sämtlichen nachfolgenden Rednern einmütig geteilt wurde. So wurde im Osten, wo nie in Afford gearbeitet werde, der Anfang damit gemacht, und die Folgen waren, daß die Arbeit überhaupt schlecht ausgeführt wurde und obendrein die Arbeiter noch nicht 8 Mr. pro Tag verdienten, so daß in einem Orte der Bürgermeister eingriff. Ferner wurde ein Fall zur Sprache gebracht, wo Arbeiter, die im Jahre drei- oder viermal Arbeit mehr erhielten, weil sie die Innungskasse zu sehr in Anspruch nahmen. Abgelehnt wurde von allen Rednern das Wort „tätig“, in diesem Punkte gebe es keine Verständigung. Der Zentralabschluß, den die Unternehmer so zäh zu erlangen suchen, wird von einem Redner für eine Schlinge erklärt, in der man die Arbeiter fangen will.

Die Aufforderung, nur auf Einheitslöhne sich einzulassen, wurde von dem Kongress mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. In Köln hat man damit, was seitens der dortigen Arbeitgeber zugegeben wurde, die besten Erfahrungen gemacht; trotzdem beschlossen dieselben Herren, dafür zu sorgen, daß das Tarifmuster durchgedrückt wird. In vielen Orten ist Tausende von Arbeitern schon gekündigt worden, man hat nicht einmal den Verlauf des Verbandstages abgewartet. Die Arbeitgeber lehnen es vielfach ab, Lehrlinge auszubilden, weil sie die — Fortbildungsschule besuchen müssen (1), und dann klagen sie über untüchtige Arbeiter. Affordarbeit wird regelmäßig dort verlangt, wo der Unternehmer in der Submission sich verhasen hat. Es besteht jetzt schon das System, ältere Arbeiter abzustossen; käme die Affordarbeit auf, so wäre es für jene von selbst ausgeschlossen, noch Arbeit zu finden. Auf einseitig geführte Arbeitsnachweise, so äußerten sich alle Redner, könnten sich die Arbeiter nimmermehr einlassen, denn sie würden für viele Arbeiter dauernde Vermittlung bedeuten. Von den 25.000 Arbeitgebern des Bundes findet eine sehr große Anzahl, die praktisch im Baugewerbe nie gearbeitet haben, und diese Leute sollen dann entscheiden, welcher Arbeiter tüchtig ist. Ebenso gehörten in eine Schlichtungskommission Männer aus dem Baufach, und nicht solche, die ihm völlig fernstehen.

Aus sämtlichen Reden klang der unerschütterliche Entschluß, dem Ultimatum der Unternehmer den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, und daß ohne Gleichberechtigung auf Frieden nicht zu rechnen ist. Im Elsaß haben die Scharfmacher es so weit gebracht, daß die in der Textilindustrie tätigen Frauen der kämpfenden Bauarbeiter entlassen werden.

Am Mittag wird die Versammlung unterbrochen. Die Nachmittagsung, sowie die Sitzung am Dienstagmorgen findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß das Ultimatum der Unternehmer einstimmig abgelehnt werden wird.

Die Reichsversicherungsordnung.

III. Hinterbliebenenversicherung.

Die Vorschläge des Entwurfs über den Bezug einer Hinterbliebenenversicherung genannten Verhöhung der Beiträge, Witwen und Waisen sind dieselben wie im Lorentwurf. Der Entwurf beläßt es bei den vollständigen Worten für den neuen Versicherungsweig. Prüft man aber den Umfang und die Höhe dieser neuen Leistungen und die Voraussetzungen, die für den Bezug derselben aufgestellt sind, an der Hand des Entwurfs, so werden auch die bescheidensten Hoffnungen gewaltig enttäuscht. Witwen und Waisen, die etwa glauben, der Entwurf werde ihnen eine Fürsorge zu, würden mit Recht sich für betrogen erklären, wenn sie diese Vorschriften kennen lernen.

Die Renten, „Witwengelder“ und „Waisenaussteuer“ sind niedriger als unzulängliche Almosen, die Voraussetzungen zur Erlangung dieser Vortelpfennige sind außerordentlich schwere. Die

Witwenrente

entpuppt sich bei näherer Betrachtung als eine Witweninvalidenrente. Die Witwenrente erhält nicht jede Witwe eines versicherten Ehemannes, sondern nur die dauernd invalide Witwe und ferner die zwar noch nicht dauernd invalide Witwe, die aber während 20 Wochen invalide gewesen ist, für die weitere Dauer ihrer Invalidität. Als invalide soll die Witwe nur dann gelten, wenn sie nicht mehr imstande ist, „durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Lebensstellung zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde weibliche Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in der gleichen Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen“. Für diesen Begriff Invalidität gilt alles das bereits bei Besprechung der Invalidenrente Gesagte. Nur soll statt auf den bisherigen Beruf auf die bisherige „Lebensstellung“ Rücksicht genommen werden. Nach den Motiven soll damit zum Ausdruck gebracht sein, daß man der Witwe eines Tagelöhners Tagelöhnerarbeiten soll zumuten können, der Witwe eines sozial höherstehenden Versicherten aber nur z. B. die Tätigkeit einer Kinderfrau, Köchin, Aufwärterin, Wirtschaftlerin, Verkäuferin, Buchhalterin, Kontoristin, Näherin oder dergleichen.“

Voraussetzung für den Anspruch auf Witwenrente ist ferner, daß der verstorbene Ehemann mindestens 200 Wochenbeiträge (bei Selbstversicherern 500 Wochenbeiträge) geleistet hat.

Die Witwenrente ist stets noch niedriger als die Invalidenrente. Die Begründung gibt zu, daß die Witwenrente außerordentlich niedrig ist. Sie spricht davon, sie sei „lediglich eine bescheidene, für den Aufenthalt an billigen Orten eben ausreichende Unterhaltung“. Wie schon die Witwenrente ist, ergeben folgende Zahlen. Hatte der verstorbene Ehemann 10 Jahre lang die Beitragsmarken vollgeleitet, so beträgt die Witwenrente in Lohnklasse I (Jahresarbeitsverdienst bis 350 M.) 72,60 M., in Lohnklasse 2 (Jahresarbeitsverdienst 350—550 M.) 80,40 M., in Lohnklasse 3 (Jahresarbeitsverdienst 550—850 M.) 86,40 M., in Lohnklasse 4 (Jahresarbeitsverdienst 850—1150 M.) 92,40 M., in Lohnklasse 5 (Jahresarbeitsverdienst über 1150 M.) 98,40 M. Die höchste Witwenrente, wenn also der verstorbene Ehemann 50 Jahre lang stets in der höchsten Lohnklasse geleistet hat, beträgt — 170,40 M. Beträge also zwischen 6,06 M. monatlich oder 20% Pfennig täglich, und im allerhöchsten Fall, der nach 50 Jahren in vielleicht 10 Fällen jährlich eintreten könnte, 14,20 M. monatlich oder 47% Pf. täglich. Rechnet man nach einer Beteiligung der Versicherten gemäß der tatsächlichen Beitragsentrichtung im Jahre 1907 eine Durchschnittsrente, wie sie sich nach den Sätzen des Entwurfs nach Ablauf der mittleren Aktivitätsdauer (etwa 1763 Beitragswochen) stellt, so beträgt die mittlere Witwenrente 117,60 M. jährlich oder 9,80 M. monatlich oder 30% Pfennig täglich. Die niedrigste Witwenrente tritt ein, wenn der Ehemann, für den insgesamt 200 Marken erster Lohnklasse geleistet waren, eine invalide Witwe hinterläßt. Sie beträgt nach dem Entwurf 69,84 M. jährlich, also 5,82 (abgerundet 5,86) M. monatlich oder noch nicht 20 Pfennig täglich. Inwiefern vorjährig Vorschlag, die Person, die mit einem solchen Betrag an einem noch so billigen Orte Deutschlands auch nur annähernd auskommen könne, schleunigst zum Finanzminister für Deutschland zu machen, ist die Reichsregierung wohl deshalb nicht näher getreten, weil dieser neue Reichsfinanzminister eine Sparpolitik im Deutschen Reich einführen würde, bei der insbesondere den hoch bezahlten Beamten die Haare zu Berge stehen würden.

Diese Witwenrente, die noch nicht einmal zur Bezahlung der Wohnung auch nur annähernd ausreicht, soll überdies noch dem Entwurf von der Armenverwaltung noch mit Vorschlag belegt werden können, soweit diese die Witwe unterstützt hat.

Würde die Witwe selbst beitragspflichtig sein und infolge eintretender Invalidität eine Invalidenrente aus eigenem Rechte erhalten, so soll ihr keine Witweninvalidenrente zustehen; sie erhält dann nur die Invalidenrente, auf die sie schon nach dem heutigen Gesetz Anspruch hat. Als kleines Pflaster schlägt der Entwurf für solche Fälle vor, daß der beitragspflichtigen Witwe beim Tode des Ehemannes eine einmalige Barzahlung in Gestalt eines

Witwengeldes

gewährt wird. Als Witwengeld soll der zwölfwache Monatsbetrag der Witwenrente, also 72,60 bis 98,40 M. nach zehnjährigem Ableben durch den verstorbenen Ehemann gewährt werden.

Hat eine weibliche Person den Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend aus ihrem Erwerb bestritten, so steht dem hinterlassenen Witwer ein Anspruch auf

Witwengeld

zu. Ein Witwengeld erhält der hinterlassene Witwer nicht. Im Falle der Wiederverheiratung fällt die Rente der Witwe und des Witwers weg. Eine Abfindung, wie es nach den Vorschriften der Unfallversicherung geschieht, ist nicht vorgeschrieben.

Eine

Waisenaussteuer

sollen die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren eines männlichen und die hinterlassenen väterlichen Kinder einer weiblichen Versicherten erhalten. Auch den hinterlassenen ehelichen Kindern einer versicherten Ehefrau, die den Lebensunterhalt der Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, weil der Ehemann erwerbsunfähig ist, oder weil er sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hatte, soll „bis zum Wegfall der Bedürftigkeit“ die Waisenaussteuer zustehen. Ebenso soll ertornen Eltern unter 15 Jahren bis zum Wegfall der Bedürftigkeit ein Anspruch auf Waisenaussteuer zustehen, falls der Verstorbene ihren Unterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat.

Die Waisenaussteuer ist noch niedriger als die Witwenrente. Die Waisenaussteuer allein dürfen nicht mehr betragen als die Invalidenrente des Verstorbenen bezug oder bezugtragende hätte. Ergeben die Renten einen höheren Betrag, so werden sie im Verhältnis zu ihrer Höhe gekürzt. Enkel haben einen Anspruch auf Waisenaussteuer nur insoweit, als der Höchstbetrag der Renten nicht für Kinder zu gewahren ist. Die Waisenaussteuer würde nach dem Entwurf, falls 10 Jahre lang Beiträge von dem Verstorbenen geleistet waren, beim Vorhandensein eines Kindes in Lohnklasse I: 36,60 M., in Lohnklasse II: 40,20 M., in Lohnklasse III: 43,20 M., in Lohnklasse IV: 46,20 M., in Lohnklasse V: 49,20 M. betragen. Hätte der Verstorbene volle 50 Jahre lang in der höchsten Lohnklasse gezahlt, so würde die Rente für eine Waise 86,20 M. betragen. Rechnet man, wie oben, gemäß der tatsächlichen Beitragsentrichtung im Jahre 1907 eine mittlere Durchschnittsrente bei einer Aktivitätsdauer von etwa 1763 Beitragswochen (also 35 Jahre lange Beitragspflicht),

so würde als mittlere Waisenaussteuer bei einer Waise 58,60 M., bei zwei Waisen 80,40 M., bei drei Waisen 120 M. herauskommen.

Die Höhe der Invalidenrenten, Witwenrenten und Waisenaussteuer wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Anzahl der zurückgelegten Beitragsjahre	Wenn der Versicherungsfall nach Ablauf der in Spalte 1 bezeichneten Beitragsjahre eintritt, so beträgt									
	das vollendete Lebensjahr	die Zahl der nachgewiesenen Beitragswochen	die Invalidenrente des Vaters M.	die Witwenrente M.	der Waisenaussteuer beim Vorhandensein von					
					einem Kinde M.	2 Kindern M.	3 Kindern M.	4 Kindern M.	5 Kindern M.	6 Kindern M.
in Lohnklasse I										
10	26	500	125,40	72,60	36,60	63,60	80,00	117,00	144,00	171,00
20	36	1000	140,40	77,40	39,00	66,00	83,00	120,00	147,00	175,20
30	46	1500	155,40	81,80	40,80	68,40	86,00	124,00	151,80	179,40
40	56	2000	170,40	86,40	43,20	71,40	90,00	127,20	155,40	183,00
50	66	2500	185,40	90,60	45,60	73,80	93,00	130,80	159,00	187,20
in Lohnklasse II										
10	26	500	150,00	80,40	40,20	67,80	85,40	123,00	150,00	177,60
20	36	1000	160,00	84,00	42,00	70,00	88,00	126,00	153,00	180,00
30	46	1500	170,00	88,40	43,20	72,00	90,00	129,00	156,00	183,00
40	56	2000	180,00	92,40	44,40	74,00	93,00	132,00	159,00	186,00
50	66	2500	190,00	96,40	45,60	76,00	96,00	135,00	162,00	189,00
in Lohnklasse III										
10	26	500	170,40	86,40	43,20	71,40	90,00	127,20	155,40	183,00
20	36	1000	210,00	98,40	48,00	78,00	107,40	136,20	165,00	194,40
30	46	1500	250,20	110,40	52,00	85,20	115,20	145,20	175,20	205,20
40	56	2000	290,40	122,40	56,00	92,40	123,00	154,20	185,40	216,00
50	66	2500	330,00	134,40	60,00	99,00	131,40	163,20	195,00	227,40
in Lohnklasse IV										
10	26	500	190,20	92,40	46,20	75,00	103,20	132,00	160,20	189,00
20	36	1000	240,00	107,40	50,00	83,40	113,40	142,80	172,80	202,80
30	46	1500	290,40	122,40	54,00	92,40	123,00	154,20	185,40	216,00
40	56	2000	340,20	137,40	58,00	100,80	133,20	165,60	198,00	229,80
50	66	2500	390,00	152,40	62,00	109,80	143,40	177,00	210,00	243,60
in Lohnklasse V										
10	26	500	210,00	98,40	48,00	78,00	107,40	136,20	165,00	194,40
20	36	1000	270,00	116,40	52,00	88,00	119,40	150,00	180,00	210,00
30	46	1500	330,00	134,40	56,00	96,00	131,40	163,20	195,00	227,40
40	56	2000	390,00	152,40	60,00	104,00	143,40	177,00	210,00	243,60
50	66	2500	450,00	170,40	64,00	112,00	155,40	190,20	225,00	260,40

Kürzung der Renten.

Für die Hinterbliebenen eines Ernährers dürfen die Hinterbliebenenrenten zusammen nicht mehr betragen als das 1 1/2fache der Invalidenrente, die dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes zustand oder im Falle der Invalidität zugestanden hätte.

Eine

Waisenaussteuer

sollen die Kinder der Witwe erhalten, die zur Zeit der Vollendung des 15. Lebensjahres durch eigene Beitragszahlung die Wartezahl für die Invalidenrente erfüllt, also mindestens 200 Marken geleistet und die Anwartschaft auf Rente dadurch aufrechterhalten hat, daß sie als Versicherungspflichtige in je zwei Jahren mindestens 20 Marken, als Selbstversicherer mindestens 40 Marken geleistet hatte. Die Waisenaussteuer beträgt gar nur den achtfachen Monatsbetrag der bezogenen Waisenaussteuer.

Berechnung der Rentenhöhe.

Die Invalidenrente wird bekanntlich in der Weise berechnet, daß zu einem Reichsgulden von 50 M. ein Grundbetrag und ein Steigerungsbetrag geschlagen wird. Der Grundbetrag beträgt für die Lohnklasse I 60, für die Lohnklasse II 70, für die Lohnklasse III 80, für die Lohnklasse IV 90, für die Lohnklasse V 100 M. Bei der Berechnung des Grundbetrages werden stets 500 Beitragswochen zugrunde gelegt. Der Steigerungsbetrag gelangt in der Weise zur Berechnung, daß zu dem Reichsgulden und zu dem Grundbetrag so viel mal 3, 6, 8, 10, 12 Pf. addiert werden als in der 1., 2., 3., 4., 5. Lohnklasse Beiträge entrichtet sind. In ähnlicher Weise sollen die Witwen- und Waisenaussteuer berechnet werden. Bei der Witwenrente soll der Reichsgulden auch 50 M., bei der Waisenaussteuer nur 25 M. betragen. Der Grundbetrag und Steigerungsbetrag bei der Witwenrente nur 1/2, der Grundbetrag und Steigerungsbetrag bei der Waisenaussteuer bei einer Waise 1/3 für jede weitere Waise 1/3 des Grundbetrages und der Steigerungsbeträge der Invalidenrente ausmachen, der Reichsgulden für jedes Witwengeld soll 50, für jede Waisenaussteuer 16% M. betragen.

Die

Kürzung der Renteneempfänger

durch Entziehung der Rente soll auch auf die Witwenrente ausgedehnt werden. Ist die Witwe nach Ansicht der Versicherungsanstalt nicht mehr invalide, so hat das Versicherungsamt ihr die Rente zu entziehen.

Zusammentreffen mehrerer Ansprüche.

Das Recht auf Bezug der Invaliden- und Altersrente ruht für die Personen, die eine reichsrechtliche Unfallrente beziehen, solange und soweit beide Renten zusammen den 1 1/2fachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigen. Das Recht auf Bezug der Witwen- und Waisenaussteuer soll ruhen, wenn diese Renten mit der Unfallrente zusammen den vierfachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigt, die dem verstorbenen Ernährere zur Zeit seines Todes zustand oder für den Fall der Invalidität zugestanden hätte. Bei Waisenaussteuer soll für das Ruhen der Renten bereits das Übersteigen des dreifachen Grundbetrages der Invalidenrente genügen.

Treffen die Voraussetzungen für die Gewährung verschiedener Renten auf Grund der Invaliden- oder Hinterbliebenenversicherung zusammen, so ruht der Anspruch auf die niedrigere Rente.

Das

Heilverfahren

kann auch zur Abwendung der infolge einer Erkrankung drohenden Invalidität einer Witwe eingeleitet werden. Aber auch in diesem Falle steht die Einleitung im Verlehen der Versicherungsanstalt. Ein Recht auf Einleitung des Heilverfahrens hat die Witwe nicht. Während der Aufnahme in einem Krankenhaus erhalten die Angehörigen ein Hausgeld in Höhe von einem ganzen Viertel des Ortslohns, das wären in einer Reihe bayerischer und preussischer Landgemeinden volle — 25 Pf.

Aufnahme in einem Waisenhaus.

So wie schon bislang der Renteneempfänger auf seinen Antrag in einem Waisenhaus aufgenommen werden kann, so soll künftig die Versicherungsanstalt auch berechtigt sein, Waisenhäuser zu bauen und in diesen Aufnahme den Waisen zu gewähren.

Abfindung.

Kinder, die den inländischen Wohnsitz aufgeben, sollen mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente, Waisen bereits mit dem anderthalbfachen Betrag abgefunden werden können. Die besonders niedrige Kapitalisierung der Waisenaussteuer begründet der Entwurf hauptsächlich durch den „geringeren Kapitalwert“. Da, wo es sich um möglichst hohe Belastung der Arbeiter durch Beiträge handelt, rechnet die Begründung mit mehr als dem wirklichen Wert der Renten, da, wo eine, falls Invalidenrente usw. nicht lediglich Armenunterstützung sein soll, durchaus unbillige Abfindung stattfinden soll, wird nach wie vor der dreifache Jahreswert vorgeschlagen, und da, wo eine erheblich höhere Summe schon mit Rücksicht auf die schamlose Niedrigkeit in Betracht kommt, wird nicht eine Erhöhung, sondern eine weitere Kürzung eben mit dieser Niedrigkeit begründet! Hinterbliebene eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes nicht gewöhnlich im Inland aufhielten,

sollen keinerlei Anspruch erheben können — es würde ja kein inländischer Armenverband durch die Renten entlastet.

Gemeinlast und Sonderlast.

Bei der Scheidung zwischen der Gemeinlast und Sonderlast, die zugunsten der schlecht verwalteten Versicherungsanstalten der agrarischen Provinzen einen weiteren Vorstoß zugunsten der Versicherungsanstalten insbesondere von Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Niederbayern. Künftighin soll die Gemeinlast gebildet werden durch die Altersrenten, die Grundbeträge der Invalidenrenten, die Witwen-, Witwer- und Waisenaussteuer, die Witwengelder und Waisenaussteuer, die Rentenversicherungen infolge von Krankheitswochen und Wochen militärischer Dienstleistungen und die Rentenabfindungen. Alle übrigen Verpflichtungen sollen die Sonderlast der Versicherungsanstalt bilden. Zur Deckung der Gemeinlast sollen vom 1. Januar 1910 an nicht nur 1/10, sondern 1/5 der Beiträge buchmäßig ausgeschieden werden (Gemeinvermögen).

Neu ist vorgeschlagen, daß die Versicherungsanstalten ihre durch die Beiträge herausgedrängtes Vermögen zur Hebung der Finanznot des Reichs und besseren Verzinsung der Reichs- und Staatsanleihen verwenden sollen. Die Versicherungsanstalt muß nach § 1342 mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reichs oder der Bundesstaaten anlegen!

Aus der Frauenbewegung.

Das Arbeiterinnensekretariat.

eine zur wirksamen Vetreibung der Agitation unter den Arbeiterinnen und zu deren Interessenvertretung von der Generalkommission errichtete Institution, kann vom Jahre 1909 von einer größeren Inanspruchnahme berichten. Eine allgemeine Agitation wurde eingeleitet, um den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu erringen. Diesem Zwecke diente ein Flugblatt in einer Auflage von 200 000 Exemplaren. Das durch diese Agitation gewonnene Material soll zu einer Petition an den Reichstag bearbeitet werden. Außer diesem Flugblatt wurde ein Serienflugblatt, das den Gewerkschaften und Kartellen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, herausgegeben. Das erste dieser Flugblätter spricht generell von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, das zweite von den Leistungen, das dritte von den Erfolgen der Gewerkschaften.

Den Kartellen wurde die Anregung gegeben, Verschiedenstellen für die Arbeiterinnen zu errichten, um Mitteilungen über ungenügenden Arbeiterinnenschutz entgegenzunehmen. Bei dieser Anregung sowohl wie bei der Herausgabe der Flugblätter wurde das Einverständnis der Vortragsorganisationen eingeholt.

Das Sekretariat vermittelte, wie auch in Vorjahren, eine Reihe weiblicher Referenten für Gewerkschaftsversammlungen. Die veranstalteten Uebungsstunden für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen erfreuten sich reger Anteilnahme.

Beschwerden von Arbeiterinnen über Ungleichheiten und Mißstände im Arbeitsverhältnis werden in folgenden Bureaus entgegen genommen:

- Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften, Engelstraße 15, 4. St. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Donnerstags bis 8 Uhr.
- Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Lindenstr. 3, Hof, 4. St. Sprechstunden täglich von 9 bis 4 Uhr.
- Bureau des Textilarbeiterverbandes, Andreasstraße 61. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Montags bis 8 Uhr; Andreasstraße 17, Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr.
- Verbandsbureau der Buch- und Stein-druckereiarbeiter und Arbeiterinnen, Eibinger Str. 19, 3. St. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr.
- Bureau der Ortsverwaltung Berlin desselben Verbandes, Alte Jakobstraße 5, Hof, 2. Stage. Sprechstunden Dienstags von 5 bis 7 Uhr.

Die Namen der Beschwerdeführerinnen werden streng geheim gehalten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Auf die am Mittwoch, den 6. April, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, stattfindende Versammlung, in welcher Herr Dr. Wehl über „Ernährung und Nahrungsmittel“ sprechen wird, sei hiermit ganz besonders hingewiesen. Gäste herzlich willkommen. Der Vorstand.

Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 5 des „Postillon“ enthält an Vorkäusern und Illustrationen: Beihmann Holweg in Rom. — Die Inkonsequenz Dredanone. — Der Berliner Friedensengel. — Bauernphilosophie. — Beim Volkepräsidenten in Berlin. — Der Jehu-Bildhauer-Diebstahl in Frankreich. U. a. — Aus dem Tage erwähnen wir: Theobald in Rom. — Neupreussisches Nationalred. — Ein mißlungenes Experiment. — Die Abenteuer des Staatssekretärs. — Gard von Oldenburg. — Graf Teufel — Brief aus Berlin. U. a.

MANOLI CIGARETTES

zu haben in den Spezial-Geschäften
DANDY - CHIC
GIBSON GIRL - LA FLEUR

Gentner's
 Veilchen-Seifenpulver

Goldperle

erfreut sich deshalb so großer Beliebtheit, weil jedes Paket eine wirklich schöne und brauchbare Geschenkbildung enthält. — Da meine Packung vielfach nachgezählt wird, so kann man sich vor Schaden nur dadurch schützen, daß man genau auf den Namen „Goldperle“ und Schutzmarke „Kaminleger“ achtet.

Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner
 Göppingen.




Milch
Polmonox
 „Pflanzlich-hergestelltes Lungenmittel“
 von **H. Schlinck & Co. A. G.**
 Hamburg und Mannheim

Siehe Selbstanfertigung d. Garderobe u. Wäsche empfi. Kellers „Modern“
Schnittmuster Spezial-Geschäft, Königstr. 1, am Schloß (früher Godelsger Markt 3).
 Schütte, fertige, auch nach Maß von 15 Pf. an. Mündl. Erklärung jed. Schnittes. Mode-Album u. 1 B. an.

Paul Obiglo's Festsäle u. Sommer-Theater
 Schwedter Str. 23/24.
 Empfehle meine Säle sowie herrl. schattigen Naturgarten mit schöner Theaterbühne zur gefälligen Vermietung.
 Einige Sonnabende und Sonntage sind noch frei.
 Jeden Donnerstag: **P. Mantheys „Lustige Säger“**.

P. Obiglo. Amt III Nr. 33.

Voigts Krampenburg, an der Großen Krampe gegenüber von Schmiedw. eignet sich infolge seiner einsamen, romantischen Lage ganz besonders zu Ausflügen für Vereine, Jubiläum und Schulen. Säle von 100—3000 Berl. fassend. Jeden Sonntag: Dampfer-Extrafahrt der Reederei Nobiling. Abf. früh 9, nachm. 2 1/2 Uhr ab Jannowitzbrücke. Hochachtungsvoll **Robert Voigt.**

Möbel

liefern auf **Teilzahlung** bequeme kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Pumpen

aller Art für Abessieren u. Kesselbrannen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.
Paul Gries,
 Berlin SO. 16, Küpenicker Straße 44.

Soeben erschienen:
Theorien über den Mehrwert.
 Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“.
 Von **Karl Marx.**
 Herausgeg. v. **Karl Kautsky.**
 Dritter Band:
 Von Ricardo zur Vulgäroökonomie.
 Preis broschiert 7,50 Mk.
 in Leinen geb. 8,—
 in Halbfr. geb. 9,—

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstr. 69, Laden.
 — Ziehung 11. u. 12. Mai —

Schneiderei für elegante **Herren- u. Knaben-Garderobe.**
 Fertig und nach Maß. — Garantie für tadelloser Sitz und beste Verarbeitung. Auf **Teilzahlung** Wochenrate von **1 Mk.** an
J. Kurzberg
 Rosenthalerstr. 40
 direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbändern, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenheime.
 Berlin N., **Lothringer Straße 60.**
 Alle Bruchbänder mit elastischen Vellofen, angenehm u. weich am Körper.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 4400L*
 gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.

Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbier.
 Aerisch empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.
 Preis pro Flasche 10 Pfg. Überall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A. G.
 BERLIN - PANKOW.
 Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

Die reellsten und billigsten **Möbel**

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.
 4406L*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
 Amt IV, 3014.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Verhältnissen (teils aus Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavallieren nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, sabelhaft billig. Außerdem **Herrn-Paletots** . . . 8 12 14 18 W. | **Gehrock-Anzüge** . . . 14 18 22 26 W.
Jacken-Anzüge . . . 10 12 16 20 W. | **Herrn-Hosen** . . . 3 4 5-7 W.
Mod-Anzüge . . . 12 16 18 20 W. | **Jackets, Fracks, Smoking** etc.
J. WAND, Hauptgeschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116,** an der **Monats-Garderoben-Haus.** II. Geschäft: **Chausseest. 89,** 277/20*
 III. Geschäft: **Brunnenstraße 179.**

Torpedo - Schreibmaschinen, Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie, da Modell 4 herausgekommen. Vorführung kostenlos.
Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.

Hühner, junge, beste Lege-, 2 1/2, 3, 4, sofort schlüpfende Bräutchen, Brut-eier hochheißer Rassen, empfiehlt unter Garantie für Reueiligkeit **Wegner, Berlin SO., Wartenburgerstraße 34.**

!Verkauf nur an Händler!

Spezialitäten in 6, 7, 8 u. 10 Pf.-Zigarren eigenes Fabrikat aus garantiert reifen, gesunden, rein überseeischen Tabaken. Hervorragend in Geschmack, Brand und sauberer Arbeit

La Fama  La Fama

Vorstenlanden-Spezialität M. 48.— in Kisten, M. 46.50 im Karton.
!Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft!
Max Otto, Zigarren-Fabrik, BERLIN NO. 18, Landsberger Str. 90.
 Geöffnet nur wochentags 8-1 und 3-7 Uhr.

Berliner Arbeits-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.
50000
 aus 222 Gew. von 5 bis 2000 Mark
30000
 u. ein Hauptgewinn Mark.
20000
 Originallose à 2.— Mark.
 Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit
G. Dischlatz & Co., Bankgeschäft,
 Berlin C. 2, Königstr. 34—36.
 Auch zu haben in sämtlichen Lotterio- und Zigarrengeschäften.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegant. Herren- und Knaben - Garderobe fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch, Frankfurter Allee 75, 2 Eingang Tilsiter Straße.

Syphilis-Nachweis in allen frisch u. veraltet, zweifelhafte, Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; beagl. Herrn (Spez. auf Gonorrhoe-Gäden) u. Spatum-Analysen. **Dr. Homyer & Co.,** Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Strömen- und Wobrenstraße, I. 5794. Berl. Südpr. dist. u. telefon. Geöffnet von 8-9 Sonntags von 12-1.

Heinr. Mohr & Co. Pflanzenbutter (Margarin) Altona **Handels- 9 Pfd. netto** Hof. **frei 6.70 u. 7.20** Agenten dort **6.70 u. 7.20** gesucht.

Bei 1 Mark wöchentlich Teilzahlung erhalten Sie die elegantesten **Herren-Garderoben** fertig oder nach Maß direkt vom **Schneidermeister**
M. Katz
 Dresdener Str. 76
 kein Laden (nahe Thalia-Theater.)
 Besichtigung ohne Kaufzwang.



Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten!!
 Woll- Reste! Moquette
 Plüsch- Sattelstaschen
**Zimmer- und Treppen-
 Läuferstoffe**
 Kokos, Haargarn, Veleur etc.
 Muster bei näherer Angabe franko.
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158

Wanzen

istet unheilbar mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“
 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6.,
 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14.,
 15., 16., 17., 18., 19., 20.,
 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27.,
 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34.,
 35., 36., 37., 38., 39., 40.,
 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47.,
 48., 49., 50. Pf. art.
 Einzig echt u. garantiert wirk-
 sam nur i Original-
 packungen **Zod u. Teufel**
 in den Drogerien und bei **Otto
 Reichel, Berlin, Gröbenstr. 1.**
 Fernspr. -Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Schwaben

berühmt mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
 „Martial“, 50 Pf. 1., 2., 3., 4.,
 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12.,
 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19.,
 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26.,
 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33.,
 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40.,
 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47.,
 48., 49., 50. Pf. art.
 Einzig echt u. garantiert wirk-
 sam nur i Original-
 packungen **Zod u. Teufel**
 in den Drogerien und bei **Otto
 Reichel, Berlin, Gröbenstr. 1.**
 Fernspr. -Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Ziehung am 11. u. 12. Mai

Lotterie

der Internationalen Motorboot- und
 Motoren-Ausstellung, Berlin 1910
 130000
 50000
 20000
 10000

5736 Gewinne i. Gesamtwerte v. Mark

130000 Hauptgewinn im Werte von Mark

50000

20000

10000

Lose à 3 Mark, Paris a. Liste

in allen Lotteriegeschäften u. durch

Plakats kenntliche Verkaufsstellen.

Generaldirektor: Bankgeschäft

Lud. Müller & Co.

in Berlin G., Breitenstr. 5

Tel.-Adr.: Gießkammer

Knaben-Mode

Schluß kommenden Sonnabend.

Zum Schul-Anfang:

Ausnahmepreise für Tausende von Knaben-Sachen

Knaben-Buckskin-Anzüge | Knaben-Wasch-Anzüge
 Größe 1-6 | Größe 1-6
 durchweg M. 1.80 | M. 1.50 u. 90 Pfg.

Knaben-Hosen . . . Größen 1-6 M. 1.50 u. 65 Pfg.
 Schüler-Hosen Größen 7-12 3.00 bis 2.50 u. 1.50
 Knaben-Wasch-Blusen Größen 1-6 90 u. 50 Pfg.
 Schüler-Wasch-Joppen Gr. 7-12 M. 1.00 u. 75 Pfg.
 Schüler-Jackets u. Turn-Jacken . von M. 2.50 an
 Knaben-Manchester-Anzüge Größen 1-6 M. 3.60
 Knaben-Manchester-Anzüge Größen 1-6 M. 6.60
 Knaben-Pelerinen Längen 60 u. 70 cm 80 Pfg.
 Knaben-Falten-Anzüge (Norfolk) Größen 1-6 M. 6.60
 Schüler-Anzüge und Paletots . . . von M. 5.00 an
 Schüler-Westen M. 1.00 u. 50 Pfg.
 Knaben-Paletots und Pyjacks . . . von M. 2.00 an
 Weiße Cheviot-Anzüge, Kieler-Anzüge, Knaben-
 Mützen im Preise bedeutend herabgesetzt.

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
 für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wlke. Unt III, 4835.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
 und Saalhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2} - 1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal blau und muß
 mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Obstbaum- u. Hochwald- Parzellen,

direkt an der Chaussee und Bahnhof
 gelegen, 18376*

Nassenheide (Nordbahn)

von 300 Mark an inkl. Jann.

Ein täglich zu den Bügen ab

Stettiner Bahnhof 10.44 und 12.40

dort zu treffen. Fahrzeit 7/8 Stunden.

Besitzer **G. Wolf,**

Cranenburg, Berliner Str. 52a.

Stoff-Reste

ansreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-
 Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc, die sich bei uns in
 Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!

Meter Mk. 1., 2., 3., 4., 5.,

Tuchfabrik-Lager Koch & Seeland
 Gesellschaft m. b. H.

Robstraße 2. - Sonntags geöffnet.

KUNERONA

Feinste Pflanzen-Butter-Margarine
 delikatester, butterähnlichster Brotaufstrich.

KUNEROL

Feinstes Cocospeisefett
 zum Braten, Backen, Kochen. 184/20*

ERZEUGNISSE der KUNEROLWERKE BREMEN.
 Ueberall zu haben.

Boykottfrei.

Man verlange Preisliste und Proben.

Nur

Bettfedern

zu 0.55, 1.00, 1.25, 1.50, 1.75, 2.00, 2.25, 2.50, 3.00,
 3.50, 5.00 bis 6.50 Mark pro Pfund.

Daunen

zu 2.85, 3.50, 4.50, 5.50, 6.50 bis 9.00 Mark

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 12, 15,
 20, 24, 28, 31.50, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 105 Mark
 und namentlich

Echt chinesische

Monopoldaunen

(gesetzl. geschützt) Pfund M. 2.85.

(3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend)

und alle anderen Bettartikel führt die

erste Bettfedern-Fabrik
 mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S, Prinzenstrasse 46 und 47.

Für Metall-Bettstellen

Ausnahmepreise

gegen Vorzeigung
 des Inserats.



Nr. 850

**Metall-
 Bettstelle**
 m. Zugfedermatratze
 schwarz lackiert
 190x90 cm

13.25



190 x 90
 M. 18.00

190 x 90
 M. 19.50

**Metall-
 Bettstelle**

mit Zugfeder-
 Matratze,
 Pfosten 26 mm
 stark,
 mit Messing-
 Verzierungen im
 Kopf- und Fuß-
 ende.



Metall Bettstelle
 mit Messingstangen,
 Kugeln, Spinnelein u.
 Fußbünde im Kopf-
 und im Fußende aus
 Messing, beliebig
 lackiert,
 200x105 cm
 M. 34.00
 190x90 cm

27.50

Preiswerte

Bettwäsche

Grosse weiße oder bunte Bezüge mit 2 Kissen M. 3.50
 Grosse Damastbezüge mit 2 Kissen M. 5.75

Umsatz
 im Jahre 1909: **2846 Ztr.**

Bettfedern und Daunen.

Von keinem anderen Betten- und Bettfedern-
 Geschäft auch nur annähernd erreicht.

Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.

Kein Laden.

Auch Einzelverkauf

enorm

billig!

Kostüme

Kostüm - Röcke

Paletots

Kimonos

Golf - Jacketts

Mädchen-
 Paletots.

Robert Baumgarten

Hausvogelplatz II, I. Etg.

schrägüber Untergund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses In-
 sorates an der Kasse werden

5 % Rabate vergütet.

Auch Sonntags geöffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Pankow. Heute Dienstagabend findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. — Am Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr, bei Ebersbach, Berliner Str. 112 (Kurfürsten): Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen spricht über: „Der Kampf der Arbeiter für Freiheit und Recht“. Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Potsdam. Mittwoch, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im Klaferschen Lokal, Kaiser-Wilhelmstraße: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Die diesjährige Maifeier. 3. Besprechung politischer Tagesfragen. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird von jetzt ab werktäglich im Hause Lindenstr. 69 (Vorwärtsgebäude), vorn 4 Treppen (Fahrstuhl) abgehalten, und zwar in der Zeit von nachmittags 1/2 5—8 Uhr abends.

Religion und Geschäft.

Unsere Frommen suchen aus allen möglichen Anlässen Kapital für ihre Kassen zu schlagen; auch die hohen Futtermittel wurden hierzu benutzt. Wie der „Vossischen Zeitung“ mitgeteilt wird, ist vor einigen Wochen an Veräußerung von Margarine und Palm in folgendes Kundschreiben gerichtet worden:

Wichtige Mitteilung! Berlin N. 58, 14. März 1910. Hier in Berlin steigen die Butterpreise noch immer mehr, obgleich jetzt schon für gute Schbutter 1,80 M. pro Pfund bezahlt werden. In der Normandie soll der Preis dann noch auf 2 M. erhöht werden, wenn es geht, sogar noch mehr. Wie wir aus ganz sicherer Quelle wissen, lagern hier in den Kühlhäusern über 400 000 Tonnen Butter, welche Spekulanten billig aufgekauft haben und nun zurückhalten, um durch Knappheit der Ware die Preise in die Höhe zu treiben und dadurch Riesengewinne in die Tasche zu stecken. Möchten Sie vielleicht mit diesen Leuten entgegenzuwirken! Jetzt oder nie! Jetzt bietet sich eine günstige Gelegenheit, um neue Kundenschaft zu bekommen. Hier in Groß-Berlin leben zirka 300 000 Katholiken, welche sonst durch andere Artikel kaum erreicht werden können. Alle Stände sind da vertreten. Möchten Sie einmal festen Fuß fassen? Insezerieren Sie einmal! Wir liefern für 21 Kirchgemeinden die „Kirchl. Nachrichten“, die jeden Sonntag während des Vormittags an 21 Kirchen verbreitet werden. In allen diesen Blättern zusammen kostet die einseitige Kleinzeile nur 50 Pf. Für eine Kollektionsanzeige also ein außerordentlich billiger Preis. Hierauf erhalten Sie aber noch je nach Umfang einen Rabatt bis 50 Proz., so daß z. B. ein Inserat von 10 Zeilen einseitig in allen Blättern nur 2,50 M. pro Nummer kostet. Wenn Sie noch nie oder selten Erfolg hatten, dann versuchen Sie es bitte jetzt mit einigen Insezeraten für Ihre Erzeugnisse in den Nachrichten. Aber schreiben Sie bitte sofort, damit das Inserat noch für die nächste Nummer zurecht kommt und Sie ein gutes Ostergeschäft machen können. Hochachtungsvoll! Geschäftsstelle der „Kirchl. Nachrichten“.

Dieses Kundschreiben trägt — das verdient besonders hervorgehoben zu werden — am Kopf folgende Angaben: Verlag der „Sonntagsblöden“ und „Kirchl. Nachrichten“. Herausgeber: Kuratus Richard Vanger. Telefon: III. 2385, Berlin N. 58, Pappelallee 38/37. Bewunderlich ist in diesem Anschreiben nur, daß den Margarineinseneraten nur ein gutes Ostergeschäft versprochen wird und nicht auch noch eine Anwartschaft auf das Jenseits. Unsere Frommen verstehen sich aufs Geschäft!

Ein Dorn im Auge

Ist der Berliner Omnibusbefehl die Organisation des Transportarbeiterverbandes, genau so wie der Großen Berliner Straßenbahn. In beiden Verkehrsunternehmen setzen die Angestellten in gleicher Weise unter unzureichenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Daneben besteht aber ein wohlorganisiertes Arbeitgeber- und Schmarageriesystem, das alles den Vorgesetzten „Wissenswertes“ im Hinblick auf etwaige Belohnungen und Beförderungen „pflichtgemäß“ berichtet. Und wissenswert ist vor allem, wer etwa sich dem Transportarbeiterverband angeschlossen hat oder für denselben unter den Arbeitstollenen wirbt. Er wird ganz besonders aufs Korn genommen und gelegentlich unter irgend einem Vorwande

Kleines feuilleton.

Terrainpekulation und Theatergründung. Es gehört zum guten Ton in der bürgerlichen Tagespresse, den künstlerischen und wissenschaftlichen Unternehmungen, soweit sie von renommierten und einflussreichen Firmen betrieben werden, Gratisreklame zu besorgen durch Besprechungen und nie endende Notizen. Häufig steht freilich die Erwähnung im Feuilleton im geraden Verhältnis zu den aufgegebenen Annoncen weiter hinten). Nun steht vielfach hinter diesem ganzen Getriebe, das sich als besonders kulturell und ideal istuamiert, nichts als nacktes Geschäftsinteresse, und von rechtswegen sollten die Spekulationen in Literatur und Kunst nur den Handelsteil interessieren genau wie irgendwelche anderen gewerblichen Unternehmungen, die viel größere allgemeine Bedeutung als die elenden Lustspiele um auf den Deladengeheimnis eines gleichgültigen Amstertepublikums berechneten Operetten haben. Aber es würde der heiligen Willen der mit ihren Kulturinteressen paradiesierenden Unternehmerpresse, die sich ihre Literatur hält wie ein anderer feiner Nennstab, schlecht anstehen, die Hintergründe der kapitalistischen Kultur ihren Geschäftscharakter auch in den hehrsten Regionen zu enthüllen.

Die letzten Monate waren die Kunstspalten überschwemmt mit allzu geschäftigen Hinweisen auf die neue Opernbegründung erfüllt, die der Berliner Bevölkerung in den nächsten Jahren bevorsteht. Dah der hochtrabenden Unternehmungen zur Popularisierung Wagners usw. reeller Kern das Geschäft ist und daß hinter den klingenden Namen der künstlerischen Direktoren sich nackte Terrainpekulationen verborgen, konnte den Eingeweihten von vornherein klar sein. Während aber die Feuilletonredakteure in Kunst machten, stellten die Handelsredakteure weniger sentimentale Betrachtungen an, und so konnte man denn auch mit der Zeit erfahren, was für Mächte da am Werk waren.

Der „Theater-Courier“ stellt über die Vorgeschichte der heraufsteigenden Opernepoche Betrachtungen an, die sehr vielgänger sind. „Jetzt vergeht kein Tag — schreibt er —, ohne daß die Blätter etwas von der Gründung der „Großen Oper“ in Berlin melden. Sie soll ein Konkurrenzinstitut der königlichen Oper werden. Ob ein Bedürfnis vorlag? Es gibt viele, die nein sagen. Aber der Wissende schmunzelt. Er weiß, was vorlag... eine Baustelle... Daselbst Berliner Konjunktium, das schon mit der Gründung des „Espalastes“ eine hübsche Stange Gold verdient hat, versetzte über ein Terrain von 1,1 Million Mark. Also beschloß man, darauf muß ein Theater! M. w. Ein paar Kunstenthusiasten sind schnell herbeigeholt. Nun wird ein „Gründungsinsidiat“ formiert, als Basis der Aktiengesellschaft „Große Oper“. Die Aktien werden öffentlich ausgeschrieben (als Ladung dient ein mit den glänzendsten „Aussichten“ arbeitender Prospekt. Inzwischen hat jenes Konjunktium

ausgemerzt. Kürzlich teilte der „Straßenbahner“ mit, daß es gelungen war, einen solchen Spiegel in der Person des Schaffners Ernst Weltzien, Nr. 2408, zu entlarven und im Wilde festzuhalten. Dieser Mann gab sich dazu her, seine Kollegen im Berliner Omnibusbetrieb zu überreden und pflichtschuldigst zu berichten. Der „Straßenbahner“ veröffentlichte einen solchen Spiegelbericht, aus dem hervorgeht, daß W. ein Vergnügen bespiegelte und den Auftrag erwartete, eine Volksversammlung in Schöneberg zu besuchen. Der Bericht lautet:

„An Herrn Direktor Kaufmann, Hochwohlgeboren Wilhelmstr. 9.

Depot III

Berichtet hiermit ergebenst, daß bei dem am 19. d. M. stattgefundenen Vergnügen des Transportarbeiter-Verbandes, woran der Schaffner Weltzien teilgenommen hat, über Agitieren unter den Omnibusangestellten nicht gesprochen ist, auch waren von unseren Angestellten keine zu dem Vergnügen. Die Volksversammlung findet Freitag den 22. d. M. Abends in der Schloßbrauerei Schöneberg statt; soll der p. Weltzien daran teilnehmen? Wagner.“

Der Herr Direktor schrieb mit Bleistift als Antwort: „Ja“.

Jedenfalls sollte Weltzien auskunftschaffen, ob Omnibusangestellte in der Versammlung anwesend seien, um aus der Anwesenheit auf die Gesinnung schließen zu können. Die Verantwortung für diese infame, niederträchtige Schandfelei fällt auf die Direktion der Omnibusgesellschaft zurück und kennzeichnet die Mittel, deren sie sich im Umgang mit „ihren“ Leuten bedient. Die Personen, die sich zu dieser nichtswürdigen Rolle hergeben, scheinen gar nicht zu fühlen, daß sie selbst bei ihren Vorgelegten früher oder später auf Dank nicht zu rechnen haben; eines Tages entledigt man sich ihrer, denn Achtung erregt sich auf die Dauer niemand durch eine solche schuftige Handlungsweise, so wenig wie der politische Spitzel. Das zeigt sich auch an dem Schicksal des Unterzeichners des Berichts, dem Herrn Wagner, der auch aufs Pflaster slog und zurzeit in der Staliger Straße 146 eine Kneipe „Taubenbörse“ besitzet soll.

Eine Krankenhandsstatistik soll, wie wir bereits mitgeteilt haben, in den städtischen Krankenhäusern aufgenommen werden. Eine Kommission, die am Sonnabend in dieser Angelegenheit tagte, beschloß, eine Statistik zu führen über alle die Kranken, die nach Ansicht der Ärzte die städtischen Krankenanstalten dadurch belasten, daß sie länger als notwendig in diesen zurückgehalten werden, während sie besser in Heimstätten oder Siechenanstalten verpflegt werden könnten. Die Statistik soll sich erstrecken 1. auf Kranke, die in der Genesung begriffen sind, dann auf Leidtragne, die vielleicht aus häuslichen Verhältnissen in städtischen Krankenanstalten Aufnahme gefunden haben; 2. auf sogenannte tiefe Kranke, außer den Tuberkulösen, die aber noch nicht das Bett verlassen können, und 3. auf Tuberkulöse, und zwar sowohl auf tuberkulöse tiefe Kranke als auf solche, die voraussichtlich wieder genesen werden. Diese Tuberkulösen sollen in zwei Abteilungen getrennt werden, in sogenannte offene und in geschlossene tuberkulöse Kranke. Ferner soll die Statistik unterscheiden zwischen Männern, zwischen Frauen und zwischen Kindern unter 12 Jahren. Der Zweck dieser Wahnahme ist, Material zu erhalten, durch das die Frage der Entlastung unserer Krankenanstalten geklärt werden kann. In der Statistik soll auf Anregung von Dr. Wegl eine besondere Rubrik für Kinder eingerichtet werden, damit eventuell für diese besonders gesorgt werden kann.

Opfer des Verkehrs. Mehrere schwere Straßenbahnunfälle werden vom Sonntag gemeldet. In der Berliner Straße in Pankow versuchte gegen 1/11 Uhr vormittags der Landwirt Albert Jage aus Rosenthal den Hinterrad eines Motorwagens der Straßenbahnlinie 57 während der Fahrt zu besteigen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem Oberkörper unter dem Schutzhaken des Anhängewagens. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon angehoben und der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Jage, der schwere innere Verletzungen, eine Kopfwunde, sowie erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen erlitt, erhielt auf der nächsten Unfallstation Notverbande und wurde dann mittels Krankenwagens nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Ein gleichartiger Unfall trug sich nachmittags gegen 1/2 8 Uhr in der Köpenicker Straße zu. Dort wollte der in der Wiesbörger Straße 4 wohnhafte Kaufmann Otto Müller den Borderrad eines Anhängewagens eines Straßenbahnzuges der Linie 88 während der Fahrt besteigen, stürzte dabei aber so unglücklich, daß er einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Vethanien gebracht.

sein Terrain längst an das „Gründungsinsidiat“ verkauft und zwar mit einem Zwischengewinn von 600 000 M.!

„Dieser Zwischengewinn“ — schreibt „Die Bank“ in ihrem zweiten Februartest — „bildet das eigentliche Motiv der ganzen Gründung.“

Also nicht das Bedürfnis des Publikums hat die „Große Oper“ ins Leben gerufen. Nein. Ein paar Kapitalulanten hatten wieder einmal ein Terrain leer stehen: das war der ganze Grund. So schiefen in Berlin die Theater aus der... Baustelle. Und so werden in Berlin Theatergründungen zum Thema für den... Handelsredakteur!!!

Die „Bank“ verrät noch, wie die Handwerker bezahlt werden sollen, die die „Große Oper“ bauen werden. Man wird ihnen, statt haren Geldes, Aktien in die Hand drücken.

Angelo Reumann ist zum artistischen Leiter der Großen Oper bestellt worden. Ein Mann von erprobtem Ruf. Er und alle die Künstler, die er für das Unternehmen werden wird — fast tut's einem leid um sie. Ihr Künstlertum wird entzündet, weil... weil... eine Baustelle leer stand.“

Rußland.

Die Direktion der „Volkoper“ kann sich auch einmal ein gefährliches Risiko erlauben. Am gefährlichsten wird ein solches, wenn es Glück hat bei den Reilen des Publikums, die mit dem Bewußte des besallkatschenden Lärmes eine Vorstellung unterbrechen und ihr schließlich den Erfolg einer Volkstümlichkeit voraussehen. So ging es am Sonnabend mit der neuen, der Aufführung nach gänzlich neuen Operette „Das Strumpfband“.

Gerade an eine Operettenpremiere tritt ein Referent mit dem sehnlichsten Wunsch heran, nicht immer wieder über dummen Text und über altbekannte Musik klagen zu müssen. Benignitäts möcht er eine hübsche Textgeschichte zu erzählen haben. Diesmal Scheitert's schon daran. Wie da nach Wanderschlag ein Oberleutnant, der Gründer eines heiratsfeindlichen Junggesellenklubs, rasch zu seiner heimlichen Gattin zurück will, aber durch einen hummeligen Automobilfabrikanten aufgehalten wird; wie dem Hiltoten allmählich seine frühere Geliebte, sein schlimmer Kamerad und sogar seine wirkliche Frau über den Hals kommen; wie der Kamerad durch ein der Frau abgenommenes Strumpfband den Eifersüchtigen hineinlegen will; und wie endlich die frühere Geliebte alles zum Besten und zu einer räubernden Unschuldigkeit lenkt: das ist alles eine so traurige alte Poffemache, daß wir den Librettisten nicht durch Namensnennung kränken wollen.

Weniger kränkend ist die Benennung des Namens A. Ferry, mit dem der Komponist zeichnet. Auch er kommt kaum über Vorhandenes hinaus. War er ein ganz junger Erstling, so möchte man willig Anzeichen von künstlerischer Größe herausuchen; doch anheimelnd haben wir eher mit einem fertigen Amateur als mit einem un-

Ein dritter schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich abends gegen 1/2 9 Uhr in der Eberswalder Straße. Der Schlächtermeister Emil Gehmel aus der Danziger Straße 71 hatte einen Straßenbahnwagen der städtischen Linie Zentralviehhof—Rudolf Virchow-Krankenhaus zur Fahrt nach Hause benutzt. In der Eberswalder Straße wurde er plötzlich von einem Unwohlsein befallen und stürzte von dem Wagon herab. Bei dem Sturz zog er sich einen schweren Schädelbruch zu und mußte nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus übergeführt werden.

Beim Uberschreiten des Jahrdamms wurde in der Weuffelstraße das fünfjährige Mädchen der Witwe Lindner, Weuffelstr. 83, von einem schweren Müllwagen überfahren. Das Kind erlag auf dem Wege nach dem Virchow-Krankenhaus seinen Verletzungen. Die Mutter des Kindes ist schon insofern schwer heimgesucht, als der Ernährer der Familie erst am letzten Freitag beerdigt worden ist und vier Kinder zurückließ. Infolge dieser schweren Schicksalsschläge ist nun auch noch die Mutter bettlägerig geworden und muß ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, so daß den Kindern nun auch noch die Ernährerin fehlt.

Ihren Brandwunden erlegen ist die 67 Jahre alte Rentempfangerin Witwe Luise Altenkirch geborene Schmolz aus der Ackerstr. 47, die am Sonnabend vormittag vom Bett aus einen Spirituskocher beim Anzünden so unglücklich umstieß, daß das Bett in Brand geriet. Wie wir hören, hatten die erwachsenen Kinder die alte Frau wiederholt gewarnt, den Spiritusapparat zu benutzen und ihr zweimal den Kocher weggenommen. Immer wieder hatte die Greisin, die für sich leben wollte, darauf bestanden, den Apparat wieder zu erhalten. Nun ist sie das Opfer geworden.

Eine Liebesstrasie hat sich in der Nacht zum Sonntag im Südwesten der Stadt abgespielt. Der Ingenieur Hermann G. Willibald Alexisstraße 4, hatte vor einiger Zeit die 23jährige Verkäuferin Lotte G., ein hübsches junges Mädchen kennen gelernt. Er zeigte eine tiefe Zuneigung zu der G. und es war sein sehnlichster Wunsch, sie vor den Traualtar zu führen, doch sollte er keine Gegenliebe finden. Fräulein G. mochte von einer ehelichen Verbindung mit dem Ingenieur nichts wissen. An einem der letzten Abende stellte G. die Angebete seinen Eltern vor und er glaubte nun sicher, daß die Braut einwilligen werde. Aber er hatte sich getäuscht. Da schrie er der G. am Sonnabend einen Brief, er könne ohne sie nicht leben und werde sich ein Leid antun. Die Geliebte sollte ihm wenigstens noch den Wunsch erfüllen und mit seinen Eltern seinem Sarge folgen. In der gestrigen Nacht löste sich der Verschmähte durch einen Revolveranschlag in die rechte Schläfe.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich Sonntag nachmittag die 53jährige Frau Brunsh in der Lohener Straße 83, die erst vor kurzem von der Stargardier Straße 61 zugezogen war. Die zur Hilfe gerufene Feuerwehr konnte nicht mehr helfen. Der Tod war schon eingetreten. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Rast gleichzeitig wurde die Feuerwehr nach der Stettiner Straße 45 alarmiert. Dort versuchte eine geistesranke Frau vom Dache des Vorderhauses auf die Straße zu springen. Die Feuerwehrmänner erfassten die Kernste noch rechtzeitig an der Dachrinne und übergaben sie der Polizei. Der Vorgang hatte natürlich in der Straße eine große Aufregung hervorgerufen.

An der Uxhaverer Straße 13 versuchte sich eine junge Witwe mit Leuchtgas zu vergiften. Die Frau wurde nach dem Moabitier Krankenhaus gebracht, wo man hofft, sie am Leben zu erhalten.

Mit Lysol vergiftet hat sich die 17jährige Schneiderin Luabnelba Sch. aus verschämter Liebe in der Wohnung ihrer Mutter in der Schönhauser Allee 134.

Tödlich verunglückt ist der Vierzäpfer Kersten aus der Rantkeuffelstraße 41, der nachts aus einem offenen Fenster auf den Hof stürzte und bald darauf an der Verletzung erlag.

Eine gewerbmäßige Schlafstellenbieb ist von der Polizei unschädlich gemacht worden. Die Gaunerin spekulierte auf das Mitleid ihrer Mitmenschen. Sie mietete unter den verschiedensten Namen Zimmer und Saal, sobald ihr dazu Gelegenheit geboten wurde, was sie nur stehlen konnte. Hauptächlich hatte es die dreifache Person auf Geld und Wertfachen abgesehen. Durch eine in der Mühlentstraße wohnhafte Zimmervermieterin, die ebenfalls von der Diebin bestohlen worden war, wurde die Polizei aufmerksam gemacht und es gelang jetzt, der Betrügerin ihr Handwerk zu legen. Die Verhaftete wurde ins Polizei-Präsidium eingeliefert und dort als eine schon längst gesuchte Persönlichkeit ermittelt.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde gestern gegenüber dem Hause Tempelhofer Ufer 24 die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes, der den Eindruck eines Arbeiters macht. Der Estrumene hat dunkles Haar und Schnurrbart und trug einen dunkelbraunen Jacketanzug, eine blaue Arbeitsbluse und einen Leibriemen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

fertigen Verfassmannen zu tun. Immerhin: es tauchen Spuren auf von einer feinkünigen Instrumentation, von einem dialogischen Gehirne in den Duetten, ja selbst von dem, worauf wir bei neuen Operetten besonders warten: von einem Einfügen dramatischer Stimmungen oder gar Vorgänge in lyrische Musikpartien — der Anfang und besonders das Ende des zweiten Aktes bringen Anläufe zu Tangstücken mit solcher Verwendung.

Daß der Komponist dem Direktor M. Alfieri persönlich nahesteht, entschuldigt den legeren einigermaßen. Weniger Nachsicht gebührt dem Fehlen des eigentlichen Operetten-temperamentes in der Aufführung; mindestens könnte die Regie manchmal den Dialog beleben. Die männlichen Sänger würden bei intimerer Durcharbeitung des Ganzen wohl auch leichtfertiger und plastischer ins Zeug geben, und alle Darsteller würden dann vielleicht auch besser Dialog sprechen. Am frischesten waren die zwei gastierenden Sängerrinnen: Jenny Fisher und Francis Renold.

Dem gesamten Personal aber wünschen wir Aufgaben und Einstudierungen, die es nicht schwächen, sondern stärken; und der Direktion mag sogar eine volle Kasse gegönnt sein, damit dem Publikum durch eine wirklich neue Leistung gezeigt werden kann, daß es diesmal in einen mehr oder minder harmlosen Aprilscherz geraten sei.

Humor und Satire.

Der Weltuntergang.

In Berlin hat die Polizei für den Fall des Weltunterganges die behördliche Leitung des Ereignisses übernommen und folgende sachgemähe Verfügungen erlassen: 1. Am Tage des Weltunterganges haben die Läden geschlossen zu bleiben. 2. Die Leitung der geistlichen Angelegenheit wird einem Armeeprobst übertragen. 3. Eine Stunde vor Beginn werden in allen Kirchen die Gloden geläutet. 4. Gestorben wird in festlicher Kleidung. Für den Fall, daß bibelgemäß göttliche Erscheinungen stattfinden sollten, so sind die im Religionsunterricht erlernten Ehrenbezeichnungen zu erweisen. 5. Die Schulkinder sterben gemeinsam unter Aufsicht ihrer Lehrer bzw. Lehrerinnen. 6. Jedermann ist verpflichtet, seinen Tauf- und Taufpfein als Legitimationspapier für das jüngste Gericht mitzubringen. 7. Auch Tote, welche etwa aus ihren Gräbern auferweckt werden sollten, haben sich strengstens nach den ortspolizeilichen Bestimmungen zu richten. Die Märzgefallenen werden besonders vor Ausschreitungen gewarnt.

Der Polizeipräsident von Jagow erläßt in seinem bekannten Plakate eine strenge Mahnung: „Die Milchstraße dient dem Verkehr! Kometen sind gewarnt!“ („Simplicissimus“.)

Notizen.

— Musikchronik. Der achte Klavierabend von Maoul Roczalski findet Dienstag 8 Uhr abends im Blüthneraal statt.

Ein unheimliches Hund machte Sonntag vormittag ein Beamt auf dem Potsdamer Bahnhof. Dort war am 28. März ein Paket in Verwahrung gegeben worden. Als es gestern früh geöffnet wurde, fand man darin ein halb verwestes Leiche eines neugeborenen Kindes.

Nadrennen zu Treptow, 3. April. Bei sonnigem, wenn auch kühlem Wetter und gutem Besuch wurden die Rennen bestritten. Dem Berliner Bruno Demke hatten sich der Engländer Tommy Hall und der Breslauer B. Scheuermann gegenübergestellt, um in zwei Läufen über je 10 und 50 Kilometer ihre Kräfte zu messen. Demke konnte beide Rennen gewinnen. 10 Kilometer mit Motorführung (300, 200, 100 M.). 1. Demke in 9 Minuten 46 1/2 Sekunden, 2. Hall, 280 Meter, 3. Scheuermann, 500 Meter zurück. — 50 Kilometer mit Motorführung (800, 500, 300 M.). 1. Demke in 49 Minuten 8 1/2 Sekunden, 2. Scheuermann, 1020 Meter, 3. Hall, 5300 Meter zurück. Demke lag von Beginn an der Spitze; Hall kam durch Motorfährten, der ihn nach dem 20. Kilometer traf, ins Hintertreffen. — Einige Rennen für die Fahrer über die kurze Strecke vervollständigten das Programm. Das Meilenfahren über 7500 Meter (40, 25, 20, 10 M.) vereinigte im Endlauf 13 Fahrer, die 25 Runden zurückzulegen hatten und die nach Punkten, dem ersten jeder Runde 1 Punkt, Schlussrunde 5, 4, 3 Punkte, gewertet wurden. 1. Kude (10 Punkte), 2. Salbow (8 Punkte), 3. Kr. Sonntag (6 Punkte), 4. Hamann (4 Punkte). Nicht platziert in den beiden Vorläufen: 4 Fahrer. — Das Vorgabefahren über 2000 Meter (30, 20, 10, 5 M.) wurde in drei Vorläufen von 48 Fahrern bestritten; im Endlauf siegte Salbow (80 Meter Vorgabe) vor Bierl (80), Schwendke (100) und Wünger (130 Meter). Madel (30) und Pawle (20) hatten aufgegeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Feuer in der Technischen Hochschule. Diese Feuermeldung alarmierte gestern nachmittag gegen 5 1/2 Uhr die Charlottenburger Feuerwehr. Als der Löscharbeiter der Hansestraße an der Brandstelle ankam, stand der große Reichenaal im Hauptgebäude schon in beträchtlicher Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehr griff sofort mit großer Energie an. Vier Schlauchleitungen wurden vorgenommen und damit von Dampfspritzen kräftig Wasser gegeben. In kurzer Zeit waren auch die anderen Charlottenburger Löscharzüge verammelt. Von allen Seiten wurde vorgegangen. Eine große Menschenmenge sah der Lösung zu.

Der Brandherd lag im westlichen Seitensügel, und zwar im Hofsaal Bc, der sich dort im 2. Stock befindet. Die Feuerwehr versuchte, in den tolltal verqualmten Saal einzudringen, mußte aber von dem vergeblichen Beginnen absehen. Der Rauch war entsetzlich. Erst als eine große mechanische Leiter von der Hauptwache aufgefahren war und von außen die mächtigen Scheiben der hohen Fenster zertrümmert werden konnten, der Rauch etwas abgezogen, gelang das Eindringen. Nun wurden von innen auch auf der anderen Seite die mit starken Scheiben verglasten Fenster eingeworfen. Jetzt erhielt das Feuer noch Abzug des Qualmes Luft. Im Nu stand der Raum von 100 Meter Fläche auf der südlichen Seite in Flammen. Es brannte der amphitheatralisch angelegte Fußboden an verschiedenen Stellen, besonders stark aber an den höheren, unmittelbar an den Eingängen. Die Flammen hatten auch schon die Decke an einigen Stellen ergriffen und als man diese Gefahr bemerkte, brannten auch schon Balken, Schallbretter usw. von dem starken Dachgebälk in der Nähe eines großen Luftschachtes. Nach Annahme der Beteiligten ist das Feuer durch die 110 Volt starke elektrische Leitung unter dem Fußboden ausgekommen.

Rixdorf.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich vorgestern nachmittag in der Hermannstraße zugetragen. Die Ehefrau des Malers Soboda, Hermannstraße 63 wohnhaft, war mit ihrem dreijährigen Söhnchen Otto nach der Straße gegangen, um Einkäufe zu besorgen. Als sie mit dem Kind an der Hand einen Schlächterladen verließ, rief sich der Knabe los und rannte über den Fahrdamm hinweg. Er lief dann wieder zurück und nun geriet er gegen einen Bierwagen der Papenhof-Bräuerei und wurde niedergedrückt. Vor den Augen der Mutter wurde das unglückliche Kind unter die Räder geschleudert und überfahren. Die Räder gingen dem Kleinen über den Brustkasten hinweg, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Auf der Straße vom Tode ereilt wurde gestern der wohnungslose 33 Jahre alte Max Gehre. G. schritt durch die Berliner Straße, als er plötzlich leblos zusammenbrach. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus übergeführt.

Teltow.

Die Leiche einer weiblichen Person wurde am Sonntagnachmittag am Teltowkanal in der Nähe der Elbersfelder Papierfabrik gelandet. Am gestrigen Tage wurde die tote als die vermählte Lehrerin Effriede Bach relognosziert.

Tempelhof.

Die Gemeindevertretung, welche in ihrer nächsten Sitzung nicht mehr sozialistischer Angelegenheiten kaum eine Stunde. Dringlich ist wie „Kommissionen“ in dem Dorparlament zustande kommen. Die „arbeitsfreudigen“ Vertreter schlugen sich zwar gegenseitig in raschem Tempo vor, jeder weigert sich aber, anzunehmen. Das Vorschlagen geht so lange, bis der Vorsitzende einsteht, daß so nichts zustande kommt, sich einige Namen notiert und dann vorliest, wer nun denn eigentlich der Kommission angehört. Beim nächsten Punkt zeigten eine Anzahl Vertreter eine allzu große Redseligkeit; sie sprachen bei dem Pflastermangel in der Germaniastraße sogar, ohne sich zum Wort zu melden, sodas es zu einem allgemeinen Stimmenhinhören kam, dem der Vorsitzende erst dadurch Einhalt gebieten konnte, indem er die Wohnung an die Vertretung richtete: „Aber, meine Herren! wir wollen doch parlamentarisch verhandeln!“ Sind unsere Genossen erst in der Gemeindevertretung, so wird sich mancher der bürgerlichen Herren an ein parlamentarisches Verhandeln gewöhnen müssen.

Zum Schiedsmann wurde auf weitere drei Jahre Rentier Roach gewählt. — Das Kuratorium des Realgymnasiums wurde durch den neuen Direktor der höheren Mädchenschule vervollständigt. — Für Tempelhof, Mariendorf und Mariensfelde besteht eine gemeinsame Freibank in Mariendorf. Die Freibankordnung wurde den neuen gesetzlichen Bestimmungen gemäß mit unwesentlichen Änderungen versehen. — Die Friedrich-Karlstraße, zwischen Berliner- und Werderstraße, soll reguliert und gepflastert werden; es wird ein zwölf Meter breiter Damman und ein sieben Meter breiter Bürgersteig angelegt. Die Gasleitungen, einschließlich der Regenwasserleitungen, betragen 56 500 M. Der Damman wird von der Gemeinde, die Bürgersteige von den Abwohnern ausgeführt. Hinter der Werderstraße soll die Friedrich-Karl-Straße bis zur Mantelstraße von der Terraingesellschaft ausgebaut werden. Ein Gemeindevertreter vermittelte in dem Beschluß, daß die Baukommission zu Rate gezogen werde; es werde bei selbst wichtigen Fällen nur der Telephon angefragt und um Genehmigung nachgesucht. Er verlangte mehr Rücksichtnahme auf die Baukommission. Nach einem unwesentlichen Beratungsgegenstand beendete die Vertretung ihre Sitzung.

Alle Zuschriften, welche die Unterkommission Tempelhof-Mariendorf-Mariensfelde der Berliner Gewerkschaftskommission betreffen, sind an Paul Lentschu, Neue Straße 6/7, zu richten.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Die Regelung der Anliegerbeiträge für Straße 35 (Berliner Vorstadt) wurde nochmals von der Tagesordnung abgesetzt und die Erhöhung für den Armenarzt des 17. Stadtbezirks in die geheime Sitzung verlegt. Zugestimmt wurde

der Verbreiterung der Alten Königstraße an der Kolowatscher Grenze. Den Preis für das abzutretende Gelände hat der Unternehmer Reuber von 25 auf 20 M. pro Quadratmeter ermäßigt. Die erforderlichen Mittel von 19000 M. sollen den Liebeskassen der Sparkasse entnommen werden. Einer neuen Gebührenordnung für die Röhlanlagen im städtischen Schlachthaus wurde zugestimmt. Nach derselben soll diese Einrichtung neben den Schlächtermästern auch anderen Interessenten, selbst tageweise, zur Verfügung stehen. Wenig Freude hat bis jetzt die Stadtverwaltung mit den Ersatzzuweisungen für die Schlachsteuer, die mit dem 1. April d. J. aufgehoben ist, gehabt. Alle Steuerordnungen haben bis auf die der Biersteuer die Genehmigung des Bezirksausschusses nicht erhalten. Bei der Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühr sollen mehrere Änderungen vorgenommen werden, u. a. soll bestimmt werden, daß umziehende Mieter nicht zweimal in ein und demselben Monat Gebühren zu zahlen haben. Bei der Hundsteuer ist nach einer Kabinettsorder von 1829 die Besteuerung von Wagh- und Ziehunden nicht genehmigt. Vorläufig will der Magistrat die erhöhte Steuer nach der alten Ordnung genehmigen lassen und dann im Klagewege auch die Besteuerung der Wagh- und Ziehunde erzwingen. Die Stadtverordneten stimmten allen Änderungen zu.

Im königlichen Park in Sandhau wurden in der gestrigen Nacht von den Adlern an den marmornen Säulen in der Nähe der großen Fontäne die Schnäbel abgeschlagen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Was bleibt die Walderholungsstätte? Vor Jahren hatte die Stadtverwaltung die Errichtung einer Walderholungsstätte in der Umgebung geplant. Das Projekt hat bei den Beteiligten, vor allem den Krankenanstalten Anhang gefunden und doch hört man nichts mehr davon. Der Dezernent Stadtrat Jakstein war zwar längere Zeit krank. Da er jetzt in Pension geht, scheint das Projekt vollständig aufgegeben zu sein. Oder hält man eine solche Einrichtung jetzt mit einem Male für überflüssig?

Wilhelmsruh-Rosenthal.

Der schon jahrelang währende Konflikt des Gemeindevorstehers Schmidt mit der Grundbesitzer Mehrheit dürfte nunmehr zu Ende sein. Wie berichtet wird, ist Schmidt von der Aktiengesellschaft Vergmann Elektrizitätswerke eine leitende Stellung angeboten worden. Diefem Angebot hat Schmidt auch entsprochen, nachdem ihm die Gemeindevertretung eine lebenslängliche Pension von 1600 M. bewilligt hat.

Wahlergebnisse.

Mariensfelde. Bei der Stichwahl am Sonntag wurden unsere Genossen Fritz Greulich und Adolf Berger mit 177 Stimmen gegen die bürgerlichen Kandidaten Geride und Wend, auf die 154 Stimmen entfielen, gewählt. Unsere Genossen haben den Sieg nur dem Umstande zu verdanken, daß es ihnen gelang, die Wahl auf einen Sonntag festzusetzen. Die Bürgerlichen haben kein Mittel unversucht gelassen, um unsere Kandidaten zu Fall zu bringen. Wie man uns mitteilt, soll der Reinsfall den bürgerlichen Kandidaten Geride so verärgert haben, daß er der Tochter eines Genossen, die sich bei ihm zum 1. April als Dienstmädchen vermiethet hatte, den Vierteljahreslohn auszahlte und auf ihren Dienst verzichtete.

Langewald (Teltow-Bezirk). Bei den letzten Gemeindevahlen wurden zwei Sozialdemokraten gewählt, und zwar in der dritten Abteilung der Genosse Otto Liebe mit 18 gegen 1 Stimme und in der zweiten Abteilung der Genosse Wilhelm Drwald mit allen (13) abgegebenen Stimmen. Es sitzen nunmehr vier Sozialdemokraten im Gemeindeparlament.

Vermischtes.

Ballonunglück bei Saßnitz.

Ein tragisches Ballonunglück hat sich am Sonntagmittag in der Nähe von Saßnitz ereignet. Der Ballon „Pommern“ der am Sonntag früh in Stettin aufgestiegen war, fiel mittags 1 1/2 Uhr, gegenüber dem Herrenbad, in die Döfsee. In der Gondel befanden sich vier Personen, darunter der Reichstagsabgeordnete Delbrück-Stettin. Von den Insassen konnte jedoch nur einer lebend aber in schwerverletztem Zustande gerettet werden. Die übrigen drei ertranken.

Ueber den Kuffieg

des verunglückten Ballons wird aus Stettin gemeldet: Der Ballon flog heute vormittag 10 1/2 Uhr bei der Jabelsdorfer Gasanstalt bei sehr starkem Winde auf. Er versank sich dabei in den Telegraphenbrühen, die er zerriss, wurde sodann gegen ein Fabrikgebäude getrieben und durchschlug zweimal das auf dem Dache befindliche Gefüge einer Kühlvorrichtung. Der obere Teil des Scharnsteins wurde glatt durchschnitten. Der Ballon hob sich dann und verschwand mit großer Geschwindigkeit. Deutlich konnte man erkennen, daß die Gondel schwer beschädigt sein mußte; sie hing links schief herunter. Das nach Tausenden zählende Publikum brach in Schreien aus und eilte wie das Militär, das bei dem Aufstieg behilflich war, an die Unfallstelle, da man annahm, daß jemand aus der Gondel gefallen sei.

Aus Saßnitz wird ferner gemeldet, daß der Ballon sich in einer Höhe von etwa 500 Meter über dem Walde bei der Waldhalle befand, als er plötzlich abgetrieben wurde und mit großer Schnelligkeit sank.

Die Erzählung des Geretteten.

Der bei der Ballonfahrt verletzte Bankbeamte Semmelhack gibt von dem Kuffieg des Ballons und dem Verlauf der Fahrt folgende Darstellung: Der Zusammenstoß des Ballons mit dem Fabrikgebäude war unbeschreiblich und die Folgen entsetzlich. Der Führer des Ballons Dr. Delbrück erlitt schwere Kopfverletzungen, außerdem wurde ihm ein Bein gebrochen. Stadtkurat Wenduhn erlitt einen Arm- und Beinbruch und schwere Kopfverletzungen. Mein und ich kamen am besten davon. Mein erlitt eine nicht allzu schwere Kopfverletzung; ich wurde mit großer Kraft gegen den Korbrand geschleudert, so daß ich infolge Schmerzen und Stößen in der Düstis Besinnungslos wurde. Außerdem wurde mir das rechte Bein in Knöchelhöhe gequetscht. Viel gefährlicher war jedoch, daß schon bei der Karambolage gegen die Telegraphenbrühen ein Teil des den Ballon umhüllenden Netzwerkes zerrissen war, so daß dies den Ballon nur noch wenig mehr als die Hälfte umschloß und jeden Augenblick der Moment eintreten konnte, wo die Hülle sich befreite und der Ballon in rasendem Fallen aus der Höhe von 1000 Meter, die wir inzwischen erreicht hatten, zur Erde geschleudert werden mußte. Unsere Rettung war nur in einer Landung zu suchen. Um diese herbeizuführen, wollte unser Führer das Ventil ziehen, aber dies wurde unmöglich, da die Leine im Ballon riß, so daß eine Landung auf festem Boden ausgeschlossen war. Nun mußten wir uns ganz unserem Schicksal überlassen. Wir überflogen das Hoff und weiter Swinemünde. Dann schwebten wir über der Ostsee und schließlich nordöstlich von Rügen. Wir hatten beschlossen, unsere Rettung darin zu suchen, daß wir den Ballon möglichst lange aufsteigen lassen wollten, um schließlich, wenn der Auftrieb zu gering geworden sein sollte, vielleicht in Schweden zu landen. Das Schicksal hatte es aber anders beschloffen. Der Ballon war in eine Wellensicht geraten und bis auf circa 50 Meter herabgedrückt. Der Wind trieb den Ballon direkt auf die Insel Rügen zu. Wir beschloffen, in nächster Nähe des Landes von der ultima ratio des Luftschiffers, der Reißbohn, Gebrauch zu machen. In langsamer, ruhiger Fahrt trieben

wir auf Saßnitz zu. Hier rief unser Führer Dr. Delbrück nach seiner Schätzung ungefähr 500 Meter vom Lande die Reißbahn. Mit einem furchtbaren Stoß stiegen wir auf das Wasser auf, und es ist allen vier Fahrteilnehmern noch gelungen, sich aus dem Korbe zu befreien. Aber wir waren doch schon zu ermattet; einer nach dem anderen versank.

Auch mir drohten die Kräfte zu schwinden. Mit den letzten Kräften suchte ich durch Schwimmen die Ballonhülle zu erreichen und mein Glück wollte es, daß ich mich in das Netzwerkes emporarbeitete und auf der Hülle liegend die schon nahenden Räder erwarten konnte. Ich hörte noch einige Rufe, dann schwanden mir die Sinne.

Gestern wurden über das Unglück noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Ballon „Pommern“ war von dem Inhaber des „Poleis am Meere“ in Saßnitz nachmittags gegen 1 1/2 Uhr gesichtet worden. Er konnte drei Personen in der Gondel zählen und sah, daß die vierte Person wahrscheinlich schon als Leiche auf dem Boden der Gondel lag. Es wurde sofort ein Boot klar gemacht, das trotz des hohen Seeganges ins Meer ging. Mit diesem Boot ist die Leiche des Kaufmanns Jehu geborgen und der Bankbeamte Semmelhack an Land gebracht worden. Beide hatten Schwimmgürtel und sind dadurch über Wasser gehalten worden. Semmelhack wurde sofort massiert, man legte ihm Notverbände an und brachte ihn dann zu Bett, wo er von einem starken Fieber geschüttelt wurde. Nach einigen Stunden erholte er sich wieder und war vollständig bei Besinnung. Bald erhob er sich im Bett und verlangte zu essen und zu trinken. Dann erkundigte er sich, ob er mit dem Leben davonkommen werde und fragte, wo er eigentlich sei. Dann erzählte Semmelhack, daß als der Ballon über der See schwebte, der schwerverletzte Kurat Wenduhn gebeten hätte, die Reißleine zu ziehen, da ein schnellerer Tod durch Ertrinken der schrecklichen Angst und den furchtbaren Schmerzen vorzuziehen sei. Der Führer des Ballons, Reichstagsabgeordneter Delbrück, hat dann auch die Reißleine gezogen, hat sich aber anscheinend in der Abschätzung der Entfernung geirrt. Er hat die Entfernung vom Lande unterschätzt, es waren nicht 500 Meter, sondern weit über 1000 Meter vom Lande. Als die Reißleine gezogen war, ist der Ballon in rasender Geschwindigkeit aufs Meer aufgeschlagen, so daß die Insassen hoch aufsprigen. Vor dem Ziehen der Reißleine war veräußert worden, den noch etwa 12 Zentner betragenden Sandballast auszuschnitten.

Einer Meldung aus Saßnitz zufolge wurde gestern mittag die Leiche des Stadtkurats Wenduhn aus dem Meere aufgefischt.

Die Leiche des Abgeordneten Dr. Delbrück ist noch nicht gefunden worden.

Ein zweites Ballonunglück.

Am gleichen Tage, an dem der Ballon „Pommern“ seine Insassen ins Verderben führte, verunglückte in Pommern eine in Luftschiffkreisen bekannte Persönlichkeit. Aus Rösslin wird hierüber gemeldet: Universitätsprofessor Richard Abegg ist gestern hier bei Landung seines Ballons verunglückt und starb nach einigen Stunden im Krankenhaus an Gehirnverletzung. Im Ballon befanden sich außerdem seine Gattin, eine andere Dame aus Breslau und Ingenieur Gerstel.

Wie hierzu noch aus Breslau gemeldet wird, hatten von den vier Insassen des Ballons „Schlesien“ die Gattin und die Richte des Professors sowie Ingenieur Gerstel in der Nähe von Pagitz die Gondel bereits verlassen, als ein Windstoß den Ballon noch einmal hochtrieb. Kurz darauf wurde Professor Abegg in der Nähe des Dorfes Tarnow schwer verletzt aufgefunden. Er wurde in das Krankenhaus nach Rösslin gebracht, wo er im Laufe der Nacht an einer Gehirnverletzung starb. Professor Abegg war der Begründer und Leiter des Schlesischen Vereins für Luftschiffahrt. Der Aufstieg war gestern früh bei der Breslauer Gasanstalt III erfolgt.

Unfall bei der Landung.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Der Ballon „Braunschweig“ des Braunschweiger Vereins für Luftschiffahrt, der gestern früh 9 Uhr unter der Führung Dr. Cuers hier aufgestiegen war, landete nachmittags gegen 8 1/2 Uhr bei Krempe in Holstein. Bei der Landung erlitt einer der Mitfahrer, Fabrikant Löbbede, einen komplizierten Beinbruch.

Das Rathaus in Dessau niedergebrannt.

Sonnabend nacht ist das Dessauer Rathaus, ein imposanter, neuer Bau, von einer Feuersbrunst zerstört worden.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird vom gestrigen Tage amtlich aus Essen a. d. Ruhr gemeldet: Heute vormittag 11 Uhr fuhr beim Anhalten des Personenzuges Nr. 283 auf Bahnhof Wülfeim-Eppinghofen die Draislokomotive, die diesen Zug von Bahnhof Wülheim a. d. Ruhr bis Bahnhof Heizen zu drücken hat, auf den Zug mit solcher Festigkeit auf, daß die beiden letzten vierte Klasse-Wagen beschädigt aus dem Gleise gehoben wurden und dabei drei Reisende leicht verletzt wurden. Schuld an dem Unfall war der Umstand, daß die Draislokomotive, statt wie vorgeschrieben mit Lokomotivführer und Heizer, nur mit letzterem besetzt war, der dann allein beim Halten in Wülheim-Eppinghofen seine Lokomotive nicht ordnungsmäßig zum Stehen bringen konnte. Die Strecke Wülheim (Ruhr)—Heizen mußte des Unfalls wegen eine Stunde lang einseitig befahren werden, wodurch einige Züge unerhebliche Verspätung erlitten.

Ein Ordnungsbruch! Große Heiterkeit herrschte dieser Tage im Bundesdienst, als der Vorsitzende Vizepräsident Sherman, nachdem er, einem unwillkürlichen Impulse nachgebend, mit einem außerordentlich schallkräftigen Rufen das ganze Haus erschütterte und das Gelächter darob sich einigermaßen gelegt hatte, sich mit angemessenem Ernste selbst zur Ordnung rief.

Im Aereplan von Paris nach Orleans. Aviatiker Dubonnet flog Paris-Meldung zufolge am Sonntag von Sabigny sur Orge über Argajon, Stompes und Orleans nach Port-Saint-Aubin, wo er landete. Er hat eine Strecke von 110 Kilometern in einer Stunde 50 Minuten zurückgelegt.

Von einer Lawine überrascht. Nach einer Meldung aus Dabos wurden auf eine Skitour im Jura fünf Skiläufer von einer Lawine überrascht. Vier konnten sich retten, der fünfte, Wilhelm Röhberg aus Deutschland, wurde tot hervorgezogen.

Witterungsübericht vom 4. April 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Stettin	766	ED	4	wolkig	6	Dabran	758	SW	4	heiter	0
Danzburg	753	ED	4	wolkig	5	Petersburg	760	SW	1	wolkig	1
Berlin	754	D	3	halbhd.	7	Scilla	754	WD	5	Regen	5
Frankfurt	754	ES	4	bedekt	7	Wien	761	W	3	heiter	4
Breslau	757	ES	4	wolkig	5	Paris	752	ED	1	Regen	5
Wien	759	ED	3	bedekt	5						

Wetterprognose für Dienstag, den 5. April 1910. Mild, jedoch nachmittags wolkig mit leichten Regenschauern und stellenweise heftigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Künftiger Marktbericht der k. k. Reichsanwaltschaft über den Großhandel in den Reichsanwaltschaften. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Gehalt rege, Preise für Rind- und Schweinefleisch anziehend, sonst un verändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Gehalt ruhig, Preise gut. Geflügel: Zufuhr knapp, Gehalt ziemlich lebhaft, Preise hoch. Fisch: Zufuhr mäßig, Gehalt ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst

und Gebäck: Zufuhr mäßig, Gehalt in Weiß- und Weizenbrot lebhaft, sonst still, Preise wenig verändert.

Eingegangene Druckschriften.

Das Weltparlament. Vortrag von Dr. C. Hartmann. 1 M. B. Popelins, Jena.

„Menschengröße“. Roman von H. G. Wells. 1 M. — General-Vertrieb und direkte Aktion im proletarischen Kampfe von Pierre Ramus. 30 Pf. F. Rater, Berlin O. 64.

Der Sturm. Wochenchrift für Kultur und die Künste. Herausgegeben von H. Walden. 10 Pf. Verlag: Der Sturm, Galerie-Berlin. Die Ernährungsverhältnisse der Volksschul Kinder von Dr. J. Raup. 30 Pf. C. Neumann, Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel. (Bezirk Nr. 264.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau
Emma Stock
Marxlinstraße 15
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel. (Bezirk 203, Teil I.)
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Heinrich Engel
Görlicher Straße 33
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
216/20 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Otto Kreuzzahler
am 3. d. Mts. im Alter von 45 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Wohnung Sülzenteufel 42 aus nach dem Himmelfahrt-Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/5 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
Bezirk 40.
Am 2. d. Mts. verstarb nach längerem Leiden im Alter von 41 Jahren unser Mitglied, der Strassenkassenbeamte
Bernhard Wagner.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des zweiten Schöneberger Friedhofes (Blante Höhe) aus statt.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht
15/11 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter am 2. April plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schulstraße 115, nach dem Städtischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Otto Weber
50042 nebst Töchtern.

Danksagung.
Für die mir allerorts so reich entgegengebrachte Teilnahme, sowie für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Spenden bei der Beerdigung meines Mannes, unseres unermüdeten Vaters, sage ich allen Fremden, Bekannten und sämtlichen Vereinen unseren herzlichsten Dank.
30/9
A. Köppler Witwe,
Regenier Str. 30.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen
Stock, Emma
geb. Schwoicher,
Marxlinstr. 15, Bezirk 4,
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/19 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 3. April verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Otto Kreuzzahler
Sülzenteufel 42.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Himmelfahrt-Gemeinde, Nordend, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
225/14 Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer
Emmerich Bollensdorf
am 1. April im Alter von 56 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. Sektion Putzer.
Unseren sowie den Mitgliedern des Gefangenvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied
August Herrmann
am 1. April im Alter von 69 Jahren plötzlich an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 3 Uhr, vom Schauhause, Cammerstraße, aus nach dem Himmelfahrt-Friedhof, Nordend, statt.
Um rege Beteiligung bitten
13/17 Die örtl. Verwaltung.

Anna Jarasch
geb. Besehl.
Um ihres Beliebt Titten
Otto Jarasch nebst Kindern,
Schneidstr. 12, 4 Tr.
Die Beerdigung findet Mittwoch, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 15306

Leihhaus — seit —
27 Jahren
Gelegenheitskäufe, verfallene Brillanten, Gold- und Silberwaren.
Prinzstr. 28, l. 1. W. 1. W. 1. W.
E. Draganitz, 61, t. Haus d. Nat.-Bank.
H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Holsteiplatz. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Referant für alle Krankenkassen.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Verkaufsstelle
von
Santa Manara
Medizinal-Kraft-Rotwein
zu Originalpreisen bei
Adolf Fritsch,
Kolonialwaren und Delikatessen,
Berlin NW., Singalierstr. 24.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhale
Tor. * Billigste Bezugsquelle.
Versuch i. zur dauernden Kundschafft!

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 5. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Carmen.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabenheimerin.
Königl. Operntheater. Geschlossen.
Deutsches Jüdisch. Kammerstücke. Gawan. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Festung. Kanaris der Karr.
Neues Schauspielhaus. Frau im Fenster. Mikandolina.
Kleines Lustspiel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Berliner. Taktun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus. Frau im Fenster. Mikandolina.
Kleines Lustspiel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Berliner. Taktun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus. Frau im Fenster. Mikandolina.
Kleines Lustspiel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Neues Operetten-Theater.
Abends 8 Uhr zum 100. Male:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Morgen und folgende Tage:
Der Graf von Luxemburg.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, den 5. April, abends 8 Uhr:
Enf.-Gottf. d. Neuen Schauspielhauses
Alt-Heidelberg
mit Karl Heinz u. Harry Walden.
Morgen und folgende Tage: Alt-Heidelberg.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Freiheit.
Hierzu: Das Besinnungsfest.
Residenz-Theater
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Morgen und folgende Tage:
Das Nachtlicht.
Volksoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt.
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Ritterfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Tourgis-Radler.
Mittwoch, Donnerstag: Was Gott zusammenfügt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Lustspiel in 4 Akten v. Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Sizilien und der Aetna.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hans Lange.
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Heyse.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Reineckebauer.
Zirkus Colombo
Ragazinstr. 6/7, am Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
14 Attraktions-Nummern.
Fontane u. Gerard,
renommierte Reitkünstler.
Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57, T. u. 4, 5083
Herrnfeld-System 3. Serie:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Sonntag nachm. 4 Uhr halbe Preise:
Ein Rettungsmittel
und
Eine Hebergangs-Ghe.

Zirkus Schumann
Dienstag, den 5. April 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Hohe Schule, geritten von
Frl. Dora Schumann.
Gefühl, Liebe, Reizkünstlerinnen.
Oberganner,
Rudolphstr. 6, geritten von G. Geh.
50 dressierte Tauben von
Miß Sylvia Loyd.
Ringkampf Jarobie der Clown
Jim Jam u. Cotrell.
Dir. Albert Schumann.
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Zum 175. Male:
Die drei Rivalen
oder:
Das mysteriöse Schloß
in der Normandie.

Zirkus Busch.
Heute, Dienstag, den 5. April,
abends 7 1/2 Uhr. präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Max Grigory-Truppe.
Dompteur Henrickson
mit 10 wilden Tigern.
Therese Filla, James Leon Filla
jun., Helarich Filla, in ihren
Produktionen d. hohen Schule.
Hr. E. Schumann, Neudress.
Reiterfamilie Proserpi.
Zwergelohn Francois, Kunst.
9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr.
Die russ. Sensations-Pantomime
Marja!

Lessing-Theater.
8 Uhr: Kanaris der Karr.
Mittwoch, 8 Uhr: Das Konzert.
Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: Taifun.
Neues Theater.
Dienstag bis Donnerstag 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Freitag:
Der Philosoph von Sanssouci.
Theater des Westens.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 3/4, Uhr: Ein Walzertraum.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Preziosa.
Schauspiel mit Gesang und Tanz in
4 Akten v. Eulff. Aufst. von Weber.
Morgen u. folgende Tage: Preziosa.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Vollständig neues Programm.
Elsa Francke — Collins u. Lo Man
— Wlfr. Fred — Erich Castell —
Wlfr. Rejo usw.
Franz Sobanski.
Zur rechten Zeit.
Vollständig mit Gesang in 1 Akt
von H. Reamer.

Apollo Theater
Ab. 8 Uhr: Das vollständig neue
Drama.
60 erstklassige Künstler!
9 Uhr: **Noran und Wisser,**
Sensation-Gangster mit Hüten.
10 Uhr: **Daleys Juweniles,**
20 englische **Hadefische** 20
Jung-England in Berlin.
Einzig existier. Ensemble dieser Art.
WINTERGARTEN
Neues Programm!
Cleod Merode
Sigwart Gentes.
Fraser Freres, gymnast. Akt.
De Lilo, französische Sängerin.
Rosina Cassell mit ihrem Wunder-
hündchen.
Chanteclear-Truppe, engl. Tanz- und
Gesangs-Ensemble.
Paul Conchas, der Armeo-Herkules
i. s. Szene: Im Feldlager.
Wardia Beketow, Schulkreiterin.
Rebba, komischer Jongleur.
Dr. Angelos lebendes Porzellan.
Mr. Quick, Karikaturen-Zeichner.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Palast-Theater.
Burgstraße 24, vis-a-vis der Börse.
Ringkampf-Konkurrenz
um den „Goldpokal von Berlin“
und 6000 M. in bar.
Dienstag, den 5. April ringen:
Leonard, Italien, gegen Gorman,
Reiterlinger von Sachsen.
Hoffmann, Berlin, gegen Frank
Prooklyn, Transvaal.
Leonard Reiber, Reiterlinger von
Tirol, gegen Hans Schwarz, Welt-
meister (Bayern).
Entscheidungskampf:
Max Borel, Öhringen, gegen José
van Dem, Champion von Holland.
Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr.
Preise: 0,50 M. bis 3 M.
Ehren-u. Vorzugskarten an Wochen-
tagen zu halben Preisen gültig.

Folies Caprice
Heute und folgende Tage:
Der Luftturner.
Neuer dunter Teil.
Herr Wasserkropf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Passage-Theater.
Das April-Programm ein
Sensations-Programm.
Ayoe
die dänische Vortragsdiva
Gussy Holl
die reizende Parodistin
und 14 Varleté-Attraktionen.
W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, am Rosenhale Tor.
Abends 7 1/2 Uhr:
Wady u. Schließgesellschaft.
Schwan in 3 Akten.
Mittwoch:
Wady und Schließgesellschaft.

Casino-Theater
Lohseinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Berlin
bei
Nacht.
Pöffe in 3 Akten von G. Schäfer
Wienstein.
Sonnt. 4 U.: Ein deutsch. Frauenherz.
Moabitler Gesellschaftshaus
Wieslstr. 24.
Jeden Donnerstag:
Kabarett-Abend,
veranstaltet v. d. Eichlerschen
Sängergesellschaft. Nach der
Vorstellung: Tanzkränzchen.
Voigt-Theater
Gastspiel in Puhmanns
Theater, Schönhauser Allee 148.
Abends 8 Uhr:
Die Maifönigin.
Schauspiel in 7 Bildern.
Geinrich Bach als Gast.

Passage-Panoptikum
Während der Osterferien
bis inkl. Dienstag, 5. April:
Volkstage!
Jeder
Erwachsene
Jedes Kind
erhält
ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldat. 25 Pf.
Gastspiel-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Miss Dudelsack.
Tägl. bis Mitte April: Def. Vorst.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Waldhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
— Anfang 8 Uhr. —
Neues Spezialitäten-Programm.
Tunzel: Die allergrößte Attraktion
Theaterbelüfter freien Eintritt.
Kortauer
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer. I
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanz-
kränzchen
von
Hoffmanns Nordl. Sängern
Stets neues, viel-
seitiges Programm!

Cranz's Volks-Theater
Kösliner Straße 8.
Heute sowie jeden Dienstag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anfang 8 1/2 Uhr. Nachdem: Tanz.
Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunder-
bare **April-Prog.**
Biliputaner-Truppe
profolant.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 7. April 1910:
Auf allgemeines Verlangen:
Unter Mitwirkung bedeutender
Gäste:
Der Raub der Sabinerinnen.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schradler usw.)
Anfang:
Wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Kanaris der Karr.
Mittwoch, 8 Uhr: Das Konzert.
Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: Taifun.
Neues Theater.
Dienstag bis Donnerstag 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Freitag:
Der Philosoph von Sanssouci.
Theater des Westens.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 3/4, Uhr: Ein Walzertraum.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Preziosa.
Schauspiel mit Gesang und Tanz in
4 Akten v. Eulff. Aufst. von Weber.
Morgen u. folgende Tage: Preziosa.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Vollständig neues Programm.
Elsa Francke — Collins u. Lo Man
— Wlfr. Fred — Erich Castell —
Wlfr. Rejo usw.
Franz Sobanski.
Zur rechten Zeit.
Vollständig mit Gesang in 1 Akt
von H. Reamer.

Waldhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
— Anfang 8 Uhr. —
Neues Spezialitäten-Programm.
Tunzel: Die allergrößte Attraktion
Theaterbelüfter freien Eintritt.
Kortauer
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer. I
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanz-
kränzchen
von
Hoffmanns Nordl. Sängern
Stets neues, viel-
seitiges Programm!

Cranz's Volks-Theater
Kösliner Straße 8.
Heute sowie jeden Dienstag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anfang 8 1/2 Uhr. Nachdem: Tanz.
Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunder-
bare **April-Prog.**
Biliputaner-Truppe
profolant.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 7. April 1910:
Auf allgemeines Verlangen:
Unter Mitwirkung bedeutender
Gäste:
Der Raub der Sabinerinnen.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schradler usw.)
Anfang:
Wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 5. April 1910, abends 8^{1/2} Uhr, im **Konzerthaus Sanssouci**, Kottbuser Straße 6:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **A. Hoffmann** über: **Religion Privatsache?** 2. Diskussion.
Der Einberufer: **Otto Klamm**, Reichenberger Str. 115.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer!

Mittwoch, 6. April, abends 6 Uhr, in **Präfels Festsälen**, Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bekanntgabe des Resultats der Bautenkontrolle vom 22. März 1910. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 6. April, abends 8^{1/2} Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Die Abstimmung über die Erhöhung des Verbandsbeitrages von 50 auf 60 Pf.
2. Tätigkeitsbericht des Obmannes.
3. Bericht der Werkstattvertrauensmänner.
4. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

- Süd-Westen bei **Habel**, Bergmannstr. 5/7.
- Süden bei **Gliesing**, Dörfertorstr. 68.
- Südosten I u. II in den **Naunyn-Festsälen**, Raunhstr. 6.
- Osten I bei **Borgmann**, Hindenburgstr. 21.
- Osten II bei **Pirnau**, Frankfurter Allee 106.
- Osten III bei **Bergmann**, Vohbageners Straße 26.
- Oestliche Vororte bei **Wildner** in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Str. 11.
- Nordosten bei **Müller**, Große Frankfurter Str. 137.

Jede Gartenschlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.

- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei **Obiglio**, Schwedter Str. 23.
- Wedding u. Moabit bei **Kaczorowski**, Ravenstr. 6.

Bautischler.

- Bez. 1: Südwesten, Süden, Südosten bei **Grashoff**, Admiralsstr. 18c.
- Bez. 2: Osten bei **Zietz**, Warthener Straße 61.
- Bez. 3: Norden u. nördl. Vororte bei **Gliesche**, Koppenhagener Str. 74.
- Bez. 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei **Sachse**, Lindower Straße 26.

Möbel- und Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter

- Osten bei **Boeker**, Weberstr. 17.
- Südosten im „**Märkischen Hof**“, Admiralsstr. 18c.
- Norden bei **Günther**, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

- Norden bei **Döhling**, Brunnenstr. 79.
- Osten bei **Schneider**, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten bei **Stramm**, Ritterstr. 123.

Musikinstrumentenarbeiter

am 8 Uhr abends im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15, Saal 8.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Donnerstag, den 14. April, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15 (Saal III):

General-Versammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungsabchlusses pro 1909.
2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassenmitglieder des Rechnungsausschusses.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Mitgliedes Herrn Schönfeld für die Zeit der Amtsdauer d. i. bis 31. Dezember 1910.
5. Beratung und Beschlussfassung über das Penstonsregulativ der Kassenbeamten.

Sollte die Tagesordnung am oben genannten Tage nicht erledigt werden, so soll die Fortsetzung der Generalversammlung am darauf folgenden Montag, den 18. April, in demselben Lokal stattfinden. 272/20*

Der Vorstand: **K. Lehnig**, **A. Dohna**, Schriftführer, Vorsitzender.

Blumen- und Kranbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Das Bureau des Wahlvereins befindet sich jetzt

N. 39, Neue Hochstraße 23

am Hochplatz.

226/18

Fernsprecher: Amt III No. 2137.

Büreauzeit von 9-1 und 4-8 Uhr. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 14. April, im Lokal des Herrn **Hoppe**, Hermannstr. 49:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Bericht vom Gantag. 3. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. 4. Anträge zum Verbandstag. 5. Verbandsangelegenheiten. 81/9*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. **O. Koblenzer**: „Die Reichsversicherungsordnung.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchengelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung sorge ein jeder für guten Besuch dieser Versammlung. 113/19

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Tel.: Amt IV, 4787.

Donnerstag, den 7. April, abends 8^{1/2} Uhr:

Sektionsversammlung der Lackierer

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Neuwahl der Agitationsbezirksführer. 3. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Wir erwarten, daß die Kollegen pünktlich zur Stelle sind. 127/4

Zur Beachtung! Am Sonntag, den 16. April ex., findet in den „**Musiker-Sälen**“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, das **24. Stiftungsfest** statt. Konzert, Gesang, humoristische Vorträge. Eintritt 50 Pf. Anfang 9 Uhr.

Konsum-Verein Charlottenburg und Umgegend.

Zur Beachtung! Von der untern 30. März angegebenen Tagesordnung wird Punkt 2 (die Liquidation des Vereines) abgelehnt und kommt nicht zur Verhandlung. 104/9
Der Vorstand. Der Kassier. **Otto Storch**.

Maschinenarbeiter

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15 (Saal 7). Die Schneidmählen, Fußboden- und Kundenbetriebe müssen besonders vertreten sein.

Modell- und Fabriktschler

um 8 Uhr bei **Achten**, Flugstr. 5.

Einsetzer

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15 (Saal 11). Hierzu sind die Kollegen geladen, die bei **Werner & Schmidt** im Dezember vorigen Jahres gearbeitet haben.

Bodenleger

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15.

Stellmacher

bei **Hahn**, „**Rosenthaler Vereinshaus**“, Rosenthaler Straße 57.

Kisten- und Koffermacher

bei **Baudach**, Breslauer Straße 28.

Korbmacher

bei **Eichhorn**, Koppenstraße 47.

Bürstenmacher

bei **Preuß** (Hilfsbein-Anschau), Holzmarktstr. 65.

Kammacher

bei **Lehmann**, Neue Friedrichstr. 1.

Vergolder

bei **Kluge**, Langestraße 53.

Jalousiearbeiter

bei **Walter**, Adalbertstr. 53.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter

um 6 Uhr bei **Ernst Thomas**, Melchiorstr. 5.

Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr bei **Natteroth**, Ritterstr. 32. 61/12

Stockarbeiter

heute, Dienstag, um 5^{1/2} Uhr bei **Lehmann**, Neue Friedrichstr. 1.

Drei Tropfen



Kaol

flüssige Metall-Politur

machen das schmutzigste Metall spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig

Überall zu haben.

Fabr.: **Lubaszynski & Co., Berlin NO.**

Möbel Lechner

Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor.

Laden und 1. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen in kolossaler Auswahl auf Kredit und gegen Bar

<p>Bei Anzahlung von Mk. 15,- bis Mk. 20,-</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 Kleiderschrank 1 Bettstelle 1 Matratze 2 Stühle 1 Tisch 1 Spiegel 1 Spiegelschrank 1 Kücheneinrichtung <p>pro Woche Mk. 1,- bis Mk. 2,-</p>	<p>Bei Anzahlung von Mk. 30,- bis Mk. 40,-</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 Kleiderschrank 1 Vertiko 2 Bettstellen, 4 Stühle 1 Sofatisch 1 Spiegel 1 Spiegelschrank, 1 Sofa 1 farbige Küche <p>pro Woche Mk. 2,- bis Mk. 3,-</p>
---	---

Einzelne Möbelstücke von **Mk. 5,-** Anzahlung an. Ferner: **Herren-, Speise-Zimmer, Salon** etc. Liefere auch nach auswärts! Auf Wunsch Katalog! Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf **Mk. 5,-** gutgeschrieben. — Beachtung ohne Kaufzwang erbeten.

Siebente Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

Rannheim, 2. April.

Fünfter Verhandlungstag.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten in geschlossener Sitzung wird dem Hauptvorstand Entlastung erteilt. Dann wird die Statutenberatung fortgesetzt.

Bei der Beratung des Streikreglements wurde bestimmt, daß die endgültige Beschlußfassung zum Eintritt in den Streik nur in einer Mitgliederversammlung erfolgen kann.

Zum Wahlreglement für die Delegiertenwahlen zu den Generalversammlungen wurden verschiedene Abänderungsvorschläge eingebracht.

Filialen ihrer Mitgliederstärke entsprechend mehr Delegierte auf die Generalversammlung entsenden könnten. Die Delegierten von kleineren Zahlstellen wandten sich gegen den Antrag, da sie eine Majorisierung durch die Vertreter der großen Orte befürchten.

Das geänderte Statut und die Reglements werden dann en bloc einstimmig angenommen. Das neue Statut tritt am 1. Juli 1910 in Kraft.

Die Festsetzung der Gehälter für die angestellten Vorstandsmitglieder zeitigte eine fast endlose Debatte. Die Rechnungs-Kommission will nur ein Höchstgehalt von 2000 M. bewilligen.

Die Festsetzung der Gehälter für die angestellten Vorstandsmitglieder zeitigte eine fast endlose Debatte. Die Rechnungs-Kommission will nur ein Höchstgehalt von 2000 M. bewilligen.

Bei der Wahl der Verbandsleitung werden Sappo als erster, Hecht als zweiter Vorsitzender und Bischoff als Kassierer wiedergewählt. Als Ausschussvorsitzender wurde Vode-Wagdeburg wiedergewählt.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung beendet, mit einem Hoch auf den Verband wird sie geschlossen.

Die nächste Generalversammlung soll 1913 in Stettin tagen.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Norden: Abt. I bei Schulz, Warlt. 13b, jeden Dienstag 1/9 Uhr; Abt. II bei Frisch, Drontheimer Straße 4, jeden Freitag 1/9 Uhr; Abt. III bei Boganz, Gaudystr. 3, jeden Freitag 1/9 Uhr; Abt. IV bei Böckhof, Liebenowstraße 23 (Ede-Straße), jeden Sonntag 1/9 Uhr.

Osten: bei Bött, Niederebener Str. 26, jeden Dienstag 1/9 Uhr. Süden: bei Liebelien, Balforsstr. 8, jeden Dienstag 1/9 Uhr. Zentrum: bei Freiheit, Dragonerstr. 15, jeden Donnerstag 1/9 Uhr. Nord-West (Moabit): Abt. I bei Lamprecht, Putilstr. 10, jeden Freitag 1/9 Uhr; Abt. II bei Pieleke, Zwillingstr. 25, jeden Donnerstag 1/9 Uhr.

Richtenberg: bei Blume, Alt-Verdagen 56, jeden Montag 1/9 Uhr. Rixdorf: bei Stabmann, Neusterstr. 45, jeden Dienstag 1/9 Uhr. In allen Abteilungen Sonntags freier Schachverkehr.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Lists water levels for various locations like Remel, Aukt, Reggel, Ansternburg, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Null, -) Unterpaßel.



HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Besonders billig:

Soweit Vorrat

Glas, Porzellan und Wirtschafts-Artikel

Weisses Porzellan

- Teller tief und flach 15 Pf.
Desserttassen 5, 7, 8, 10 5 Pf.
Salatieren viereckig 55, 38 Pf.
Saucieren 45 Pf.
Bratenplatten 60, 45, 38, 28 9 Pf.
Tassen 12 Pf.
Obertassen 15 Pf.
Dessertteller 20 Pf.
Speiseteller 20 Pf.

Kaffeesevice

- Porzellan, hübsch dekoriert
für 6 Personen 4.35 3.45 2.50
für 12 Personen 7.85
Glas
Olivenschiff
Kompotteller 20, 16 Pf.
Kompottschal. 110, 90, 70, 50, 40 55 Pf.
Käselocken 45, 40 Pf.
Zuckerschalen 45, 40 Pf.

Dekor. Porzellan

- Salatieren 28 Pf.
Brotkörbe 45 Pf.
Butterglocken 38 Pf.
Tassen 28, 25, 18 Pf.
Kaffeeteller 8 Pf.

Waschgarnituren

- Empire 4 Teile 1.75
Neily Sternedekor 2.75
Hamburg große Kante 2.90
Elly neue Form 3.85
Hübscher Golddekor 5.25 4.25
Hübscher Golddekor große Form 7.25

ca. 25 000 Speiseteller, Dessertteller, Kompotteller, Kaffee-, Tea- und Mokkatassen, hübsch dekoriert . . . 18 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- Gardinenspanner 2 Mtr. hoch, 4 Mtr. lang . . . 10.50
Gaskocher 1 Flamme und 1 Wärmestelle . . . 3.50
Gaskocher 2 Flammen und 2 Wärmestellen . . . 7.75
Messerputzmaschinen auf Brett 5.25 6.50
Gasplatten vernickelt, 2 Eisen u. Erhitzer . . . 4.35 5.25
Fleischhackmaschinen 1.70 2.45 3.25 3.75
Wirtschaftswagen 1.45 1.90 2.45 2.75

- Wringmaschine Stück 9.75 10.75 11.75
Waschmaschin. „Matador“ 25.00 28.50
Zink-Waschwannen 6.50 8.25 9.50
Zink-Waschzuber 7.00 8.00 9.75
Waschtöpfe extra stark verzinkt, mit Sieb und Deckel 3.50 4.50 5.25
Waschleinen la Hanf 2.75 4.00 3.75 5.00 4.75
Tisch-Wäschemangeln 17.50 19.50

Emaille

- Schmortöpfe ohne Ring 45, 55, 65, 75, 90 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 70, 85 Pf. 1.00 1.15
Kasserolen ohne Ring 32, 40, 45, 55 Pf.
Wasserkessel für Gas 1.10 1.25 1.40 1.60
Gaskochtöpfe mit Deckel 95 Pf. 1.15 1.40 1.60 1.90
Spülwannen 40 cm 45 cm 50 cm 55 cm 60 cm
oval 1.50 1.75 2.15 2.65 3.25
Eimer l. Qual. 1.15 1.40 1.65 Mülleimer 90 Pf. 2.35

- Servierbretter Eichenholz, Größe 40 x 26 cm 95 Pf.
Kaffeebretter Eichenholz, Größe 48 x 32 cm 95 Pf.
Wäschetrockner mit Holzstäben und Holzrückwand 95 Pf.

- Emaille-Waschgarnitur 3 Teile, bunt Dekor 2.85
Emaille-Waschgarnitur 5 Teile, moderne Blumendekoration 6.50
Emaille-Waschgarnitur 5 Teile, moderne Blumendekoration 8.75



Suppenfleisch spart,

wer MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern

benutzt. Nur mit Wasser wenige Minuten zu kochen. Mehr als 30 Sorten. - Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2-3 Teller. Ebenso gesund und kräftig schmeckend wie die besten hausgemachten Fleischbrühsuppen.

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen!

MAGGI'S gute, sparsame Küche.

